

NEUE ZEIT



Universitätsbibliothek
Zweigstelle
Sektion Marxismus-Leninismus

SIEBEN TAGE
WELTPOLITIK

51

DEZEMBER 1977

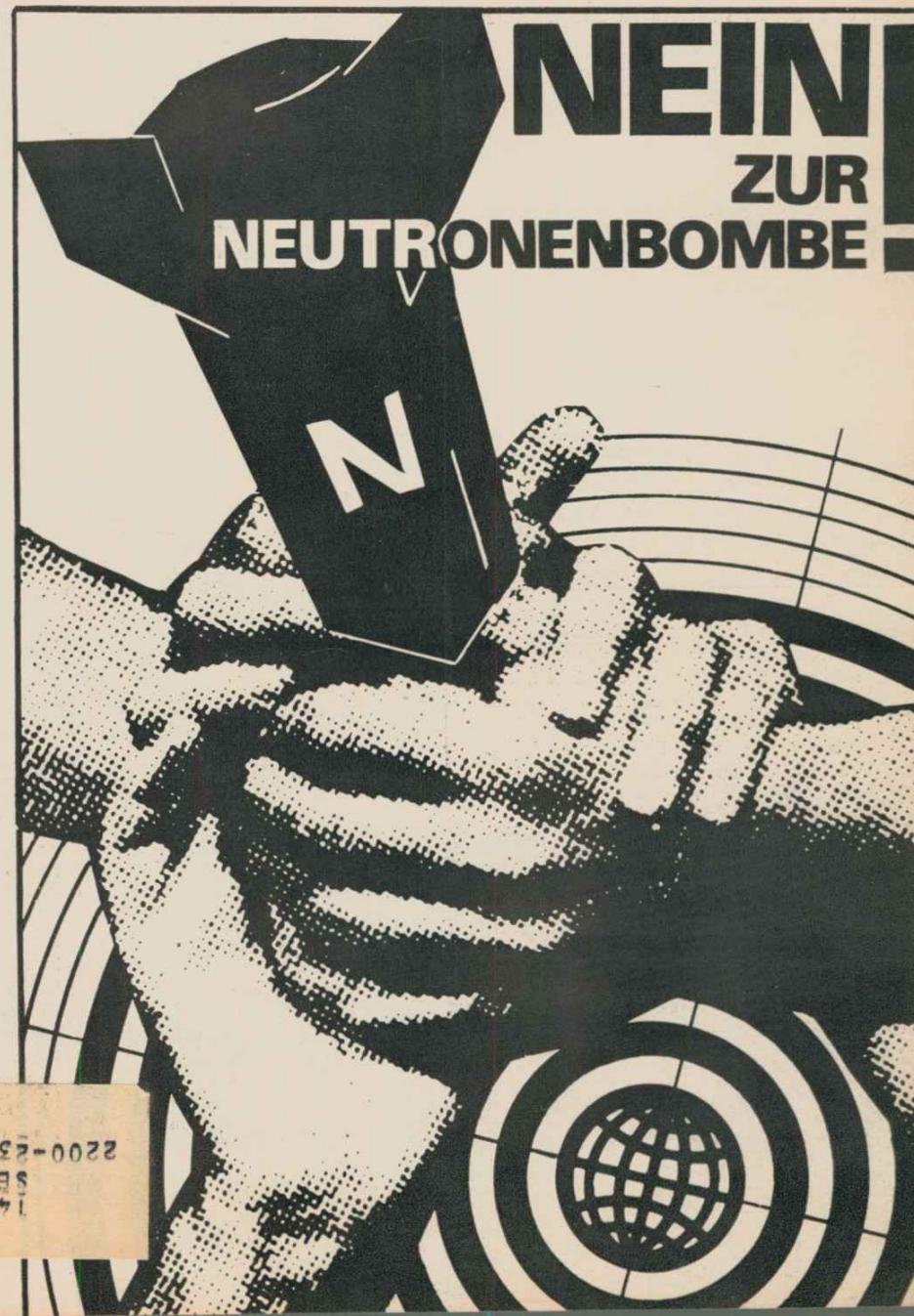
WETTRÜSTEN IST
FRIEDENSBEDROHEND

★

*Avantgarde
des angolanischen
Volkes*

★

ARGENTINIEN:
AUSWEG AUS
DER KRISE GE SUCHT



2200-2303
D0M-20
14159-51 105 147 652
SEKRT MARX LENIN

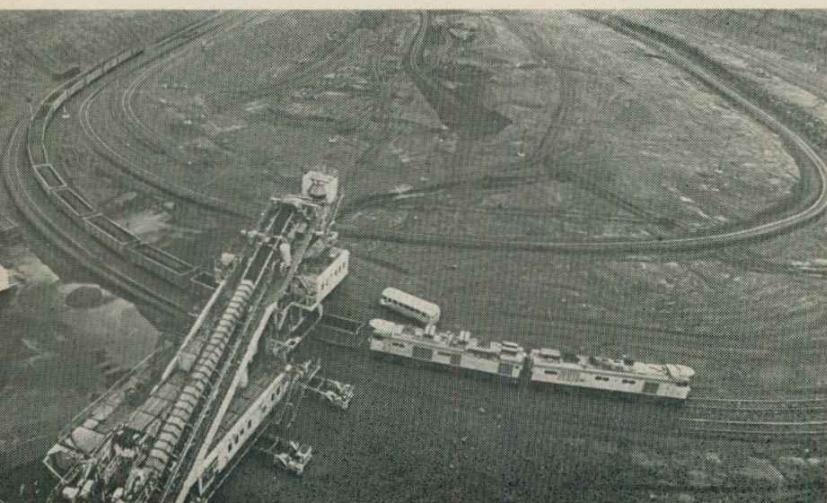
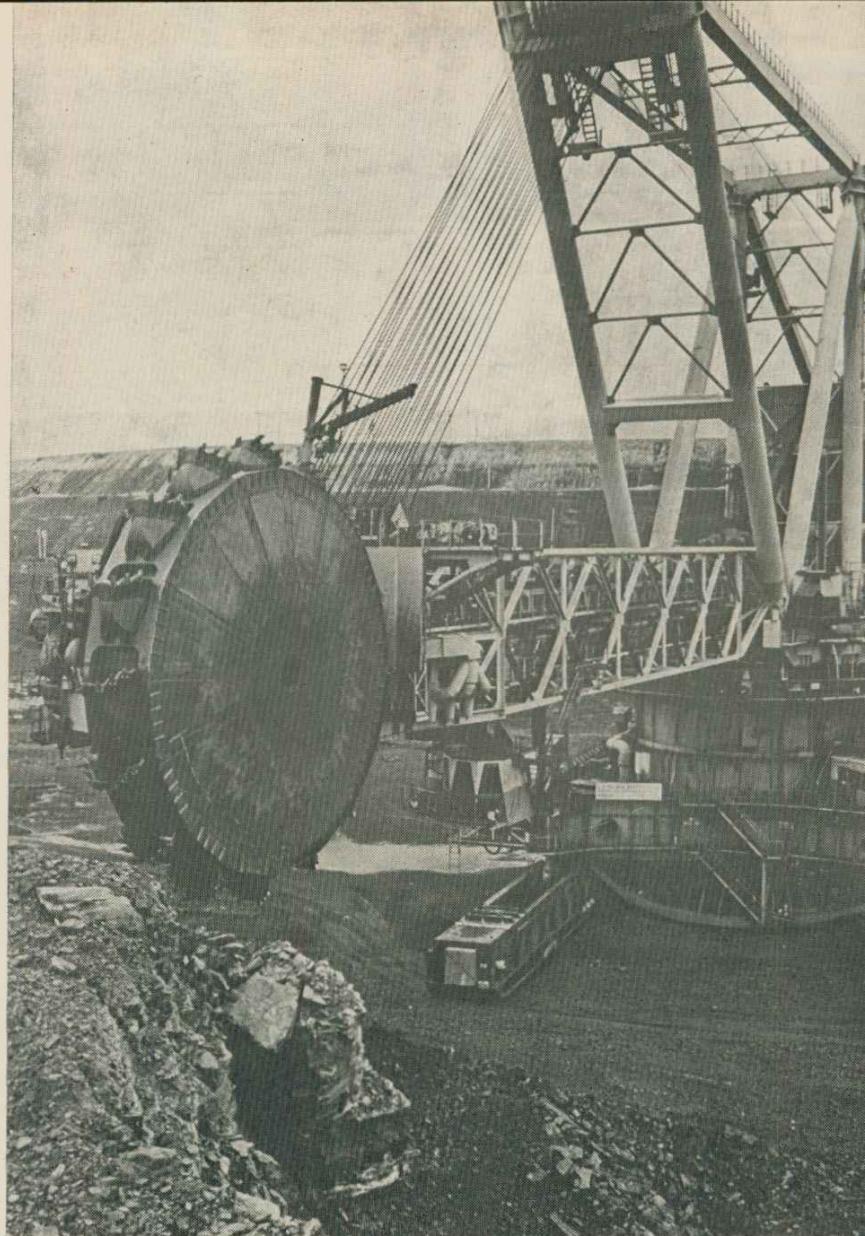
Das ukrainische Donezbecken, das sibirische Kusnezkbecken, das kasachische Karaganda... Diese drei größten Kohlereviere der Sowjetunion sind weit bekannt. Doch das vierte Revier, Ekibastus, das gleichfalls in Kasachstan liegt, ist erst in den letzten Jahren ins Gespräch gekommen.

Die Kohle von Ekibastus wird im Tagebau gefördert. Dort sind starke Bagger mit einer Leistung von 1000 oder 3000 t stündlich im Einsatz. Kürz-



lich wurde im Maschinenbauwerk von Nowokramatorsk für Ekibastus ein noch stärkerer 5000-t-Bagger entwickelt, der fast so groß ist wie ein 20geschossiges Haus.

Die Kohle von Ekibastus — billig, weil sie fast an der Oberfläche liegt —



weist jedoch einen sehr hohen Aschegehalt auf. Deshalb ist es sinnvoller, die Kohle an Ort und Stelle zu nutzen — sie in großen Kraftwerken zu verbrennen. So entstand der Gedanke, den Brennstoff- und Energiekomplex von Ekibastus zu schaffen. Mit der dortigen Kohle arbeiten bereits manche Kraftwerke, neue entstehen. Der Strom von Ekibastus gelangt in Betriebe Kasachstans, des Uralgebiets, in den europäischen Teil der UdSSR und in andere Landesteile.

Unsere Bilder: Der Fahrer eines 5000-t-Baggers, M. Tukajew ♦ So wird die Kohle abgebaut ♦ Der neue Bagger im Kohletagebau „Bogatyr“.

Fotos A. Chrupow

Universitätsbibliothek Greifswald
Sektion Marxismus-Leninismus
Zweigstelle

NICHT SEPARATABMACHUNGEN – GERECHTER FRIEDEN

Ein orientalisches Sprichwort lautet, etwas abgewandelt ins Deutsche: Du kannst so oft „Schokolade“ sagen, wie du willst, was Süßes hast du dennoch nicht im Mund. An dieses Sprichwort muß man denken, wenn man das viele Gerede von einem „nahen Frieden“ im Nahen Osten hört, der angeblich durch die ägyptisch-israelischen Verhandlungen näher gerückt sei. In Wirklichkeit allerdings verhindert der Kurs auf Separatabmachungen eine gerechte, allumfassende Regelung. Denn es ist doch klar, daß nur eine Regelung, die den Folgen der israelischen Aggression von 1967 ein Ende mache und die unveräußerlichen nationalen Rechte des arabischen Volkes von Palästina gewährleistete, einen Nahostfrieden brächte. Doch nicht daran denken die Teilnehmer und die Initiatoren des geplanten Kuhhandels. Und deshalb stoßen sie in der arabischen Welt natürlich auf entschlossenen Widerstand.

Der syrische Präsident Assad erklärt: „Syrien wird nicht den von Präsident Sadat vorgezeichneten Weg ... zu einem Friedensschluß nach amerikanisch-israelischem Plan gehen.“ Auch die PLO als allgemein anerkannter legitimer Vertreter der Palästinaaraber lehnt diese Kapitulantenpläne eindeutig ab. Syrien, Algerien, Libyen, die VDRJ und die PLO haben Anfang Dezember in Tripolis eine arabische Einheitsfront gebildet zum Kampf gegen die Verschwörungen von Imperialismus und Zionismus, gegen jegliche Versuche einer Kapitulantenlösung des Nahostproblems auf Kosten der arabischen Völker. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den Teilnehmern des Treffens in Tripolis durch Ägypten beweist ein übriges Mal, in welche Isolierung sich die Kairoer Führung hineinmanövriert hat.

Höchstwahrscheinlich deshalb wird dieser Tage in Kairo, Tel Aviv und Washington verstärkt erklärt, man wolle im Prinzip nicht auf

die Bemühungen um eine umfassende Lösung des Nahostkonflikts verzichten. Doch diese Versicherungen sehen eher wie ein Nebelschleier aus, hinter dem die Separatabmachung zwischen Ägypten und Israel mit US-Patronat unter Dach und Fach gebracht werden soll. Kann man diesen beschwörenden Redeschwall schließlich anders bewerten, wenn, wie z. B. der ehemalige US-Diplomat Charles Yost im *Christian Science Monitor* äußert, „die Regierung Begin ... bis zum gegenwärtigen Augenblick ... auch nicht das kleinste wesentliche Zugeständnis gemacht hat“ und „das Palästinaproblem, das eine zentrale Bedeutung für jegliche langfristige Regelung besitzt, einfach ausklammert“? Eine solche Linie kann die Nahostsituation nur noch explosionsgefährlicher machen.

Ganz sicher war die Herstellung eines stabilen und gerechten Friedens im Nahostraum wegen der sturen Expansionspolitik Israels noch nie eine leichte Aufgabe, das, wie US-Außenminister Vance jüngst erneut betonte, „die völlige Unterstützung und Freundschaft der Vereinigten Staaten“ hat. Um so klarer ist, daß diese Aufgabe beharrliche, zielgerichtete Anstrengungen aller interessierten Seiten verlangt.

Nicht umsonst zielte die sowjetisch-amerikanische Nahostklärung vom 1. Oktober eben auf eine solche umfassende Regelung, auf die Einberufung der Friedenskonferenz in Genf ab. Erinnern wir daran, daß die UdSSR und die USA als Ko-Vorsitzenden dieser Konferenz in der Erklärung eine abgestimmte Haltung darlegten, die den Weg zur Wiederaufnahme der Konferenz im Dezember freigelegt hat.

Die Sowjetunion hält sich strikt an die prinzipielle Linie auf Unterstützung der gerechten Sache der arabischen Völker und tritt konsequent für eine umfassende Nahostregelung ein. Diese Regelung muß den Abzug der israelischen Truppen von allen 1967 okkupierten arabischen Gebieten, die Befriedigung der legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina, einschließlich des Rechts auf Gründung eines eigenen Staates, und das garantierte Recht aller Nahoststaaten auf unabhängige Existenz und Sicherheit beinhalten. Allein ein solches konstruktives und realistisches Herangehen wird es gestatten, den Konflikt zu beenden. Nicht Separatabmachungen, sondern der Weg über die Genfer Konferenz bei vollberechtigter Beteiligung der PLO führt zu einem Nahostfrieden, der gerecht und damit dann auch dauerhaft wird.

Am 13. Dezember fand ein Plenum des ZK der KPdSU statt. Es nahm die Berichte des stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR und Vorsitzenden des Staatlichen Plankomitees der UdSSR, Baibakows, „Über den Staatlichen Plan für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der UdSSR im Jahre 1978“ und des Finanzministers der UdSSR, Garbusows, „Über den Staatshaushalt der UdSSR für 1978 und über die Erfüllung des Staatshaushaltes der UdSSR für 1976“ entgegen. Auf dem Plenum hielt Leonid Breschnew eine große Rede. Das Plenum faßte einen Beschuß, in dem es die Entwürfe des Staatlichen Plans für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der UdSSR und des Staatshaushalts der UdSSR für 1978 insgesamt billigte und sie der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR zur Behandlung vorlegte.

Am 14. Dezember wurde im Großen Kremlpalast die 8. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR (9. Legislaturperiode) eröffnet.

Vom 6. bis 8. Dezember fand in Moskau die 19. Tagung der sowjetisch-polnischen Regierungskommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit statt. Eine Reihe von Abkommen wurde unterzeichnet. Die Kommission widmete einer weiteren Vertiefung der Spezialisierung und Kooperation der Produktion besondere Aufmerksamkeit.

Alexej Kossygin empfing am 8. Dezember im Kreml den Präsidenten der italienischen AG „Industria Pirelli“, L. Pirelli. Im Gespräch ging es um die Entwicklung der sowjetisch-italienischen Zusammenarbeit auf verschiedenen Wirtschaftsgebieten.

Am 11. Dezember traf eine Delegation der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei unter ihrem Generalsekretär, Felipe González, auf Einladung des ZK der KPdSU in Moskau ein.

Vom 4. bis 10. Dezember fand in Luanda der 1. Parteitag der MPLA statt. Er beschloß, die Volksbewegung für die Befreiung Angolas in eine MPLA-Partei der Arbeit umzubilden,

die sich von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des wissenschaftlichen Sozialismus leiten läßt. Am Parteitag nahm eine Delegation der KPdSU unter dem Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU Andrej Kirilenko teil. Er übermittelte eine Grüßbotschaft des ZK der KPdSU an den Kongreß. (Siehe S. 8.)

Vom 8. bis 11. Dezember fand in Wien der XXIII. Parteitag der KPÖ statt. Den Rechenschaftsbericht „Die politische Lage und die Aufgaben der Partei“ erstattete der KPÖ-Vorsitzende Franz Muhri. Das ZK der KPdSU riefte an die Parteitagsdelegierten eine Grüßbotschaft, in der u. a. befont wurde, daß die Kommunisten der Sowjetunion den konsequenten Kampf der KPÖ dafür, daß Österreich strikt die Politik der immerwährenden Neutralität verfolgt, gegen das Wettrüsten und die Gefahr der Produktion und Stationierung von Neutronenbomben in Europa, für die Festigung von Frieden und Sicherheit auf dem Kontinent hochschätzen. Am Parteitag nahm eine Delegation der KPdSU unter dem Sekretär des ZK der KPdSU Iwan Kapitonow teil.

Eine Regierungsdelegation der DDR unter dem Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, stattete vom 6. bis 8. Dezember den Philippinen einen offiziellen Besuch ab. Vom 8. bis 11. Dezember weilte die Partei- und Staatsdelegation der DDR zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik.

Vom 6. bis 10. Dezember wurden die Treffen zwischen den Delegationen der UdSSR und der USA in Bern fortgesetzt, um Fragen zu erörtern, die die Tätigkeit beider Seiten im Indischen Ozean betreffen. Über Vorschläge für ein Abkommen zur Begrenzung ihrer militärischen Aktivität in diesem Raum wurde debattiert. Die Gespräche verliefen in konstruktivem Geist, und die Delegationen vereinbarten, ihre Arbeit bald wiederzunehmen.

Der UNO-Sicherheitsrat nahm am 9. Dezember einstimmig den Vorschlag einer Gruppe afrikanischer Län-

der an, einen internationalen Mechanismus zu schaffen, der die Einhaltung der Sicherheitsratsresolution über die Verhängung eines obligatorischen Waffenembargos gegen das rassistische RSA-Regime kontrollieren wird.

Am 6. Dezember erklärten 180 000 amerikanische Bergleute auf den Aufruf des Einheitsverbandes der Bergarbeiter hin den Streik. Vor den Gruben stehen Streikposten.

Am 10. Dezember fand in Washington vor dem Kapitol, dem Weißen Haus und dem Washington-Denkmal eine Massendemonstration von Farmern aus den umliegenden US-Staaten statt. Sie überreichten der Administration die Forderungen, ihrer Notlage, die durch die Ausplünderung seitens der Zwischenhandelsmonopole hervorgerufen ist, abzuholen. Zu ähnlichen Farmerdemonstrationen kam es ferner in über 30 anderen amerikanischen Städten.

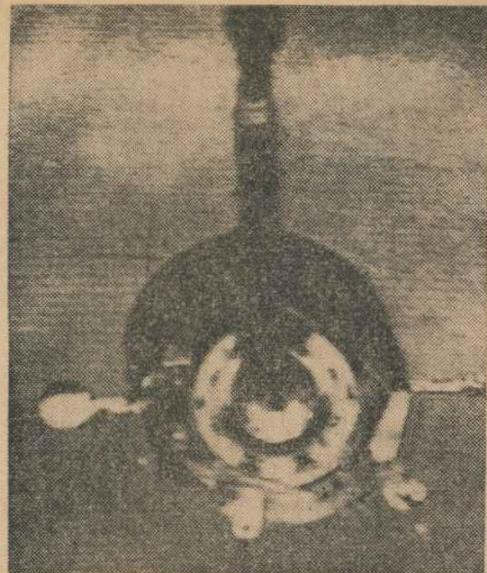
Vom 5. bis 9. Dezember wurde Brüssel zum Schauplatz einer sogenannten atlantischen Woche: Am Montag tagten die „Eurogruppe“ der NATO, am Dienstag und Mittwoch der „NATO-Ausschuß für Verteidigungsplanung“, am Donnerstag und Freitag der NATO-Rat. (Siehe S. 4.)

Am 8. Dezember sprach das portugiesische Parlament der Regierung der Sozialistischen Partei unter Ministerpräsident Mario Soares das Mißtrauen aus. (Siehe S. 9.)

Am 9. Dezember trat US-Außenminister Cyrus Vance eine Nahostreise an, um mit den Regierungschefs Ägyptens, Israels, Libanons, Syriens, Jordaniens und Saudi-Arabien zusammenzutreffen.

Am 10. Dezember wurden in Australien vorfristige Parlamentswahlen abgehalten. Als Sieger ging die aus der Liberalen Partei und der Nationalen Agrarpartei bestehende Regierungskoalition hervor. (Siehe S. 16.)

Am 5. und 6. Dezember fand in Brüssel ein Gipfeltreffen des Europarates statt, an dem die EG-Länder teilnahmen.



Am 10. Dezember wurde in der Sowjetunion das Raumschiff Sojus 26 gestartet, das vom Raumschiffkommandanten, Oberstleutnant J. Romanenko, und dem Bordingenieur, Held der Sowjetunion Fliegerkosmonaut der UdSSR, G. Gretschko, pilotiert wird. Am 11. Dezember koppelte Sojus 26 bei der wissenschaftlichen Orbitalstation Saljut 6 an. Die Kosmonauten steigen in die Station um und begannen mit dem Flugprogramm. Unsere Bilder: das Raumschiff Sojus 26 (das Foto wurde von einer Fernsehkamera an Bord der Station Saljut 6 übertragen); die Kosmonauten J. Romanenko (links) und G. Gretschko in der Station.

Fotos TASS

NEUE ZEIT

WOCHEBLATT FÜR POLITIK

Nr. 51 DEZEMBER 1977

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium:

S. Goljakow (Verantw. Sekretär),
V. Gustchin, A. Ignatow, G. Kaschojan
(Stellv. Chefredakteur), W. Kusnezow,
B. Pitschik (Stellv. Chefredakteur),
I. Trofimowa, V. Tschernjawska (Stellv.
Chefredakteur für die fremdsprachigen
Ausgaben), D. Wolski

Verantwortlicher Redakteur der
deutschen Ausgabe: R. Krestjaninow

■
Verlag der Zeitung „Trud“
Moskau

■

Erscheint in russischer, deutscher, eng-
lischer, französischer, spanischer, polni-
scher, tschechischer und arabischer
Sprache

■

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6,
103782, GSP, Puschkinskaja Plostschadja

IN DIESEM HEFT:

Nicht Separatabmachungen — gerechter Frieden	1
W. Kusnezow — Pentagonisches Danaergeschenk	4
M. Tschernoussow — Die sowjetische Öffentlichkeit protestiert	6
J. Wolff — „Unser Kampf geht weiter“ (Interview)	6
V. Sidenko — Fackel des Fortschritts	8
B. Kotow — Portugal: Nach dem Rücktritt	9
G. Krassin — UdSSR-Japan: Ehrliche Nachbarschaft	10
Biographisches: Sunao Sonoda	10
Seiichi Katsumata, Masamichi Horigome — Beobachtungen und Vergleiche	11
Belgrader Treffen: Vor der Pause	12
James Stewart — Nordirland: Wer schuldet wem?	12
W. Tschirkow — Spanien: Von Problemen bedrängt	14
Notizen ◆ Glossen ◆ Kommentare	16
L. Besymenski — Geschenk zum Jubiläum	18
S. Pawlow — Luftverkehr schlägt Brücken (Interview)	21
A. Baryschew — Argentinien: Wo liegt der Ausweg?	22
V. Gribatschow — USA: Das erste Jahr des dritten Jahrhunderts	25
E. Rosenthal — Im Geiste Radamas II.	28
Diskussion mit dem Leser	30
PS	32

Titelbild: Plakat von A. Garanin

Printed in the Union of Soviet
Socialist Republics



PENTAGONISCHES DANAERGESCHENK

Wladlen KUSNEZOW

Was läßt sich von Tagungen der militärischen und politischen NATO-Organe anderes erwarten als vorprogrammierte militaristische und propagandistische Routine. Auch die Brüsseler Atlantik-Woche im Dezember hat da nichts Neues ergeben.

Ihre Teilnehmer drehten sich wieder einmal in dem alten Säbeltanz zum Thema „sowjetische Gefahr“. Als sie sich dann niederrütteln, beschlossen sie, bis Ende 1978 die Anzahl ihrer Raketen systeme gleich um ein Drittel(!) zu erhöhen. Im selben Umfang werden auch andere Waffenarten sowie die militärstrategischen Reserven aufgefüllt.

Wenn die Atlantikhäupter zusammenkommen, weinen sie sich gewöhnlich aus und beklagen ihren „Rückstand“ hinter dem Warschauer Vertrag. Der „rückständige“ Block verfügt heute über 5 263 000 Soldaten und Offiziere, 11 000 Panzer, 3000 Flugzeuge. Im kommenden Jahr werden 1635 Panzer und Panzerfahrzeuge, 1027 Raketen systeme verschiedener Bestimmung, Hunderte Flugzeuge und Hubschrauber, Dutzende Kriegsschiffe hinzukommen.

Als „Herz der US-Außenpolitik“ bezeichnete Präsident Carter die NATO. In Brüssel interessierten sich die Washingtoner Mediziner dafür, wie wenig ihre Patienten gegen die ihnen verordneten bitteren Pillen in Gestalt der jährlichen 3prozentigen Erhöhung der Militärausgaben und eines guten Dutzend langfristiger Militärprogramme aufmucken.

Gegenwärtig jedoch konzentriert sich der ganze Druck auf etwas anderes. Der NATO soll der „Herzschrittmacher“ Neutronenbombe eingepflanzt werden. Und da hört nun die routinierte Gemütlichkeit der NATO-Runden auf, und sie gewinnen außerordentlichen Charakter.

Die Frage der Neutronenbombe stand diesmal nicht auf der offiziellen Tagesordnung der militärpolitischen NATO-Organe. Doch laut Interviews und anderen Äußerungen von NATO-Generalen, nach Mei-

dungen von Korrespondenten, die das Hauptquartier im Brüsseler Vorort Évere umschwirrten, stand eben sie im Mittelpunkt der Diskussion.

Zweimal schon hat das Pentagon in jüngster Zeit versucht, seinen Partnern die Neutronenbombe anzuhängen. Die aber beeilen sich nicht damit. Der Grund dafür ist der Widerstand der westeuropäischen Öffentlichkeit. Störend wirken auch die Friedensvorschläge der UdSSR, die die Sicherheit des Kontinents nicht auf den schwankenden Planken des „Gleichgewichts der Angst“ aufgebaut wissen will, das unter der Last der Neutronenbombe noch wackliger wird, sondern auf der ruhenden Plattform der weiteren politischen und militärischen Entspannung. Auch das Belgrader Treffen ist ein Störfaktor, dessen Teilnehmer sich in der KSZE-Schlüßakte für die Förderung der Abrüstung und die Schwächung der militärischen Konfrontation in Europa ausgesprochen hatten. Es stört weiter die Furcht vor den möglichen Folgen eines Konflikts in Europa unter Einsatz von Neutronenwaffen. Und die Befürchtung, daß die Lieferanten dieser Waffe neue Hebel zur Beeinflussung der Politik und der Militärstrategie der westeuropäischen Staaten in die Hand bekommen.

Kurz, man hat Grund genug zum Nachdenken. Im Pentagon allerdings glaubt man, daß es hier nichts zu überlegen gibt. Nimm, was du kriegst, und sei dankbar.

Wer in Europa könnte es sich leisten, keine „Atomsprengköpfe mit höherer Radioaktivität“ zu wünschen, wenn der US-General Haig, der ja Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte in Europa ist, höchstpersönlich diese Sprengköpfe als „wünschenswerten Beitrag zur Modernisierung unserer nuklearen Streitkräfte auf dem europäischen Kriegsschauplatz“ ansieht. Die inkompetenten Europäer, die so gar nicht wissen, was gut und was schlecht ist, sollten dem sensiblen General da nicht mit Zweifeln auf die Nerven fallen: „Ich bin einfach alarmiert, wenn ich von der vielen

Aufregung“ um die „Inhumanität“ der neuen Waffe höre.

Ach, dieses Westeuropa begreift nicht sein Glück. Wenigstens die Militärs, so entwickelt Haig seinen Gedanken, sollten doch wissen, daß die Neutronenbombe „einen hohen Kampfeffekt hat“. Auch die Politiker bleiben ja nicht im Nachteil. Das neue Waffensystem biete „den politischen Führern die Möglichkeit, flexibler zu handeln“. Das natürlich nur für den Fall, daß sie überhaupt noch zum Handeln kommen. Die Neutronenbombe, so erklärt der Militärkommentator Drew Middleton in der *New York Times*, tötet Menschen „sogar in den Panzern oder im Innern von Gebäuden“.

Der Militarismus, der sich schon die Finger nach der neuen „Wunderwaffe“ leckt, kann seine überschäumenden Gefühle nicht verbergen. So zupfen ihn vorsichtige Politiker nun am Ärmel und entschuldigen sich vor der schockierten Öffentlichkeit für die schlechten Manieren des überaus geschwätzigen und plumpen Subjekts. Wozu denn der ganze Lärm, wollen sie beruhigen. „Die technische Weiterentwicklung bestehender Waffensysteme ist ein ständiger Prozeß, der in allen Ländern vor sich geht.“ So versucht denn auch das Pentagon, die vorgesehene Lagerung von Neutronenwaffen in Westeuropa für eine routinemäßige Modernisierung des „veralteten“ Kernarsenals der NATO auszugeben. Dadurch würde sich doch überhaupt nichts ändern.

Doch es ändert sich etwas. Oder genauer, kann sich ändern. Wer auf die Neutronenwaffe setzt, will das jetzige — relativ ausbalancierte — Kräftegleichgewicht in Europa zu seinen Gunsten verändern und strategische Übermacht erhalten. Das Auftauchen des überseelischen Monstrums „auf dem europäischen Kriegsschauplatz“, wie US-Verteidigungsminister Brown sagte (der übrigens selbst die Herstellung der Neutronenbombe förderte), muß die Spannung und die militärische Konfrontation auf dem Kontinent zuspitzen und schafft eine neue militärstrategische und politische Situation, die die Gefahr eines ernstlichen Konflikts in sich birgt. Wenn das Pentagon versichert und mancher in der NATO in sein Lied einstimmt, daß die „Nuklearschwelle“, die einen konventionellen Krieg von einem Kernkrieg trennt, nicht gesenkt werde, dann ist das eine eindeutige, bewußte Lüge.

Hören wir wieder Mr. Haig: „Je mehr wir ein fehlendes Gleichgewicht im Bereich konventioneller Waffen zu unseren Ungunsten feststellen werden, werden wir unausbleiblich gezwungen sein, das Risiko des Einsatzes von Kernwaffen in einer früheren Phase der Kampfhandlungen einzugehen.“ Solche Of-

fenheit leistete sich Alexander Haig in einem Interview mit der römischen **Tempo**, und — so schiebt die Zeitung ein — er hat dabei „jedes Wort betont“. Danken wir dem Herrn General also für die völlige Klarheit. Nun verstehen wir schon besser, wozu die üble These von der „Überlegenheit“ des Warschauer Vertrags an konventionellen Streitkräften herumposaunt wird. Zur Begründung des „Rechts“ der NATO-Führer, „ein Risiko einzugehen“, den ersten oder „Präventivschlag“ mit Kernwaffen in eigentlich jedem Moment zu führen, in dem es ihnen gefällt. Denn das „fehlende Gleichgewicht“ beklagen die Mister Haigs ja schon jetzt.

Man kann sich nur jenen in Westeuropa anschließen, die, wie die holländische Regierung, besorgt sind, daß die Lagerung der Neutronenwaffe im europäischen NATO-Vorfeld den ganzen Kontinent in eine Situation mit „unvorhersehbaren Folgen“ bringen kann. Ja, die heute fortschreitende Entspannung in Europa, die vielversprechenden Abrüstungsverhandlungen zwischen Ost und West könnten einer harten Prüfung unterzogen werden. Alles wird auf eine Karte gesetzt, was infolge der Wende von der quälenden gefährlichen Konfrontation und dem kalten Krieg zur Minderung der Spannungen und zu einer konstruktiven Zusammenarbeit erreicht wurde.

„Europa wird alles verlieren, wenn es ein Manöver- oder Testgebiet für diese Waffe wird, die einen Krieg möglich macht und vor allem den strategischen Interessen der USA dient.“ Diesen Schluß zieht die Pariser **Monde**. Wenn aber Europa etwas verliert, dann verliert das gleiche, angesichts der Bedeutung Europas, auch die ganze übrige Welt. Die strategischen Vorhaben der reaktoriären Kreise, die sich mit der Neutronenbombe für die Entspannung revanchieren wollen, zielen darauf ab, die konstruktive Entwicklung des Weltgeschehens zurückzudrehen und die positiven Wandlungen der letzten Jahre, die ein weiteres Aufrüsten blockieren, ungeschehen zu machen. Sein oder Nichtsein der Neutronenbombe ist in diesem Falle keine gesonderte, nicht nur eine militärotechnische Frage, wie man uns einreden will. Es ist eine prinzipielle Frage der hohen europäischen und nicht nur der europäischen Politik.

Viele Für und Wider werden auf die Waagschale zu legen sein. Das „Risiko“, von dem Haig gesprochen hat, ist groß, denn es schließt unausbleiblich Gegenaktionen der anderen Seite ein. Das atlantische Lager ist also nicht umsonst gespalten.

Vertreter des Pentagon, aber auch des offiziellen Washington sagen, so-

fern sie nicht das Placet der Partner erhalten, werden sie sich nicht entschließen, die Neutronenwaffe in Serienproduktion zu geben. Allerdings sind da nicht alle Partner, sondern in erster Linie jene gemeint, „auf deren Gebieten diese Waffe stationiert werden soll“. Hier meint das Pentagon offenbar, es sei einfacher, die Partner jeweils einzeln gefügig zu machen, als eine einheitliche Front zu durchbrechen. Wie auch immer, die neue Modifizierung der Kernwaffe ist vom Pentagon extra für Europa gedacht und „es hat keinen Sinn, die Bombe herzustellen, wenn man sie nicht lagern kann“, bemerkt sehr richtig die Londoner **Financial Times**.

Aber der erste Sturmangriff aus Übersee auf die Bündnispartner ist steckengeblieben. Im europäischen NATO-Ableger konnte man sich nicht entschließen, das Danaergeschenk des Pentagon sofort anzunehmen. Und das mußte den Belagerungszustand ausrufen. US-Verteidigungsminister Brown erklärte sogar auf der Sitzung der NATO-Gruppe für nukleare Planung im italienischen Bari im Oktober mit kaum verhaltenem Ärger, keiner zwinge sie (also die Partner), das zu tun. Man sollte den Minister beim Wort nehmen.

Doch die europäischen Partner weichen aus, schwanken, legen sich in ihrer Einstellung zur Neutronenbombe nicht fest und greifen zur Taktik des Abwartens. Die einen wollen den großen Bruder sichtlich nicht verärgern. Andere wieder sind von der empörten Reaktion der eigenen Öffentlichkeit auf die Neutronenbombe äußerst beunruhigt. Dritte ... dritte verknüpfen ihre eigenen weitreichenden Pläne mit dem Pentagonprojekt. Der Generalinspekteur der Bundeswehr Wust hat keinerlei Zweifel und Befürchtungen, er ist bereit, wenn's geht, schon morgen die Bundeswehr und gleich auch alle anderen westeuropäischen Armeen mit der Neutronenwaffe zu beglücken. Nach Ansicht des Inspekteurs ist sie ein „Abschreckungsmittel“, das „Ruhe und Sicherheit des Westens garantieren“ kann. Als habe der General keinen Schimmer, daß es sich bei der Ruhe, die die Superwaffe garantiert, nur um Friedhofsruhe handeln kann. Doch die unersättlichen Nuklearambitionen der bundesdeutschen Generalität erweisen sich, wie man sieht, stärker als der Selbsterhaltungstrieb.

Verschiedene US-Zeitungen verkünden gegenwärtig die höchstwahrscheinlich lancierte Version: „Die europäischen Bündnispartner neigen allmählich dazu, die USA zu bitten, die umstrittene Neutronenbombe herzustellen und auf ihrem Territorium zu lagern.“ Unter Berufung auf gewisse Europabeamte

schreibt man, daß das zur Zeit auszuarbeitende sowjetisch-amerikanische Abkommen über die Begrenzung strategischer Offensivwaffen die Sicherheit Westeuropas beeinträchtigen und es schutz- und hilflos ohne die Cruise Missiles des Pentagon oder eigener Produktion läßt. Man will suggerieren, Washington brauche die Neutronenwaffe so dringend auch deshalb, um „den Russen mehr Zugeständnisse abzuringen“.

Wenn es nicht gelingen sollte, die Neutronenbombe durch den Vordereingang nach Europa zu bugstieren, macht man sich bereit, sie über die Hintertreppe zu lieven. Das geht z. B. so: Europäische NATO-Führer „bitten inoffiziell“ in Washington, es solle ihnen „eine geringe Anzahl“ von Neutronensprengköpfen nach Abschluß der Belgrader Folgekonferenz liefern (da soll noch einer sagen, der NATO fehle es an Takt!). Oder so: Die USA beginnen mit der Herstellung der Neutronenwaffe, lassen sie aber zunächst mal hübsch zu Hause.

Des Drehens und Wendens ist kein Ende. Die atlantischen Partner schieben die Entscheidung über den Ozean immer hin und her. Washington erwartet, daß die Partner die Verantwortung mit ihm teilen. Die aber sagen: „Die Entscheidung über die Herstellung dieser Bombe liegt in der souveränen Kompetenz der USA“ (BRD-Verteidigungsminister Leber). Schade, daß der Minister seinen Gedanken nicht logisch zu Ende geführt hat: Die Entscheidung über Lagerung oder Nichtlagerung liegt in der souveränen Kompetenz der westeuropäischen Staaten.

Niemand wird sich vor der Verantwortung drücken können, wenn die Neutronenbombe aufs Fließband geht und im dichtbesiedelten Europa auftaucht, dessen Völker den Neutronentod in allen Varianten ablehnen. Diejenigen, die die Bombe aufzwingen wollen, und diejenigen, die sich jetzt nicht entschließen können, sie abzulehnen, sollten sich sehr darüber im klaren sein: Es wird nicht gelingen, die Bewegung der Öffentlichkeit gegen die Neutronenbombe kleinzu kriegen, die Empörung wird sich nicht legen.

Die Neutronenwaffe soll an den Grenzen zur sozialistischen Gemeinschaft gelagert werden. Denkt da wirklich jemand so naiv, diese Herausforderung sollte ohne entsprechende Antwort bleiben? Die Sowjetunion und ihre Verbündeten werden ein ausreichendes Gegenmittel gegen die Versuche finden, militärische Überlegenheit durch die Neutronenbombe oder andere Arten von Todeswaffen zu erzielen. Das sollten sich die Befürworter der „Neutronenabschreckung“ gesagt sein lassen.

DIE SOWJETISCHE ÖFFENTLICHKEIT PROTESTIERT

„Die ‚schnellen Neutronen‘ ... vermögen Panzerplatten und Stahlhelme, Kleidung und Ziegelmauern mühelos zu durchdringen wie Staubkörner einen weitmaschigen Gartenzaun. ‚Ihre Wirkung‘ ist vergleichbar mit Milliarden kleiner Injektionen hochwirksamer Säure. Der Mensch wird, wie es in den US-Atomlabors schroffig heißt, buchstäblich ‚versaftet‘ („juiced“).“

So beschreibt das bundesdeutsche Nachrichtenmagazin **Der Spiegel** die Wirkung der neuen „humanen“ und „sauberer“ Kernwaffe — der Neutronenbombe.

Die Menschheit kann und will sich mit den barbarischen Plänen nicht abfinden. Über den ganzen Erdball ist eine Protestwelle gegen die Produktion der Neutronenwaffe gerollt. Auch die sowjetische Öffentlichkeit nimmt Stellung dagegen. Am 12. Dezember fand eine Pressekonferenz im Sowjetischen Friedenskomitee statt. Der erste stellvertretende Vorsitzende des Komitees, Akademiemitglied J. Fjodorow, sagte bei ihrer Eröffnung:

„Der Kampf der Weltöffentlichkeit gegen die Neutronenwaffe wird immer intensiver. Die Entwicklung der neuen Massenvernichtungswaffe bedeutet eine neue Runde des

Wettrüstens, seine Ausweitung und Beschleunigung, bedeutet einen Schlag gegen die eingeleitete Entspannung, die Torpedierung von Abrüstungsschritten. Wir meinen, daß die Neutronenbombe eine barbarische Waffe des Aggressors ist. Alle Behauptungen, sie sei sauber und human, haben ein völlig klares Ziel: den Einsatz dieser Bombe und den Übergang von konventionellen über Neutronen- zu den eigentlichen Kernwaffen zu erleichtern. Die sowjetische Öffentlichkeit ist voller Empörung und Zorn über die Entwicklung und Produktion dieser Waffe und protestiert entschieden dagegen, daß sie in die Arsenale aufgenommen wird.

Akademiemitglied Markow machte die Versammelten mit der Deklaration der Pugwash-Bewegung bekannt. Die Welt geht einer neuen, noch intensiveren und gefährlicheren Runde des Wettrüstens entgegen, heißt es dort. Im Herzen Europas soll die Neutronenbombe stationiert werden.

„Jetzt hat sich eine propagandistische ‚Humanisierung‘ dieser Waffe abgezeichnet“, sagte Markow. „Ihre Fürsprecher sagen, sie sei klein. Doch auch eine kleine Neutronenbombe kann großen Schaden an-

richten. Sie wirkt sich störend auf Versuche, eine Weitergabe der Kernwaffen zu verhindern, und läßt die Wahrscheinlichkeit einer zufälligen, nichtsanktionierten Entstehung eines Kernkrieges größer werden. Die Neutronenbombe verwischt die Unterschiede zwischen konventionellen und atomaren Waffen. Die Neutronenbombe sei ‚klein‘ — das ist ein Argument, mit dem der Geist aus der Flasche gelassen wird. Das kleine Atomkind kann schnell heranwachsen. Wenn man davon spricht, die Bombe sei klein, dann verschweigt man die Möglichkeit ihres massiven Einsatzes.“

Die Verfechter einer Stationierung der Bombe in Westeuropa behaupten, sie sei nur ein ‚atomarer Verteidigungsschirm‘. Doch in Europa mit seiner Bevölkerungsdichte wird dieser Schirm zum Deckel eines atomaren Sarges.“

„Ich habe Hiroshima und Nagasaki im Herbst 1945 gesehen“, sagte der Schriftsteller Konstantin Simonow. „Auch damals hieß es, die Atombombe habe geholfen, den Krieg zu beenden, und manchem das Leben gerettet. So Menschenleben und materielle Werte hinzuverzettet, ist der Menschheit unwürdig. Die Atombombe wurde geheim entwickelt, jetzt aber will man die Menschen schon im voraus davon überzeugen, daß diese neue Art zu morden ‚human‘ sei. Allein einen Mord zu planen, ist unmoralisch. Was soll man dann zu millionenfachem Mord sagen?“

Die Teilnehmer der Pressekonferenz sprachen davon, daß sich die

HOLLAND

„UNSER KAMPF GEHT WEITER“

In den westeuropäischen Ländern läuft die Kampagne gegen die Pentagon-Pläne zur Lagerung amerikanischer Neutronenwaffen in Westeuropa weiter. Ein führender Aktivist der holländischen Initiativgruppe „Stoppt die Neutronenbombe!“, Joop WOLFF, besuchte vor kurzem die Sowjetunion. Unser Korrespondent L. Makarewitsch bat Herrn Wolff, von dem Kampf der holländischen Öffentlichkeit für ein Verbot dieser neuen Massenvernichtungswaffe zu berichten.

„Bei uns in Holland“, sagte Joop Wolff, „gibt es langjährige Traditionen des Friedenskampfes. Manchmal wird die Meinung geäußert, in einem so kleinen Staat wie in den Niederlanden sei es unmöglich, eine breite Antikriegsbewegung zu entfalten, die große Ergebnisse erzielen könnte. Das stimmt natürlich nicht. Für uns Holländer ist der Kampf gegen das Wettrüsten, für Entspannung und internationale Sicherheit von besonderer Bedeutung,

da unser kleines Volk nur im Frieden leben kann.“

Die jetzige Kampagne gegen die Neutronenwaffe hat gleichfalls sehr breite Dimensionen angenommen. Uns freut das, denn wir meinen, daß der Friedenskampf nicht das Privileg einer Gruppe oder Organisation ist. An ihm sollen so viele Menschen wie möglich teilnehmen, die unterschiedliche politische und religiöse Überzeugungen vertreten, doch ihre Anstrengungen gegen neue Massenvernichtungswaffen vereinen wollen.“

Kern unserer Bewegung ist eine etwa 120köpfige Initiativgruppe, der Kommunisten, Sozialisten, Radikale, Gewerkschafter, Betriebsratsmitglieder, Studenten, Militärangehörige und einige Geistliche angehören.

Die Initiativgruppe veranstaltet Kundgebungen, Demonstrationen und Konferenzen, deren Teilnehmer dafür eintreten, daß die Regierung eine klarere Haltung in dieser Frage einnimmt. Außerdem geben wir ein Bulletin heraus, das die Öffentlichkeit über Friedensinitiativen nicht nur in den Niederlanden, sondern auch in anderen Staaten informiert, sowie weitere Materialien. Solche Aufrufe gegen die Neutronenbombe (siehe Foto S. 7) kann man an Häuserwänden, Schaufernern, in Universitäten und Schulen sehen.“

Kürzlich fand in Amsterdam eine

Neutronenwaffe auf die Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Rüstungen auswirken werde. Im Westen werden fadenscheinige Argumente vorgebracht wie: Die Neutronenbombe sei keine offensive und keine strategische, sondern eine defensive und taktische Waffe. Doch die Neutronenwaffe ist, wie Generalleutnant a. D. Prof. Milstein unterstrich, rein offensiv, zur Vernichtung von Menschen bestimmt. Sie kann bedingt als taktische Waffe für die USA bezeichnet werden, für Europa aber ist sie eine strategische Waffe.

„Die Neutronenbombe stellt eine Bedrohung für die Entwicklungsländer dar“, sagte das Korrespondierende Mitglied der AdW der UdSSR, Primakov. Erstens betrifft alles, was einen Kernkrieg nicht unwahrscheinlicher, sondern wahrscheinlicher werden läßt, direkt alle Völker der Erde. Einen Kernkrieg kann man nicht lokalisieren. Zweitens wird die Neutronenwaffenproduktion das Wettrüsten nur beschleunigen und riesige Gelder schlucken, was die Entwicklungsländer, ihre Möglichkeiten, den Lebensstandard ihrer Bürger zu haben, unmittelbar angeht. Drittens würde die Neutronenbombe neue Schwierigkeiten schaffen, eine Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern.

Führende Mediziner betonten auf der Pressekonferenz, daß die Neutronenbombe stärker als die herkömmliche Atombombe auf den menschlichen Organismus einwirkt. Das klinische Bild der Strahlen-

krankheit ändert sich — die Menschen sterben bei der Strahleneinwirkung oder kurz danach. Die bekannten Rettungsmethoden erweisen sich als unwirksam.

Die Teilnehmer der Pressekonferenz — Wissenschaftler, Kulturschaffende und Persönlichkeiten des religiösen Lebens — befaßten sich eingehend mit den Folgen, die die neue Massenvernichtungswaffe nach sich ziehen kann. Sie hoben hervor, daß es ein militärtechnisches Entdeckungsmonopol nicht gibt und nicht geben kann — das zeigen alle Erfahrungen der Geschichte. Dessen ist man sich übrigens auch im Westen bewußt.

„Früher oder später“, schrieb die amerikanische Zeitung *Christian Science Monitor*, „in der Regel früher und nicht später, können die Sowjets jede Waffe haben, die die Vereinigten Staaten bauen können. Es fragt sich, was dann mit dem zusätzlichen hemmenden Faktor sein wird, den die Neutronenbombe für die NATO angeblich darstellt, wenn der Warschauer Pakt gleichfalls über sie verfügen wird?“

Die Aufnahme der Neutronenbombe in die Arsenale kann nur dem Wettrüsten einen neuen Anstoß geben und die internationale Entwicklung zurück zum kalten Krieg drängen. Die Teilnehmer der Pressekonferenz riefen die Weltöffentlichkeit auf, ihr entschiedenes Nein zur Neutronenbombe zu sagen und den Kampf gegen die neue barbarische Waffe zu aktivieren.

M. TSCHERNOUSSOW

gung und Auswärtiges sowie unserer Initiativgruppe zusammen, um sich mit der Problematik der Neutronenwaffe zu befassen. Ferner stehen wir in Kontakt mit ausländischen Organisationen, die für den Frieden, gegen die Lagerung der Neutronenwaffe in Westeuropa kämpfen.

Immer mehr Menschen reihen sich in die Kampagne für ein Verbot dieser Massenvernichtungswaffe ein. Wir sind der Ansicht, daß die Rolle der friedliebenden Öffentlichkeit bei der Verhinderung eines Krieges und der Festigung der Entspannung heute so groß ist wie nie zuvor. Deshalb geht unser Kampf weiter.“

NZ STREIFLICHTER

■ RUMÄNIEN

Vom 7. bis 9. Dezember fand in Bukarest eine Landeskonferenz der RKP statt. Das Hauptreferat „Über die Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages und des Parteiprogramms und die Aufgaben für die Zukunft“ hielt der Generalsekretär der Partei, der Präsident der Republik, Nicolae Ceausescu. Wie auf der Konferenz betont wurde, ist das Hauptergebnis der Arbeit der Partei in der Zeit nach ihrem XI. Parteitag im Jahre 1974 ein neuer Schritt des Landes beim Aufbau des entwickelten Sozialismus.

Die Konferenz nahm ein zusätzliches Programm für die Entwicklung der Wirtschaft Rumäniens im laufenden Planjahr fünf an. Entsprechend diesem Programm werden die durchschnittlichen Jahreszuwachsraten der Industrieproduktion im Zeitraum 1976—1980 11,5% und des Nationaleninkommens 11% befragt. Die Konferenz bestimmte ferner die Hauptrichtungen für die Entwicklung des Landes im bevorstehenden Planjahr fünf.

Die Delegierten erörterten die Pläne, wobei sie der Intensivierung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Verbindungen mit der Sowjetunion und den anderen Bruderländern große Aufmerksamkeit widmeten.

■ MOÇAMBIQUE

Mit festlichen Demonstrationen und Massenkundgebungen für die Politik der FRELIMO-Partei gingen die mehr als zweimonatigen Wahlen zu den Organen der Volksmacht zu Ende. Auf der letzten Etappe wählten die Abgeordneten der Volksversammlungen aller Provinzen die Volksversammlung der Republik (226 Sitze). Unter den Abgeordneten dieses höchsten legislativen Organs Moçambiques sind führende Funktionäre von Partei und Regierung, Veteranen des antikolonialistischen Kampfes, Arbeiter, Mitglieder bürgerlicher Genossenschaften und Militärangehörige. Innerhalb von drei Wochen wird Präsident Samora Machel, nach der Verfassung Vorsitzender der Volksversammlung, sie zu ihrer ersten Tagung einberufen.

Zum erstenmal in seiner Geschichte hat das Volk von Moçambique, geschart um seine revolutionäre Avantgarde, die FRELIMO, seine Vertreter

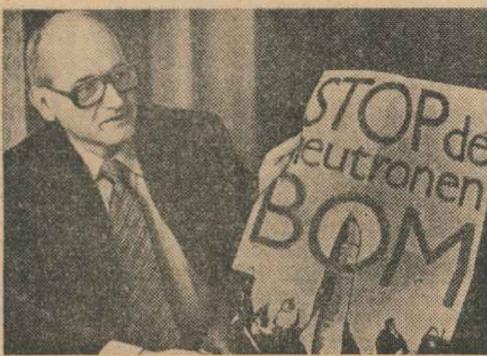


Foto A. Motschalin

Demonstration statt, an der namhafte Schriftsteller, Maler, Bildhauer und Musiker teilnahmen. Im Parlament kamen Vertreter der Ausschüsse für Verteidi-

Fackel des Fortschritts

Viktor SIDENKO

In Luanda werden die alten, aus der Kolonialzeit stammenden Namen von Straßen und Plätzen geändert. Sie werden neu benannt, im Geiste der Zeit. So wuchs in einem Vorort der Hauptstadt, in Golfe, ein Neubauviertel empor, das den Namen „Viertel der Freundschaft Angolas mit Kuba und der Sowjetunion“ trägt. An einem Dezembertag weilte dort die sowjetische Delegation, die am I. Parteitag der MPLA teilnahm. Der Name dieses Viertels ist symbolisch: Er bringt die gesetzmäßige, intensive Wechselbeziehung zwischen der Entstehung und Konsolidierung des neuen Angola sowie dem Kurs auf die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zur UdSSR, zu Kuba und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft zum Ausdruck.

Das Thema der revolutionären Solidarität Angolas mit der Sowjetunion kam besonders deutlich auf dem höchsten Forum der angolanischen Revolutionäre zur Sprache. Das ist verständlich, da die sowjetisch-angolanische Freundschaft auf der Ähnlichkeit der revolutionären Ideale basiert, auf der Grundlage — so hieß es in der Grüßbotschaft des ZK der KPdSU an den Parteitag — „des gemeinsamen Kampfes gegen Imperialismus, Rassismus und Neokolonialismus, für Frieden und sozialen Fortschritt“.

„Uns sowjetischen Kommunisten“, erklärte der sowjetische Delegationsleiter, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Andrej Kirilenko, auf dem Parteitag, „sind die Ziele, denen ihr zustrebt, nah und verständlich... Unsere Partei ist auch heute mit euch. Der sowjetisch-angolanische Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit, der 1976 von Leonid Breschnew und Agostinho Neto unterzeichnet wurde, ist eine zuverlässige Grundlage unserer Beziehungen...“

Der Parteitag fand vom 4. bis zum 10. Dezember im Restauração-Gebäude im Zentrum Luandas statt. Und obgleich die MPLA bereits 21 Jahre besteht, konnten die Parteimitglieder erst jetzt zu einem so repräsentativen Forum zusammenkommen. Alle diese Jahre waren er-

füllt vom harten Kampf der Patrioten erst gegen den portugiesischen Kolonialismus (1961—1974), dann gegen die Intervention der RSA-Rasisten und die Umtreibe der reaktionären einheimischen Gruppierungen des Holden Roberto und des Jonas Savimbi (der sogenannte zweite Kampf um die Unabhängigkeit, 1974—1976). Nachdem die Patrioten die beiden Schlachten gewonnen hatten, konnte dieser Parteitag stattfinden. Von der Vergangenheit jener, die hierher delegiert wurden, sprechen folgende Zahlen: Von 225 Delegierten haben 41 Prozent am bewaffneten Kampf gegen die Kolonialherren teilgenommen, 20 Prozent kämpften im Untergrund, 30 Prozent schmachteten in Gefängnissen und KZ.

Selne besondere Aufmerksamkeit widmete der Parteitag dem nationalen Wiederaufbau und der Schaffung der Voraussetzungen für den Aufbau einer Gesellschaft, frei von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. „Wenn wir die Ziele des Aufbaus der Volksdemokratie und des Sozialismus erreichen wollen“, betonte Agostinho Neto in seinem Bericht, „dann verlangt das qualitative Veränderungen auf politischer, ideologischer und organisatorischer Ebene. Wir brauchen eine fortschrittliche Organisation, die ihre Rolle bei der Leitung der Gesellschaft so effektiv wie möglich spielen kann.“

Gerade eine solche Organisation — eine „Avantgarde der Arbeiterklasse“, die sich vom Marxismus-Leninismus leiten lässt und „im festen Bündnis Arbeiter, Bauern und revolutionären Intelligenz sowie die anderen Werktäglichen, die der Sache des Proletariats ergeben sind“, vereint, wurde auf dem Parteitag gebildet. Sie erhielt die Bezeichnung MPLA-Partei der Arbeit. In diesem Namen zeigen sich die Kontinuität der Traditionen des revolutionären Kampfes, den die MPLA seit ihrer Bildung im Jahre 1956 gegen die Feinde eines freien Angolas führte, und ihre avantgardistische Rolle im Kampf der angolanischen Werktäglichen für die Errichtung und Konsolidierung der volksdemokratischen



In Luanda während des Parteitages

Foto TASS

Macht, für die Festigung der ideologischen Einheit der Arbeiterklasse, für revolutionäre Umgestaltungen in den Produktionsverhältnissen.

Der Parteitag nahm einstimmig das Parteiprogramm und -statut an. Im Programm sind die allgemeinen Aufgaben bestimmt, mit denen sich die Partei auf der Etappe der volksdemokratischen Revolution befassen wird. Eine Lösung dieser Aufgaben soll die Voraussetzungen für sozialistische Umgestaltungen schaffen. Auf dieser Etappe wird die Arbeiterklasse im Bündnis mit der Bauernschaft und der revolutionären Intelligenz die revolutionär-demokratische Diktatur gegen die ausländische und einheimische Reaktion ausüben, indem sie die Bedingungen für die Errichtung der Diktatur des Proletariats auf der Etappe des Aufbaus des Sozialismus schafft.

In seinem Bericht betonte Agostinho Neto, daß die Partei „die Solidarität mit dem Kampf der Werktaatigen in der ganzen Welt auf der Grundlage der Prinzipien des proletarischen Internationalismus festigen und die Aktionen der sozialistischen Länder, der demokratischen und progressiven Kräfte für die internationale Entspannung und die allgemeine Abrüstung unterstützen wird.“

Die Resolution über die Hauptrichtungen der sozialökonomischen Entwicklung der Republik im Zeitraum 1978—1980 ist ein wichtiges Dokument des Parteitages. Darin wird die Notwendigkeit betont, den staatlichen Industriesektor zu konsolidieren, Produktionsgenossenschaften auf dem Lande zu bilden, die Arbeitsproduktivität und den Wohlstand der Werktäglichen zu heben.

... Zum Emblem der neuen Partei wurde eine rote Fackel in der Hand eines Afrikaners auf der grünen Karte Angolas. Es symbolisiert die Rolle der MPLA-Partei der Arbeit bei der progressiven Entwicklung des Landes.

NACH DEM RÜCKTRITT

Die längste Nacht des portugiesischen Parlaments, vom 7. auf den 8. Dezember, endete mit dem Fall des Soares-Kabinetts. Um 6 Uhr morgens entzog die Versammlung der Republik ihm nach stürmischen Debatten mit den 159 Stimmen der ganzen Opposition bei 100 Gegenstimmen allein der Sozialisten (SP) das Vertrauen. Präsident Ramalho Eanes nahm den Rücktritt der Regierung an und beauftragte sie mit der Führung der Amtsgeschäfte bis zur Bildung eines neuen Kabinetts.

Hierzu gab die Politische Kommission des ZK der PKP eine Erklärung ab. Der Regierungsrücktritt, heißt es dort, erklärt sich dadurch, daß die Politik der kapitalistischen, latifundistischen und imperialistischen Restauration gescheitert ist und sich die Formel einer Einparteienregierung der Sozialisten, die im faktischen Bündnis mit den Rechten agierte, abgenutzt hat.

Der Sturz der Regierung, wird in der Erklärung ausgeführt, demonstriert, daß dringend eine neue Politik ausgearbeitet und eine neue Regierung gebildet werden muß. Eine Politik, die die sozialökonomischen Umgestaltungen im Lande nach dem 25. April 1974 berücksichtigen würde und die nationale Unabhängigkeit sichern, den finanziellen Zusammenbruch vermeiden und den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft fortführen könnte. Hierfür muß ein Kabinett gebildet werden, das die Unterstützung aller Fortschrittskräfte Portugals hat.

Die PKP hat ihrerseits alles getan, um mit den SP-Führern zu einer Einigung zu kommen. Die PKP hoffte bis zur letzten Minute, eine Vereinbarung erreichen zu können. Doch die Regierung und die SP-Führung zeigten kein Interesse an der Initiative der Kommunisten und erklärten, sie wollten die alte Politik forsetzen. So mußten die kommunistischen Abgeordneten dem Kabinett Soares ihre Unterstützung versagen.

Gleichzeitig lenkt die KP die Aufmerksamkeit der portugiesischen Öffentlichkeit auf gefährliche Pläne, eine Koalitionsregierung der Sozialisten, der Sozialdemokraten und der Zentristen oder eine offen reaktionäre Regie-

rung (Sozialdemokraten—Zentristen bzw. Unabhängige—Technokraten) zu bilden.

Extremistische Gruppierungen, die sich die politischen Schwierigkeiten zunutze machen wollen, regen sich wieder. Einerseits versuchen die Linksextremisten, die ihre pseudorevolutionäre Propaganda gegen die PKP verstärken, die Werktätigen und Demokraten zu spalten, was objektiv die Voraussetzungen für eine Offensive der reaktionären Kräfte schafft. Andererseits wird der Rechtsopportunismus aktiver, der sich von der Reaktion dazu erpresst läßt, die Arbeiter- und demokratische Bewegung auf Kapitulanzenpositionen abzudrängen.

Die Leitungsgänge der anderen Parlamentsparteien tagten. Das Nationalsekretariat der SP wandte sich an die Sozialdemokratische Partei, an das Demokratisch-Soziale Zentrum und an die PKP mit dem Vorschlag, bilaterale Treffen zur gemeinsamen Bewertung der Lage und zur Annahme der nötigen Beschlüsse anzuberaumen. Die PKP antwortete unverzüglich positiv und äußerte den Wunsch, daß ein solches Treffen so schnell wie möglich stattfinde.

Der Nationalrat der Sozialdemokratischen Partei verlangte ultimativ erneut, eine Dreiparteien-Koalitionsregierung ohne die Kommunisten zu bilden. Die Führung des Demokratisch-Sozialen Zentrums erklärte, sie werde ihre Position später publik machen.

Der Präsident der Republik, General Eanes, rief angesichts der komplizierten Situation alle Parteien auf, konkrete Empfehlungen zur Ausarbeitung eines politischen Kompromißprogramms schnell zu unterbreiten, auf dessen Grundlage eine neue Regierung mit breiter parlamentarischer und gesellschaftlicher Rückendeckung gebildet werden könnte. Der Präsident, heißt es in einem offiziellen Kommuniqué, wird den neuen Ministerpräsidenten ernennen, nachdem er diese Empfehlungen erhalten und analysiert haben wird.

B. KOTOW

Lissabon, am 12. Dezember

zu den Machtorganen der werktätigen Massen auf demokratischem Weg gewählt, heißt es in einer Mitteilung des nationalen Wahlausschusses.

■ FRANKREICH

Die erste Dezemberhälfte war in Frankreich von harten Klassenkämpfen geprägt. Am 1. Dezember beteiligten sich fünf Millionen Werktätige aus Paris und anderen Städten an Streiks und Demonstrationen, um so gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung zu protestieren und ihre Rechte zu verteidigen. Besonders erfolgreich verlief dieser nationale Kampftag gegen Inflation und Arbeitslosigkeit in den Industriezweigen, die schwer von der Krise betroffen sind.

Die Aktionen der Werktätigen nahmen auch in den nächsten Tagen noch an Stärke zu. Die Streiks der Piloten, der Mechaniker und des Bodenpersonals der Air France, der Seeleute, der Chemiearbeiter und der Metallurgen hielten an. Die Werktätigen der Kraft- und Gaswerke traten in den Ausstand, um Lohnerhöhungen und den Abschluß neuer Kollektivverträge durchzusetzen. Am 8. Dezember begannen Streiks der Eisenbahner in ganz Frankreich. Auf den Aufruf der führenden Gewerkschaftsverbände hin verlangten 42 000 Zugführer, Zugbegleiter und Betriebswerksarbeiter Vollbeschäftigung. Sie protestierten entschieden gegen die Absicht der Betriebsleitung, 10 000 Werktätige zu entlassen.

■ NAHER OSTEN

Am 8. Dezember gingen in Tripolis Tagungen des Allgemeinen Volkskongresses zu Ende. An ihnen hatten Vertreter von progressiven politischen, gesellschaftlichen, Gewerkschafts-, Frauen-, Jugend- und Studentenorganisationen aus den arabischen Ländern teilgenommen. Die Delegierten verurteilten den antiarabischen Kurs des ägyptischen Präsidenten Sadat, der den Zielen des Zionismus, des Imperialismus und der arabischen Reaktion entspricht. Die Kongreßteilnehmer erörterten die Lage im Nahen Osten nach den Separatgesprächen Sadats mit der israelischen Führung und beschlossen Maßnahmen, um die Aktionen der fortschrittlichen arabischen Organisationen zur Unterstützung des palästinensischen Widerstandes zu koordinieren.

EHRLICHE NACHBARSCHAFT

Das Verhältnis UdSSR-Japan ist ein wichtiger weltpolitischer Faktor. Von ihm hängt in vieler Hinsicht die politische Atmosphäre in der Welt, namentlich in Asien, ab.

Die Sowjetunion steuert prinzipiell fest und konsequent den Kurs auf die Entwicklung und Festigung wirklich gutnachbarlicher Beziehungen, auf den Ausbau der für beide Seiten nützlichen Zusammenarbeit. Besonders merklich sind die Erfolge in Handel und Wirtschaft. In den 20 Jahren seit der Unterzeichnung des ersten Handelsvertrages der Nachkriegszeit stieg der Warenaumsatz auf mehr als das 70fache und betrug 1976 über 2 Md. Rubel. Japan gehört zu den größten Handelspartnern der UdSSR unter den kapitalistischen Industrieländern. Es ist damit zu rechnen, daß der gesamte Warenaumsatz im laufenden Planjahr fünf 10 Md. Rubel übersteigen wird. Das dritte sowjetisch-japanische Handels- und Zahlungsabkommen, das im Juni d. J. in Tokio signiert wurde, bietet eine feste vertragsrechtliche Basis für die Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen bis 1980 inklusive.

Die Rolle der wirtschaftlichen Zu-

sammenarbeit bei Großvorhaben nimmt ständig zu. Auf diesem Gebiet bestehen bereits so reiche Erfahrungen, daß sie es erlauben, die Frage nach einem langfristigen, für 10-15 Jahre berechneten Programm der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und nach einem Abkommen über ihre Prinzipien aufzuwerfen. Es ist Zeit, konkrete Verhandlungen einzuleiten und die Aussichten der geschäftlichen Zusammenarbeit sowie Methoden ihrer Realisierung ausführlich zu erörtern.

Die günstige Entwicklung von kommerziellen und wirtschaftlichen Verbindungen bewirkt ein besseres Klima in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Die meisten Vertreter der Geschäftswelt Japans verstehen das und treten aktiv für einen intensiven Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen ein.

Japans Interesse am Partner UdSSR nimmt ständig zu. Die Kontakte zwischen den Parlamenten, den Gewerkschaften, gesellschaftlichen Organisationen, darunter Freundschaftsverbänden, sowie auf dem Gebiet von Kultur, Wissenschaft, Sport und Tourismus dehnen sich aus.

Damit die Beziehungen dieses Niveaus erreichen könnten, bedürfte es großer Bemühungen auf beiden Seiten. Sehr wichtig waren dabei die Zusammenkünfte und Gespräche Leonid Breschnew und anderer sowjetischer Staatsmänner mit dem japanischen Premier im Oktober 1973 sowie der offizielle Japan-Besuch Andrej Gromykos im Januar 1976. Sowjetischerseits ist man bestrebt, den gutnachbarlichen Beziehungen zu Japan eine dauerhafte Grundlage zu geben und sie zu einer festen Tradition zu machen.

Von dieser Position aus betrachtet die UdSSR die Fragen eines Friedensvertrages mit Japan. Bei einem nüchternen Herangehen der japanischen Seite an die Realitäten, die sich aus dem zweiten Weltkrieg ergeben haben, könnte er rasch abgeschlossen werden. Doch war man in Tokio auf den Abschluß dieses Vertrags offenbar noch nicht vorbereitet. Dort wurden notorisch unannehbare Bedingungen gestellt und Versuche unternommen, bei den Verhandlungen ein zwischen beiden Ländern angeblich bestehendes „ungelöstes territoriales Problem“ zu akzentuieren. Eine dermaßen einseitige Interpretation des Problems des Friedensvertrages ist grundsätzlich irrtümlich. Bekanntlich umfaßt ein Friedensvertrag alle politischen, wirtschaftlichen und sonstigen wichtigen Fragen der bilateralen Beziehungen. Er zieht nicht nur Fazit, sondern legt auch die Richtung für die weitere Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen fest.

Um die Reste des Mißtrauens zu überwinden und die vielseitige Zusammenarbeit zuverlässig zu untermauern, schlug die Sowjetunion vor, die Verhandlungen über einen Friedensvertrag fortzusetzen, inzwischen aber einen Vertrag über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Japan zu schließen. Dieses Dokument würde sich auf Gebiete erstrecken, auf denen die Beziehungen so weit gediehen sind, daß sie einer festen vertraglichen Grundlage bedürfen. Der Vertrag würde die guten Beziehungen noch fördern.

Aber die Gegner der Verbesserung dieser Beziehungen inner- und außerhalb Japans wollen sie unbedingt stören, wollen Mißtrauen und Feindschaft zwischen beiden Nachbarländern säen. Es liegt im Interesse ihrer Völker, solche Versuche zu unterbinden.

In seinen Antworten auf Fragen des Chefredakteurs von *Asahi* betonte Leonid Breschnew, daß die UdSSR mit Japan ehrlich, auf der Grundlage der gutnachbarlichen Zusammenarbeit und des beiderseitigen Vorteils zusammenarbeiten möchte.

G. KRASSIN

BIOGRAPHISCHES



**Sunao
Sonoda**

Geboren 1913 in der Präfektur Kumamoto. Politisch tätig seit 1947

NEUER AUSSENMINISTER DER IM NOVEMBER UMBEBILDETO REGIERUNG JAPANS IST SUNAO SONODA

(Wahl zum Parlament). Heute gehört Sonoda zur Prominenz der die Regierung stellenden Liberal-Demokratischen Partei. Er war Vorsitzender des Komitees für die Parlamentspolitik der LDP und stand diversen ständigen Parlamentsausschüssen vor. 1955 parlamentarischer Stellvertreter des Außenministers, 1965-1967 stellvertretender Vorsitzender

des Abgeordnetenhauses; 1967/68 Minister für Gesundheitswesen und Sozialfürsorge, 1976/77 Generalsekretär des Ministerkabinetts. Als Premier Fukuda Ende November sein Kabinett umbildete, wurde Sonoda Außenminister.

Im April d. J. besuchte Sonoda die UdSSR als Sonderbeauftragter des japanischen Premiers.

BEZOCHTUNGEN UND VERGLEICHE

Im November weilte auf Einladung des ZK der KPdSU eine Delegation des Theoretischen Ausschusses der Sozialistischen Partei Japans in der Sowjetunion. Der Delegationsleiter war Vorsitzender des Ausschusses Seiichi KATSUMATA. Nachstehend einige Eindrücke des Delegationsleiters sowie des Delegationsmitglieds Masamichi HORIGOME, des verantwortlichen Sekretärs des Politischen Ausschusses des ZEK derselben Partei, vom Aufenthalt in der UdSSR.

Seiichi Katsumata: Besonders beeindruckt haben uns das 60jährige Jubiläum der Oktoberrevolution, das noch einmal zum Nachdenken über ihre welthistorische Bedeutung veranlaßt, und die Verfassung der UdSSR. Erstmals in der Geschichte nahm die Arbeiterklasse zusammen mit allen werktätigen Klassen die politische Macht in ihre Hand und errichtete eine Gesellschaft ohne Ausbeutung. Erstmals ist es so, daß keine Nation in der Gesellschaft eine andere unterdrücken kann. Wir betrachten das als ein hervorragendes Ereignis.

Japan zählt selbst nach offiziellen Angaben über eine Million Arbeitslose. Allmonatlich machen rund 1000 kleine und mittlere Unternehmen Bankrott. Die Sowjetunion kennt schon seit Jahrzehnten keine Arbeitslosigkeit, das Recht auf Berufswahl gemäß den Fähigkeiten und Neigungen eines jeden ist in der Verfassung verbrieft. Denkt man an all das, so blickt man auch in bezug auf Japan und seinen Weg zum Sozialismus optimistischer in die Zukunft.

Selbstverständlich gibt es verschiedene Wege zum Sozialismus, sie hängen von der Situation in einem Lande, von den konkreten historischen und nationalen Bedingungen ab. Doch bleibt das wichtigste Prinzip, das man nicht vergessen darf, der Klassenkampf. Ferner ist der Sozialismus nicht aufzubauen, wenn die Arbeiterklasse, die zusammen mit den anderen Werktätigkeiten die Macht übernommen hat, die Wirtschaft, den Staatsapparat und den sozialen Mechanismus nicht neugestaltet. Von prinzipieller Wichtigkeit sind auch die internationale Solidarität und die gegenseitige Hilfe aller Kämpfer für den Sozialismus.

Auch ein friedlicher Übergang zum Sozialismus ist möglich, doch das Aufkommen von Kräften, die diesen Prozeß rückgängig machen wollen, ist niemals ausgeschlossen. Die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft ist ohne Zurückweisung der Konterrevolution undenkbar. Wir müssen stets diese wichtigen Prinzipien mit den spezifischen Besonderheiten verbinden und ihre dialektische Einheit zu erreichen suchen.

Masamichi Horigome: Ein großes Ereignis dieses Jahres war in der UdSSR die Annahme ihrer neuen Verfassung. Als Ergebnis der weiteren Entwicklung der sozialistischen Demokratie erreicht der erste sozialistische Staat des ganzen Volkes eine noch höhere Entwicklungsstufe.

Meine Beobachtungen wie auch meine Zusammenkünfte mit den führenden Staatsmännern der UdSSR berechtigen mich zu der Feststellung, daß die Rechte der Arbeiter dort besonders geschützt werden. Will ein Arbeiter in einem Betrieb eingestellt werden, so wird seiner Eingabe stattgegeben, wenn die Bedingungen dafür da sind. Werkleiter dürfen eine Einstellung nicht willkürlich ablehnen.

In den kapitalistischen Ländern behauptet die Propaganda, in der sozialistischen Sowjetunion gäbe es keine Freiheit, alles geschehe auf Befehl vom Zentrum aus, das Leben sei dort schwer. Die Wirklichkeit straft solche Behauptungen Lügen. Wir haben in Städten und Dörfern vieles gesehen, und das ist natürlich überzeugender als das, was wir bis dahin gehört hatten. So können wir sagen: Der sozialistische Aufbau in der UdSSR hat eine höhere Stufe erreicht, als wir annahmen.

In der UdSSR wird allen Staatsbürgern ein ausreichendes Lebensminimum garantiert. Die Mieten sind sehr niedrig, die Massenbedarfsgüter billig. In Japan sind Brot, Milch und Fleisch z. B. 3- bis 4mal so teuer wie in der UdSSR. Ist man krank, so kann man als Sowjetbürger stets mit unentgeltlicher medizinischer Hilfe rechnen. Alle haben das Anrecht auf Rente. Gewiß, die UdSSR hat auch ihre Probleme. Aber die Sowjetbürger wissen: Sie sind imstande, sie zu bewältigen.

Auf die neue Verfassung, auf die Erfolge des sozialistischen Aufbaus gestützt, führt die UdSSR die Politik des Friedens und der friedlichen Koexistenz durch. Im Geiste der neuen Verfassung brachte Leonid Breschnew konkrete Vorschläge über das Kernwaffenverbot ein. Ich glaube, sie werden Verständnis und Anklang finden.

NZ STREIFLICHTER

Der Allgemeine Volkskongreß beschloß, das Vorbereitungskomitee des Kongresses in ein ständiges Generalsekretariat mit Hauptsitz in Tripolis umzubilden. Dem Sekretariat gehören Vertreter Libyens, Syriens, Algeriens, des Irak, der VDRJ, der PLO, der Libanesischen Nationalbewegung und der Ägyptischen Arabischen Nationalen Kräfte an.

■ SIMBABWE

Vom 4. bis 8. Dezember tagte in der Hauptstadt Moçambique, Maputo, der Exekutivrat der Patriotischen Front von Simbabwe, die die beiden führenden Befreiungsorganisationen der Patrioten von Simbabwe — die Afrikanische Volksunion von Simbabwe und die Afrikanische Nationalunion von Simbabwe — vereint. An der Ratstagung nahmen die Führer der Patriotischen Front, Joshua Nkomo und Robert Mugabe, teil. Der bewaffnete Kampf gegen das Smithregime und Fragen wurden erörtert, die mit dem englisch-amerikanischen „Friedensplan“ für Rhodesien zusammenhängen. Die Patriotische Front lehnte die Einladung des britischen Außenministers ab, eine Delegation für Verhandlungen über die Zukunft Rhodesiens nach London zu entsenden. Die Front sprach sich für Wahlen zum rhodesischen Parlament unter der Bedingung aus, daß „die Freiheit der Teilnahme aller demokratischen Kräfte des Landes an ihnen garantiert sein wird“.

■ PANAMA

Die panamaische Presse meldete, daß die Sicherheitsorgane eine regierungsfeindliche Verschwörung aufgedeckt haben. Ihre Teilnehmer planten, Regierungschef Omar Torrijos zu ermorden. Wie die Untersuchung ergab, war das Komplott in Miami von der CIA geschmiedet worden. Das Attentat auf Torrijos sollte bei einer seiner Provinzreisen stattfinden.

Zu den Mordkomplizen gehören der ehemalige CIA-Agent F. Fiorini, der Oberst der US-Truppen in der Panama-Kanalzone, L. Martinez, und sein Bruder P. Martinez, der Expräsident Panamas, A. Arias, und eine Gruppe kubanischer Konterrevolutionäre aus der Brigade 2506, die in den USA für subversive und terroristische Akte ausgebildet wurde.

VOR DER PAUSE

Inzwischen ist bereits klar, daß dem Belgrader Treffen eine Pause bevorsteht. Die schon im Sommer festgelegte Verfahrensweise sieht vor, daß die Konferenz im Januar—Februar fortgesetzt werden kann, um das Abschlußdokument Mitte Februar 1978 fertigzustellen.

Es hat sehr viel Arbeit gegeben, als sich die Repräsentanten der 33 europäischen Staaten sowie der USA und Kanadas nach zweijähriger Unterbrechung erneut am Verhandlungstisch trafen. Wieviel Material sich in der Zwischenzeit angesammelt hatte, läßt sich an mehr als 90 Anträgen erkennen, die auf dem Plenum und in den Arbeitsorganen eingebracht wurden.

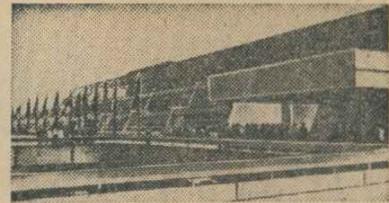
Nun aber müssen die Delegierten weiterkommen. Ein Schweizer Abgeordneter sagte dazu, jetzt kämen bereits Dokumente der „zweiten Generation“, in denen die Delegationen versuchen, in den verschiedenen Anträgen enthaltene ähnliche Gedanken auf einen Nenner zu bringen. Andererseits sind unter den Anträgen der „ersten Generation“ umfangreiche Dokumente (z. B. der Antrag Jugoslawiens und Polens über Zusammenarbeit im kulturellen und Bildungsbereich), die zur Grundla-

ge einer Gesamtlösung werden könnten.

Jetzt setzt ein recht diffiziles und verantwortliches Stadium der Arbeit ein, da nicht nur die verschiedenen Ansichten geäußert und abgestimmt werden müssen, sondern auch ein gemeinsamer Standpunkt zu finden ist, wie es das Verfahren des Consens verlangt.

Die praktische Tätigkeit der sozialistischen Länder auf dem Belgrader Treffen ist unzweifelhaft intensiv. Faßt man die verschiedenen Anträge der sozialistischen Staaten — sowohl zu prinzipiellen Problemen als auch zur Konkretisierung der einzelnen Abschnitte der Schlußakte — zusammen, erhält man ein eigenständiges Kompendium positiver und durchaus realer Aktionen in Richtung auf Frieden und Entspannung.

Naßürlich hat es während der vergangenen Wochen an den dunkelroten Tischen im Sava-Palast nicht wenige Streitgespräche gegeben, die in erster Linie aus der sozialen und politischen Vielschichtigkeit des heutigen Europa herrührten. Doch ließen sie sich, wie mir ein Delegierter sagte, nicht immer in die für die westliche Presse gewöhnliche Schablone des „Ost-West-Konflikts“ einordnen. Bei etlichen Ge-



danken war eine Ähnlichkeit zwischen Anträgen von sozialistischen und kapitalistischen Ländern zu beobachten. Gleichzeitig stieß eine ziemlich große Zahl von Anträgen westlicher Delegationen auf Einwände seitens anderer westlicher Kollegen.

Im Verlauf der letzten Wochen allerdings war in Belgrad nicht nur wichtig, worüber, sondern auch wie diskutiert wurde. Nehmen wir z. B. die Diskussion über Abrüstungsprobleme, die dieser Tage auf dem Plenum und im Arbeitsorgan S geführt wurde. Die Gegner konkreter Aktionen in Richtung Entspannung führten auf den Sitzungen die gleichen üblichen Argumente an, die sie schon zwei Monate vorher geäußert hatten: das Veto der NATO, die Verlagerung dieses wichtigen Problems an andere Stellen.

Aber das Leben ist schließlich weitgegangen. Europa, darunter auch das westliche, sieht diese Fragen heute in weitgefäßteren Dimensionen. Vor kurzem hat sich der Staatssekretär im

NORDIRLAND

WER SCHULDET WEM?

James STEWART

Stellvertretender Generalsekretär der Kommunistischen Partei Irlands

Unter den vielen Geschichten über die Beziehungen zwischen England und Nordirland gibt es auch die, daß die Wirtschaft dieses Teils des Vereinigten Königreichs Subventionen erhalten oder Vorteile aus seiner Bindung zu England ziehe.

Diese Behauptung hat nichts mit der Wirklichkeit gemein. Tatsächlich ist es umgekehrt. Nach dem zweiten Weltkrieg unterwarf jede königliche Regierung mit Unterstützung der gleichbleibenden Unionist Administration das wirtschaftliche und soziale Leben Nordirlands den Interessen englischer und anderer ausländischer Monopole.

Von 1945 bis 1972 verausgabte die Unionist Administration, vom britischen Schatzkanzler dazu angehalten, 500 Mio Pfund an Subventionen, um Tochtergesellschaften englischer, amerikanischer, französischer, bundesdeutscher und weiterer Konzerne nach Nordirland zu holen. Von diesen Geldern aus der öffentlichen

Tasche bekamen die ausländischen Geschäftleute fertige Betriebe, für die sie bis zu zehn Jahren keine Pacht und Zinsen zu zahlen hatten, sowie Mittel zum Ankauf von Anlagen und Brennstoff.

Die Propagandamacher und die Handelsminister wollten diese Geschenke an die Geschäftswelt mit der Behauptung rechtfertigen, diese Politik könne das Arbeitslosenproblem lösen. Ein englisches Sprichwort lautet: Um festzustellen, wie der Pudding schmeckt, muß man ihn kosten. Diese Politik hat das Beschäftigtenproblem keineswegs gelöst, sondern vielmehr zur wirtschaftlichen Katastrophe geführt. Zwischen 1950 und 1973 verlor Nordirland 40 000 Arbeitsplätze in der Verarbeitungsindustrie, 36 000 in der Textilindustrie, 14 000 im Schiffbau sowie 46 000 in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft. Das kam daher, daß die Monopole einheimische Unternehmer und Händler verdrängten und eine Kontrolle über die Landmaschinen, den Dünger

und die Futtermittel einführten sowie kleine Farmer von ihren Ländereien vertrieben.

Es ist kein Wunder, daß heute 78% der Produktionsbetriebe in Nordirland dem Monopolkapital gehören.

Hauptursache für die jetzige akute Wirtschaftskrise in Nordirland ist das Kolonialverhältnis zu England und die Tatsache, daß nicht wir unsere Wirtschaft leiten, daß wir die Mittel dazu nicht besitzen, sie vor dem zerstörerischen Einfluß der Monopole zu schützen, die nach Nordirland kommen, Profite herausholen und uns immer längerwerdende Schlangen von Arbeitslosen hinterlassen.

Da die Stammstädte der in unserem Lande agierenden Konzerne in England sind, werden sie dort besteuert, auch das für die produzierten Waren erhaltene Geld bleibt dort. Das einzige, was der Einwohner Nordirlands bekommt, ist sein Lohn. Wenn man berücksichtigt, daß der wöchentliche Durchschnittslohn pro Kopf der Bevölkerung hier 5–6 Pfund unter dem englischen liegt, wird klar, daß die englischen und anderen ausländischen Konzerne die Bevölkerung unseres Landes ausbeuten, wobei sie ungeheure Gewinne machen.

Außenministerium der Bundesrepublik, der führende SPD-Politiker Klaus von Dohnanyi in Belgrad aufgehalten. Nach einem Besuch im Sava-Palast gab er seine Eindrücke wieder. Auf meine Frage, welche Möglichkeiten das Belgrader Treffen habe, einen Beitrag zur militärischen Entspannung zu leisten, antwortete der Minister, diese Möglichkeiten lägen auf der Hand, obwohl das Problem auch an anderen Orten, z. B. in Wien, diskutiert werde. Die Schluffakte, fuhr Dohnanyi fort, sei ein äußerst ausbalanciertes Dokument. Sie zeuge davon, daß der allgemeine Entspannungsprozeß auch im militärischen Bereich Auswirkungen haben werde. Es ist zu hoffen, daß diese Fragen im Abschlußdokument von Belgrad ihren Ausdruck finden und damit einen positiven Einfluß auf die anderen Verhandlungen nehmen.

Für die Delegationen der sozialistischen Gemeinschaft, aber auch für viele andere besteht kein Zweifel, daß das Belgrader Treffen Aktivitäten für die Entspannung, darunter auch die militärische, einen Anstoß geben muß. Fast schon lächerlich wirkt die wiederholte Erklärung der US-Delegation, die Ausrüstung sei zwar ein wichtiges Problem, aber in erster Linie müsse über die Einhaltung der Menschenrechte entschieden werden.

Einhaltung der Rechte? Selbstverständlich. Daß aber das Problem der

Menschenrechte dazu benutzt wird, andere für Europa wichtige Probleme zu streichen, das lassen weder Geist noch Buchstabe von Helsinki zu.

Noch durchsichtiger war der Versuch, nicht nur von Helsinki abzuweichen, sondern auch von der Schlußakte zurückzutreten, in den Dokumenten etlicher westlicher Länder hinsichtlich der Maßnahmen zur gegenseitigen Vertrauensbildung. Sicher wollte der BRD-Vertreter keinen seiner Kollegen mit der Bemerkung verärgern, einige Delegationen hätten „keinen besonderen Erfindergeist an den Tag gelegt“ und altbekannte Gedanken nach Belgrad gefragt. Wie aber könnte man ihm nicht zustimmen, wenn in Dokumenten der NATO-Länder bereits seit langem, noch vor Helsinki, aussortierte Anträge über die Größenordnung von Militärmanövern zu entdecken sind, die einer Anmeldung unterliegen sollen?

In einem der Anträge, der von seinen Urhebern angeblich dazu gedacht war, den Austausch kultureller Werte zu fördern, wurde nicht zum erstenmal als praktisches Mittel dafür die Zunahme der Verkaufsstellen von Literatur anderer Länder vorgeschlagen. Wie aber sieht die reale Situation aus, die die Antragsteller ändern möchten? Es ergab sich, daß die sozialistischen Länder und insbesondere die UdSSR im Westen sehr viel mehr Literatur an-

kaufen. Die UdSSR hat in den USA in diesem Jahr das Doppelte der Menge gekauft als die USA in der UdSSR, in Großbritannien fast das 4fache und in Frankreich ebenfalls das Doppelte. Man sollte sich also nicht um die Verkaufsstellen sorgen, sondern darum, daß der klare Rückstand des Westens aufgeholt wird.

Apropos Buchläden im Westen. Da winkten viele Delegierte ab: Nein, wir können hier nichts tun, bei uns herrscht die „freie Wirtschaft“. Bei der Debatte des interessanten jugoslawischen Vorschlags, ein „Jahr der kulturellen Zusammenarbeit“ abzuhalten, hatten verschiedene westeuropäische Delegationen ebenfalls Einwände: Wir können keine finanziellen Verpflichtungen eingehen, bei uns herrscht die „freie Wirtschaft“, und über die Staatsmittel verfügen die Parlamente...

Das sind einige für westliche Schablonen ungewöhnliche Situationen, die gelegentlich in Belgrad entstanden und die Dringlichkeit eines wirklich konstruktiven Herangehens an die Aufgabe der Zusammenarbeit zeigten. Auf konstruktiven Positionen stehen die sozialistischen Länder konsequent sowohl auf dem Plenum wie in den Arbeitsorganen (die letzten beendeten am 16. Dezember ihre Tätigkeit). Nur das kann zum Erfolg führen.

NZ-Sonderbericht
Belgrad, am 12. Dezember

Deshalb fordert die Kommunistische Partei Irlands in ihrem Programm, der direkten Herrschaft Westminsters ein Ende zu setzen und statt dessen ein Parlament auf Proporzbasis zu wählen. Grundlage für eine demokratische Regierung in Nordirland muß eine Bill of Rights sein. Sie muß die Abschaffung repressiver Gesetze garantieren, die das allgemeine Recht verletzen und der internationalen Gesetzgebung über die Menschenrechte zuwiderlaufen; sie muß die Freiheit der politischen Überzeugung und der politischen Betätigung für alle Bürger Nordirlands und schließlich das Verbot der Diskriminierung von Bürgern wegen ihrer Überzeugung, Religion, politischen Tätigkeit, ihres Geschlechts, ihrer Rasse oder Hautfarbe garantieren.

Neben der Annahme einer solchen Bill of Rights will unser Volk, daß das englische Parlament dem Parlament unseres Landes das Finanzrecht übergebe, damit wir der Kontrolle der Monopole ein Ende machen und Mittel zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, zur Sicherung von Arbeit für alle Werktätigen erlangen können.

Dadurch wäre es möglich, staatliche Industriezweige unter nordiri-

scher Kontrolle zu entwickeln und die Monopole auszuschalten. Außerdem wäre es möglich, unsere Bodenschätze als Staatseigentum zu erschließen und gemeinsame Betriebe mit der Republik Irland zu gründen. So könnte eine stabile Basis geschaffen werden, um die irischen Arbeiter, Farmer, Kleinunternehmer

und Intellektuellen zu einem wirklich antiimperialistischen Bündnis zusammenzuschließen. Aus einer solchen Kontrolle könnte sich ergeben, daß das Volk Nordirlands das Recht erhalte, mit allen Ländern Handel zu treiben, ohne sich um die Beschränkungen durch die NATO zu kümmern.

TRIUMPH DER SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE

Die Chefs der diplomatischen Vertretungen in der UdSSR sowie Botschaftsangehörige waren am 9. Dezember bei einer Vorlesung des Sekretärs des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR Michail Georgadse „Die Entwicklung der Demokratie in 60 Jahren Sowjetmacht“ zugegen.

Georgadse sagte, die Oktoberrevolution habe den sozialistischen Staat und die sozialistische Demokratie begründet. Auf allen Entwicklungsetappen unserer Gesellschaft bildeten die Sowjets der Volksdeputierten die politische Basis der UdSSR.

Die neue Verfassung der UdSSR sehe die weitere Verstärkung der Rolle der Sowjets bei der Lösung wichtiger Fragen des gesellschaftlichen Lebens vor. Georgadse machte die ausländischen Diplomaten mit folgendem Zahlenmaterial bekannt: Die UdSSR hat 50 638 Sowjets aller Ebenen. In sie wurden mehr als 2 240 000 Deputierte gewählt, unter ihnen 68% Arbeiter und Kolchosbauern. Fast die Hälfte der Deputierten sind Frauen. In die Sowjets wurden Bürger von mehr als 100 Nationalitäten gewählt.

Die Entwicklung der sozialistischen Staatlichkeit und der sozialistischen Demokratie ist ein Prozeß, in dem der Kommunistischen Partei die Schlüsselrolle kommt. Georgadse unterstrich, die KPdSU sehe es als eine ihrer vordringlichsten Aufgaben an, die Arbeit der Sowjets allseitig zu festigen und zu vervollkommen sowie ihre demokratischen Prinzipien weiterzuentwickeln.

VON PROBLEmen BEDRÄNGT

Von unserem Sonderberichterstatter
Wladislaw TSCHIRKOW

Auf dem Madrider Flugplatz sah ich mich lange nach einem Zollbeamten um, der mir bescheinigen sollte, daß ich nichts Unerlaubtes mitföhre. Am Ausgang interessierte sich niemand auch nur dafür, ob ich meinen eigenen oder — gottbehüte — einen fremden Koffer genommen habe. Der Fahrer, der mich in die Stadt brachte, führte gewagte Überholmanöver aus und fuhr bei Rot weiter. Zum Glück hielt er sich dann doch an die Verkehrsregeln.

Und wo ist in Spanien die katholische Sittenstreng geblieben? Noch vor einigen Jahren durften Frauen nicht Motorroller fahren, weil das unanständig sei. Heute frönen viele Damen einer recht kühnen Mode.

Aber das nebenbei. Es sind Einzelheiten aus diesem Land, das sich erst vor kurzem von der Diktatur befreit hat. Man läßt sich etwas gehen, nachdem man Jahrzehnte ständig angespannt war. Mich interessierte allerdings in erster Linie die politische Atmosphäre.

Gleich in den ersten Stunden spürte ich, daß das Land seit zwei Jahren — seit dem Tode Francos — aufatmet.

Die vom Caudillo gebildeten Tribunale für öffentliche Ordnung sind aufgelöst, seine Unterdrückungsgesetze werden revidiert. An den Häusermauern kleben Plakate in allen Farben und politischen Schattierungen. Wenn sich unter dem Diktator als einzige Partei nur die Nationale Bewegung betätigten durfte, so dürfen es jetzt rund 200 Parteien und Gruppierungen. Das einzige zur Schau gestellte Verbot, das ich sah, befand sich auf einer kleinen Tafel in einer Bar und lautete: „Bitte nicht singen!“, womit nicht bestimmte Lieder und Hymnen gemeint sind — der Wirt ist einfach für Ruhe.

Der Presse ist der franquistische Maulkorb abgenommen. Auf der Straße und im Café sprechen die Leute frei von der Leber weg. „Wir haben jetzt Demokratie“, sagte der Besitzer eines kleinen Cafés in Sevilla stolz zu mir. „Ich kann sprechen, was und wie ich will.“ Allerdings gefiel es ihm, auf die

Sowjetunion zu schimpfen, stand damit unter meinen Gesprächspartnern aber allein auf weiter Flur.

Ebenso, wie sich die Sitten nur allmählich „liberalisiert“ haben, ist es auch mit der politischen Demokratisierung. Die Zügel wurden nicht mit einemmal gelockert, Keimformen neuer Strömungen zeigten sich schon unter dem Franquismus, der im Volk nie tief verwurzelt, sondern eben nur geduldet war. Ja, es gab welche, die ihm begeistert folgten, das war aber nur eine Minderheit, wie die kaum 9% der Stimmen zeigen, die für die Neo-franquisten bei den Wahlen vom 15. Juni abgegeben wurden. Andere paßte Francos politisches System nicht, ihnen war jedoch der „Wirtschaftsboom“ zu Kopf gestiegen, der Spanien unter die zehn ersten Industriestaaten aufrücken ließ. Wieder andere haßten den Caudillo, schwiegen aber aus Furcht. Noch andere schalteten sich unerschrocken in den Kampf und landeten hinter Gittern.

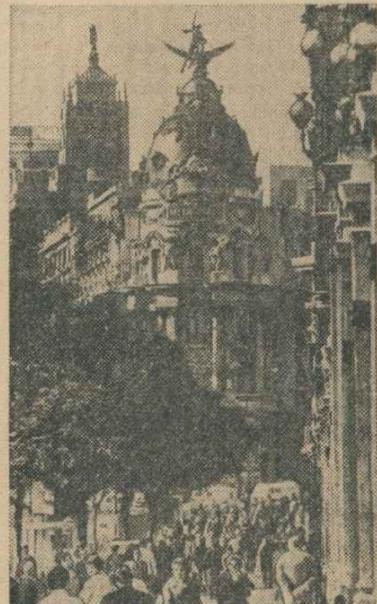
Ein bekanntes Wort abwendelnd, konnte man sagen, daß Spanien mit dem „Nachfranquismus“ schwanger ging.

KP-Funktionäre fragte ich, warum das Land mit seiner politischen Demokratisierung verhältnismäßig schnell vorwärtskomme.

Man nannte mir drei Ursachen: Erstens habe nicht so sehr der Tod des Diktators wie die Krise des Regimes zum Demokratisierungsprozeß geführt. Dieser Prozeß entwickelte sich dank dem Kampf der Arbeiterklasse, ja des ganzen Volks von Spanien, der enorme Opfer forderte. Zweitens hat dabei die Einheit der demokratischen Kräfte eine wichtige Rolle gespielt, diese Einheit auf die die KPS trotz ideo-logischer Differenzen hingewirkt hatte. Drittens bildete sich im „System“ selbst ein Sektor, der mit Rücksicht auf die Interessen eines einflußreichen Teils der Bourgeoisie den Forderungen entgegenkam, die Demokratie wiederherzustellen. Mit fortschreitender Altersschwäche des Diktators sprach sich dieser Teil der Bourgeoisie immer offener dafür aus, daß der anrüchige Totalita-

rismus aufgehoben und Spanien in den „zivilisierten Westen“ einbezogen werden soll.

Also Demokratie (natürlich eine bürgerliche)? Noch nicht ganz. Ein Verkehrspolizist kann von ausgesuchter Höflichkeit sein und einem Demonstranten dennoch ohne Zaudern eins mit dem Knüppel überziehen. Wenn Rechtsextremisten mit Fahrradketten und Eisenstäben über aktive Mitglieder der Linksparteien herfallen, die ihre Schriften vertreiben, treffen die



Blick ins Zentrum Madrids

Foto TASS

Schläge der „Ordnungshüter“ nicht selten statt der Banditen die Linken.

Luis Yáñez vom Bundessekretariat des Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE), der größten Oppositionspartei, sagte mir:

„Es hieße die Sache vereinfachen, wenn man sagen wollte, in Spanien herrsche bereits Demokratie. Eher bewegen wir uns auf sie zu. In den staatlichen Ämtern, in Wirtschaft und Presse sind die Anhänger des Caudillo noch ziemlich stark. Die demokratischen Kräfte müssen erst sichere Garantien für die politischen Rechte und Freiheiten erwirken. Ob eine Rückkehr zum Franquismus ohne Franco möglich ist? Wir meinen, es sind gewichtige Faktoren vorhanden, die den Demokratisierungsprozeß unumkehrbar machen können. Politisch ist der Franqui-

mus tot. Das frühere Regime hielt sich weitgehend durch die Person des Diktators. Theoretisch ist irgendeine, von einer oder mehreren Personen ausgeübte Diktatur möglich, aber auch diese Variante halte ich für problematisch — wenn z.B. nicht der konservative Teil der Armee zum Eingreifen gezwungen wird. Unsere Partei hat jedenfalls nicht die Absicht, der Armee Anlaß oder Vorwand zum Wiederherstellen der früheren Zustände zu geben.“

Politiker verschiedener Richtung sagten mir, es wäre für die Reaktion günstig, wenn sich die Wirtschaftskrise in Spanien noch zuspitzen würde. Sie hat dieses später als den übrigen Westen, jedoch sogleich empfindlicher heimgesucht. Spanien hat rund eine Million Arbeitslose. Wirtschaftsexperten schätzen, daß die Inflation bis zum Jahresende mindestens 30% ausmachen wird. Unter solchen Umständen könnten spontane Massenaktionen gegen die Regierung die Lage destabilisieren.

Versuche der Rechten, einen Aufmarsch zu provozieren und „das Boot ins Schaukeln zu bringen“, hat es schon gegeben. So kam es mitten in der Fremdenverkehrssaison im Raum der südspanischen Badeorte um ein Haar zu einem Streik im Gaststättenwesen, er verpuffte aber schnell. Es hieß, die Rechten hätten ihn angestiftet. Westliche Reisebüros beeilten sich, die Routen der Touristenfahrten zu ändern. Bedenkt man, daß Spanien jährlich von rund 30 Millionen Touristen aufgesucht wird, so kann man absehen, wie folgenschwer der Streik in diesem Gewerbe für die Wirtschaft sein konnte. Man sagt, daß die Rechten auch einen Bäckerstreik organisierten. Viele dachten dabei an das traurige Beispiel Chiles mit seinen provozierten „Küchentopfmärschen“ und streikenden LKW-Besitzern. So verschieden viele Umstände auch sind, halten wir den Vergleich mit Chile dennoch durchaus nicht für abwegig.

Sollen also die Werktätigen um der politischen Stabilität willen auf den Kampf für höhere Löhne und gegen die Unternehmerwillkür verzichten? In demokratischen Kreisen wird das verneint, aber Zugeständnisse müsse man machen, natürlich nur, wenn das auch die Kapitalisten täten. Also ein Kompromiß? Ja, ein Kompromiß. Er ist unlängst zwischen den im Parlament vertretenen Parteien erzielt worden. Der von

ihnen geschlossene „Moncloa-Pakt“ sieht einerseits eine 20—22prozentige Erhöhung der Löhne und Gehälter vor und setzt anderseits eine strikte Kontrolle über die Unternehmereinkünfte fest, die es in Spanien bisher nicht gegeben hat. Ferner Maßnahmen zu dem Zweck, die finanzielle Lage des Landes in Ordnung zu bringen und die Arbeitslosigkeit zu verringern.

Die Vereinbarung in der Regierungsresidenz Moncloa sollte verhindern, daß Steine auf das gebrechliche Gebäude der spanischen Demokratie geworfen und die Dinge einer Katastrophe entgegen getrieben werden.

Die Wandlungen seit Francos Tode gesetzlich erhärten und eine Rechtsgrundlage für den spanischen Staat bilden soll die neue Verfassung, an der gearbeitet wird. Diese Arbeit befindet sich jetzt im entscheidenden Stadium. (Unter Franco hatte Spanien keine Verfassung, sondern einzelne Gesetze und Erlassen, die der „Generalissimus“ am laufenden Band lieferte.)

In der Presse wird ausführlich darüber debattiert, ob Spanien Monarchie oder Republik sein soll. Die Rechts-, Zentrums- und Linksparteien haben sich stillschweigend geeinigt, daraus keinen Anlaß zu einem politischen Kampf zu machen. Im Gespräch mit mir betonten Genossen vom ZK der KPS, daß diese die Frage, ob Monarchie oder Republik, nicht auf die Tagesordnung setze, solange der Thron selbst die Demokratisierung fördere. Nicht das sei jetzt der springende Punkt, es gehe vielmehr darum, ob Demokratie oder Rückkehr zur Diktatur.

Etwa in diesem Sinne äußerte sich auch Yáñez. Er sagte:

„Im Parlament wollen wir uns für eine republikanische Verfassung einsetzen, aber es nicht so weit treiben, daß diese Forderung zu einem Stein des Anstoßes wird. Am wichtigsten ist es jetzt, die demokratischen Einrichtungen zu konsolidieren. Wir werden beantragen, daß in die Verfassung Garantien für die politischen Freiheiten aufgenommen werden. Wir sind dagegen, daß dieses Thema im Grundgesetz einfach erwähnt wird, sondern sind für völlig präzise Formulierungen.“

Die Verfassung ist im Entwurf schon fertig. Er soll dem Parlament im kommenden März vorliegen. Einige Monate hat daran ein Sonderausschuß des Abgeordnetenkongresses (Unterhaus) gearbeitet, in

dem alle wichtigsten Parteien einschließlich der Kommunistischen vertreten waren. Um keinen Anlaß zu Wallungen zu geben, wurde beschlossen, daß die Ausschußmitglieder keine Formulierungen bekanntmachen werden, solange der Entwurf nicht im Mitteilungsblatt des Parlaments veröffentlicht sei. Die spanische Presseagentur CIFRA hat aber den Inhalt herausbekommen und veröffentlicht.

Obwohl der Wortlaut noch weiße Flecke aufweist (ein deutliches Zeichen für einen heftigen Kampf der Parteien), kann man sich schon jetzt in allgemeinen Zügen die künftige Verfassung Spaniens vorstellen. Sie trägt alle Merkmale einer klassischen bürgerlichen Verfassung. Natürlich umfaßt der Entwurf das Recht auf Privateigentum und das freie Unternehmertum, d. h. das Recht, Arbeitskräfte auszubeuten. Was die lebenswichtigen Menschenrechte, z. B. das Recht auf Arbeit und Bildung betrifft, so werden sie proklamiert, aber es ist unerfindlich, womit man sie garantieren wird.

Der spanische Staat wird im Entwurf eine konstitutionelle parlamentarische Monarchie genannt. Man nimmt an, daß der König vorwiegend repräsentieren wird, worauf die linken Oppositionsparteien bestehen. Wie die CIFRA behauptet, wird den Regierungschef nicht mehr der König ernennen, sondern das Unterhaus wählen, das mehr Befugnisse als der Senat bekommt. Der König büßt sein Vorrecht ein, 40 Senatoren zu ernennen. Beabsichtigt ist, den Rat des Königreichs aufzulösen, ein einflußreiches beratendes Organ der Krone, das noch aus der Francozeit stammt.

Im Verfassungsentwurf ist das Recht nationaler Gebiete und Regionen auf Autonomie verbrieft, und die Nationalsprache jedes Gebiets soll in diesem neben dem Spanischen Amtssprache sein. Der CIFRA zufolge wird das Wahlalter von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt, worauf ebenfalls die Linksparteien hinwirken.

Die reaktionären Kreise suchen den Wortlaut der Verfassung zu verwässern. Als erste meldete sich die katholische Kirche mit einem Protest gegen eine Trennung von Kirche und Staat. Beobachter zweifeln nicht daran, daß es über das Grundgesetz zu einer heftigen Polemik kommen wird. Vieles am Entwurf steht noch in Frage.

Madrid—Sevilla—Moskau

ALLES BEIM ALTEN

In Australien wurde die vorläufige Bilanz der Parlamentswahlen vom 10. Dezember gezogen. Gesiegt hat die Regierungskoalition aus Liberaler Partei und Nationaler Agrarpartei mit 83 (von 124) Sitzen im Repräsentantenhaus. Die endgültigen Ergebnisse der Senatswahlen (34 von 64 Senatoren wurden neu gewählt) werden demnächst feststehen. Die bisherigen Resultate lassen jedoch darauf schließen, daß sich die Konservativen auch im Senat die Mehrheit sichern konnten.

Der Haupttrüne der Koalition, die Australische Labor Party (ALP) unter dem ehemaligen Premier Gough Whitlam, erhielt 35 Abgeordnetensitze, also einen weniger als bisher. Die Verteilung der restlichen 6 Sitze wird sich später ergeben.

Nach Ansicht von Kommentatoren röhrt der Erfolg der Konservativen nicht von ihrer Popularität her, sondern von den Schwächen der Opposition, insbesondere dem gesunkenen Ansehen der Labors, die im Denken der Wähler noch immer die Verantwortung für die großen wirtschaftlichen Mißerfolge in den Jahren ihrer Amtszeit tragen. Das hat die Partei viele Stimmen gekostet.

Die Wahlergebnisse zeigen auch, daß das politische Manöver Premierminister Frasers, die Wahlen ein Jahr vorfristig abzuhalten, eingeschlagen hat: 12 Monate später hätte die Sache anders ausgehen können. Die Wochenschrift *Bulletin* (Sydney) schrieb dazu, die Konservativen hätten sich mit den Wahlen beeilt, weil sie befürchteten, daß die Wirtschaft 1978 in einen traurigen Zustand gerät. Derartige Befürchtungen sind gerechtfertigt. Das Land leidet weiter unter hoher Inflationsrate, die Geschäftstätigkeit geht zurück. Lebenshaltungskosten und Arbeitslosigkeit steigen. In den letzten beiden Jahren hat die Zahl der Beschäftigungslosen um 30 Prozent zugenommen.

Während des Wahlkampfs mobilisierte die Koalition alle Massenmedien und versprach das Blaue vom Himmel herunter, um die Wirtschaftsprobleme zu lösen, den Wohlstand zu heben und zu einer „Ära des Aufstiegs und der Entwicklung“ zu gelangen.

Die Labors hatten besonders die Innen- und Außenpolitik der Regierung kritisiert, die ihre Versprechen

nicht eingehalten habe. Sie versuchten aber auch, Unternehmer und Gewerkschaften anzusprechen, die in Australien eine ziemlich einflußreiche und gut organisierte Kraft darstellen. Dennoch hat diese Taktik der ALP keine Früchte gebracht.

Die Sozialistische und die Kommunistische Partei hatten konkrete Vorschläge gemacht, um Preisauftrieb und Arbeitslosigkeit zu stoppen und das Auslandskapital zu kontrollieren, das die Reichtümer des Landes ausbeutet. Sie setzten sich für eine Kürzung des Verteidigungshaushalts und eine friedliche Außenpolitik ein. Der in Sydney erscheinende *Socialist*, der das Programm dieser fortschrittlichen Kräfte vertritt, hatte geschrieben, Australien müsse, um seine Wirtschaftslage zu verbessern, aus dem kapitalistischen Markt ausbrechen und seine Handelsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern stärker ausbauen.

Die abgelaufene Wahl war die vierte innerhalb der letzten fünf Jahre. Dazu bemerkten australische Pressestimmen, so ungerechtfertigt häufige Wahlen erweckten beim Wähler Enttäuschung und Gleichgültigkeit.

A. TURANOW

BEGÖNNERTE NEOFASCHISTEN

Die blutigen Rassenauseinandersetzungen in Großbritannien, provoziert von den Neofaschisten der „Nationalen Front“ und anderen derartigen Organisationen, lösen Empörung und ernsthafte Besorgnis unter der fortschrittlichen britischen Öffentlichkeit aus. Es genügt, an die jüngsten Aktionen der Neofaschisten zu erinnern. Bei einem provokatorischen Marsch durch den Londoner Bezirk Lewisham, wo viele Farbige wohnen, wurden 110 Personen verletzt und 214 festgenommen. Zu einer wahren Prügelei entwickelte sich die Kundgebung für einen neofaschistischen Kandidaten in Birmingham. In Manchester veranstalteten Anhänger der „Nationalen Front“ eine herausfordernde Demonstration, die unter dem Schutz von 9000 Polizisten durchgeführt wurde.

Die zunehmend rassistischen Stimmungen in England ergeben sich aus der tiefen Wirtschaftsflaute, dem hohen

Stand von Arbeitslosigkeit und Inflation, denn unter diesen Umständen kommt es unausbleiblich zur Verschärfung der Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital. Das nutzen die Neofaschisten dazu, die Unzufriedenheit der einfachen Briten mit chauvinistischen Parolen gegen die farbigen Einwanderer zu richten, die an allem schuld seien.

Eine dieser Tage im Fernsehen ausgestrahlte 10-Minuten-Sendung des Labourabgeordneten Joe Ashton über die Aktivierung der „Nationalen Front“ fand hohe Beachtung bei den Zuschauern wie bei allen führenden Blättern. Nach der Sendung nahm die bürgerliche Rechtsopposition die Burschen der „Nationalen Front“ praktisch unter ihre Fittiche. Unter Berufung darauf, jede Organisation habe in der „freien“ Gesellschaft das Recht, öffentlich ihren Standpunkt zu vertreten, verlangen *Sunday Telegraph* und *Sunday Times*, man solle den Neofaschisten Sendezeiten einräumen, damit sie ihre Parteiprogramme darlegen und Opponenten antworten könnten.

Nicht wenige versuchen andererseits, die Gefährlichkeit der Verbreitung rassistischer Propaganda zu verniedlichen. *Daily Telegraph* und *Daily Express* äußern, die „Nationale Front“ besitze keinerlei bedeutenden Einfluß und deshalb solle man von ihr einfach keine Notiz nehmen. Die Zeitungen vergessen dabei nur ihren Lesern zu sagen, daß die Neofaschisten bei den diesjährigen Ratswahlen in Groß-London unter Ausnutzung der Unzufriedenheit und Enttäuschung der Werktätigen bis zu 119 000 Stimmen fangen könnten.

Die demokratischen Kräfte Englands verlangen von der Regierung, sie solle die Neofaschisten an die Kandare nehmen. Der Britische TUC mit seinen 11 Millionen Mitgliedern hat beschlossen, in Massenausgabe eine Broschüre unter dem Titel „Gestern die Juden — heute die Farbigen — morgen die Gewerkschaftsmitglieder“ herauszubringen. Die Verfasser erinnern darin an die Verbrechen des Nazismus und appellieren an alle fortschrittlichen Kräfte, gemeinsam gegen Reaktion, Rassismus und die faschistische Gefahr vorzugehen. „Ein Nein den Händlern mit dem Haß!“ lautet die Antwort der britischen Arbeiter.

W. PAWLOW
Eigenbericht

London

DIE RÜHRENDE „WELT“

Arbeitsplatz dieses jungen bundesdeutschen Musikkämers ist der Bürgersteig. Hier versucht er Tag für Tag, sein Brot zu erspielen. Das Foto der Welt verlangt allerdings nach einem Kommentar.

Ende Oktober waren in den EG-Ländern mehr als 6 Millionen Arbeitslose registriert, davon mehr als 2 Millionen unter 25 Jahren. In Großbritannien und Belgien ist das Gros der Arbeitslosen unter 25, in der BRD sind es 250 000.

Es ist nicht im Sinne der Welt, den Leser auf die soziale Rechtslosigkeit der Jugend in den kapitalistischen Ländern hinzuweisen. Viel hübscher ist da nur



doch die Story von dem süßen Hündchen, das jeden Tag kommt, sich die Flötenklänge weitergeben kann. Geradezu röhrend!

DER GROSSE STRATEGE

Eigentlich hatte der Oberkommandierende der NATO-Truppen in Südeuropa Harold Shear ja von den günstigen und ungünstigen Symptomen für die NATO in seinem Süden geredet. Aber was er da im Giornale d'Italia von sich gab, läßt befürchten, daß es sich bei Mr. Shear um Symptome einer sehr ernsten Erkrankung handelt. Passen Sie auf:

Zunächst mal sprach er vom Schlechten. Also: Griechenland, die Türkei und Italien sind nicht mehr so zuverlässige NATO-Festen wie früher. Weil sie nämlich durch das Meer voneinander getrennt sind und auf Halbinseln liegen (als täten sie das erst seit gestern). Die Sowjetunion hat nun den Augenblick abgewartet, als sie auf die Halbinseln umsiedeln, und lauert jetzt darauf, eines der Länder zu überfallen, was für die beiden anderen auch zur Niederlage führt. Und für die Mittelmeerländer überhaupt, die schon „seit langem von unaufhörlichen Spannungen heimgesucht werden“.

In Norditalien allerdings, so lüftet uns Mr. Shear ein strategisches Geheimnis, gibt es keinen direkten Kontakt zwischen Streitkräften der NATO und des Warschauer Vertrags. Das will aber gar nichts heißen. Denn die „Streitkräfte des Ostens“ werden Österreich, die Schweiz und andere Länder, die ihnen im Wege sind, überrollen und bis zu den Alpen vordringen. Die stehen hier schon lange so rum und lassen keine Panzer durch. Der Osten setzt deshalb Infanterie ein.

die die Alpen (bloß in umgekehrter Richtung wie Hannibal) über- und in die Ebene schreitet. Wenn aber der Osten gegen die NATO durch Griechenland und die Türkei marschiert, dann schmeißt er dort Panzer und Infanterie und Luftlandetruppen in die Schlacht. Mit der Türkei steht es ganz besonders schlimm. Denn wenn Griechenland noch von Rußland aus rechts um die Ecke liegt, die Türkei liegt ganz genau gegenüber, auf der anderen Seite des Schwarzen Meeres, und hier „entwickelt sich die Situation eindeutig zugunsten der Sowjetunion. Die Gebirgsketten bieten eine Menge Pässe in Richtung Türkei.“ Zwar hat Mr. Shear nicht erklärt, wieso bloß in Richtung Türkei, aber wie auch immer, die NATO ist dann hin.

Doch es gibt auch positive Symptome. „Es handelt sich um folgende Faktoren: die erneute Aufmerksamkeit Frankreichs für das Mittelmeer; die historische Bedeutung besitzende Annäherung zwischen Ägypten und Israel; die entschiedene antisowjetische Kehrtwendung in Kairo und Mogadischu; die Umstrukturierung und Verstärkung der Streitkräfte Italiens.“ Da freut sich Mr. Shear aber. Obwohl: „Noch sind das nur schwache Symptome. Aber doch wenigstens etwas.“

Für die NATO sind es schwache Symptome. Für normal denkende Europäer jedoch kommen die Symptome des Harold Shear sicher von einer ganz schönen Mattscheibe.

M. BORISSOW

ER IST VIEL ZU HEISS...

der Sessel, den der jetzige FBI-Direktor Clarence Kelley am 1. Januar 1978 aufgeben will. Wundert das noch wen? Seit Edgar Hoover hat sich keiner lange in diesem heißen Sessel gehalten. Der jetzt noch um so heißer geworden ist, nachdem die Geheimdokumente des FBI über sein COINTELPRO bekannt wurden. Der Jäger ist in seine eigenen Netze gegangen. 53 000 Fotokopien von Unterlagen, die binnen 20 Jahren von den fleißigen Geheimdienstlern zusammengetragen wurden, enthüllen nun die übeln Tricks und verfassungsfeindlichen Methoden, derer sich das FBI bei der Bekämpfung von „Andersdenkenden“ bedient.

COINTELPRO war 1956 von Edgar Hoover mit der Begründung sanktionierte worden, das Urteil des Obersten Gerichtshofs der USA, die Kommunistenverfolgungen einzustellen, verlange Alternativmaßnahmen, um „die Gefahr zu bannen“. Bald jedoch standen auf den schwarzen Listen der Unzuverlässigen auch Mitglieder demokratischer Organisationen, Teilnehmer von Antikriegsaktionen und Bürgerrechtskämpfer.

Wer aber will behaupten, das FBI sei nur hinter fortschrittlichen Persönlichkeiten her! Opfer einer FBI-Intrige wäre beinahe sogar der „Imperial Wizard“ der „United Klans of America“ Robert Shelton geworden, den man ja nun wirklich nicht als „Andersrum“ bezeichnen kann. Shelton sollte mit Hilfe einer Verleumdungskampagne abgehäfftet und statt seiner ein FBI-Zuträger eingesetzt werden. Doch der so raffinert eingefädelte Plan blieb unausgeführt. Es hatte sich herausgestellt, daß das FBI sowieso schon genügend Agenten in den Klans hat. Immer mal wieder hatte es die Dienste der Rassisten in Anspruch genommen, wenn er mißliebige Leute aus der Negerbewegung abräumen wollte.

Der neue Skandal hat den Laden nicht beliebter werden lassen. Deshalb wundert es wirklich keinen, daß die Frage nach dem neuen FBI-Chef noch in der Schwebewolke bleibt. Dieser Sessel ist wirklich verdammt heiß.

G. SIDOROWA

GESCHENK ZUM JUBILÄUM

Lew BESYMENSKI

Zum 60. Jahrestag der Großen Oktoberrevolution traf in Moskau ein Buch mit dem Titel „Lenin in München“ ein, herausgegeben von der Bayerischen Gesellschaft zur Förderung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion. Der Verfasser ist der bekannte Publizist und Kritiker Friedrich Hitler. Zum Arbeitskreis gehörten Vertreter der genannten Gesellschaft und der Stadt München.

Da wir der Gesellschaft seinerzeit auf deren Bitte nach Kräften halfen, Stoff für das Buch in Moskau zu beschaffen, möchten wir hier vom Ergebnis der zum 60. Jahrestag der Revolution abgeschlossenen Arbeit berichten. (D. Red.)

Wie das Buch entstand

Die Zeit, die der Gründer des Sowjetstaates in München zubrachte (nach altem Kalender von August 1900 bis März 1902), gehört zu den wichtigsten und interessantesten Zeitabschnitten im Leben des großen Denkers und Revolutionärs. In München unterschrieb Wladimir Iljitsch Uljanow im Dezember 1901 zum erstenmal einen Artikel mit N. Lenin. Es war die Zeit, als die *Iskra* entstand, als Lenin seine historische Schrift „Was tun?“ verfaßte, als Kräfte für die kommenden revolutionären Gefechte gesammelt wurden. Voll Elan arbeitete Lenin in jener Zeit — Nadjescha Konstantinowna Krupskaja nannte sie in ihren Erinnerungen nicht von ungefähr hell.

Wandert man heute durch München, so erkennt man allerdings nichts, was an damals erinnert. Nur Eingeweihte wissen, daß die Häuser in der Kaiser- und in der Siegfriedstraße, in denen Lenin wohnte, noch immer stehen, und ein alter Münchner kann einem wohl das Gasthaus zeigen, in dem er gern einkehrte. Auch sind in den Erinnerungen Nadjescha Krupskajas einige andere Stellen genannt, die Lenin in München aufzusuchen pflegte. In der Bundesrepublik wissen nur wenige davon. Vor einigen Jahren waren zwei sowjetische Hi-

storikerinnen in Bayern, um Nachforschungen über diese Zeit im Leben Lenins anzustellen, ihr lebenswertes Buch „Lenin in München“ erschien aber erst voriges Jahr und nur russisch.

Es ist nur natürlich, daß unter den Freunden unseres Landes in Bayern oft von Lenin die Rede war. Der unermüdliche Vorsitzende der Gesellschaft zur Förderung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, Erwin Essl, und andere ihrer Mitglieder, unter ihnen Friedrich Hitler, Chefredakteur des *Kürbiskern*, überlegten, wie sie weite Kreise in der Bundesrepublik mit den denkwürdigen Stätten bekannt machen könnten.

Diese Überlegungen hatten einen besonderen Anlaß. Im Jahre 1968 konnte am Hause Kaiserstraße 53 (jetzt 46) eine schlichte Gedenktafel angebracht werden, mit großen Schwierigkeiten, denn es tobte der kalte Krieg, so daß die Stadt es nicht für ratsam hielt, die Initiative einer Gruppe von Münchnern zu unterstützen. Das Geld spendete ein Geschäftsmann, die Tafel wurde angefertigt, angebracht und...

Unsere Leser kennen die traurige Geschichte: 1970 sprengten Neonazis vor dem Haus eine Bombe, wobei die Tafel beschädigt wurde. Sie wurde abgenommen und ist noch immer nicht wieder angebracht, obwohl der Magistrat seine Einstellung geändert hat. Der Hausbesitzer möchte nichts riskieren und keine Mieter abschrecken — in dem schon recht baufälligen Haus werden Wohnungen gewinnbringend an Fremdarbeiterfamilien vermietet. Wie dem auch sei, ist das Gedenken an Lenin in München noch immer nicht sichtbar gewürdigt.

Bei Vorgesprechungen (Film? Fernsehfilm? Broschüre?) einige man sich auf ein Buch über die Münchner Zeit Lenins, über die Solidarität zwischen den russischen und deutschen Werktagen und die Beziehungen zwischen unseren Völkern. Man mußte alte Zeitungsjahrgänge durchsehen und Moskauer Veröffentlichungen anfordern.



Wiederholte Versuche sowjetischer Wissenschaftler, etwas über Lenin aus bayerischen Archiven zu bekommen, hatten zu nichts geführt, was halbwegs begreiflich ist: Lenin lebte dort streng konspirativ als bulgarischer Staatsangehöriger unter dem Namen Dr. jur. Jordan K. Jordanoff. Als vor einigen Jahren nach den Akten über Meldebogen für 1900–1902 gesucht wurde, fand sich lange auch nichts, nur ein Dr. Jordanoff, aber nicht Jordan, sondern Dimiter. Die Anmeldung Dr. Jordan K. Jordanoffs in Siegfriedstraße 14 hat sich erst jetzt gefunden und ist in dem Buch reproduziert.

Stöbern in Archiven

Als die Redaktionsmitglieder schon Bekanntes zum hundertsten Male durchblätterten, fragten sie sich, wo etwa Neues zu finden sein möge. Da kam ihnen Stadtrat Alfred Lottmann zu Hilfe, der für Kultur, Museen und Bibliotheken zuständig ist.

Mit seiner Hilfe wurde Kontakt zu den Leitern der Münchner Archive aufgenommen, und diese zeigten für den Plan, ein Buch über Lenin in München herauszugeben, lebhaftes Interesse. Mit ihrer liebenswürdigen Hilfe machte Friedrich Hitler, der sich der Hauptarbeit unterzog, eine lange, mühselige Wanderung durch das Labyrinth der Archive, denn in den letzten 70 Jahren war ein Teil der Akten verschwunden und der andere Teil gründlich durcheinander gerüttelt worden.

Monatlang suchte Friedrich Hitler nach neuen Schriftstücken. Die er fand, waren mit der Hand und nicht immer deutlich geschrieben.

Manchmal kam überraschend Hilfe wie z. B. bei den Lesearten Lenins in der ehemaligen Hof- und Staatsbibliothek. Im Moskauer Lenin-Archiv befanden sich die Originale damaliger Konspekte. Das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU sandte Kopien der Konspekte Lenins von Büchern ein, die er gelesen hatte. Wie sorgfältig er an Büchern arbeitete, ist allgemein bekannt. Die Register für

malige München, den Kampf der deutschen Arbeiterklasse und die Tätigkeit der russischen Emigranten. Doch einiges will ich schildern, was bei der Arbeit entdeckt wurde.

Ich beginne mit Lenins deutschen Freunden. Obwohl er zu Beginn dieses Jahrhunderts noch jung war, erkannten alle, auch führende deutsche Sozialdemokraten, seine revolutionäre Reife an. Ihre Hilfe wurde dringend gebraucht, denn

Im Buch wird sehr ausführlich von Braun erzählt. Er war damals ein hoher SPD-Funktionär in Nürnberg. Es stellt sich heraus, daß er, als die SPD illegal war, in enger Verbindung mit der Roten Feldpost stand.

So nannten die deutschen Arbeiter die Organisation, die zur Beförderung der in der Schweiz erscheinenden illegalen sozialdemokratischen Zeitungen nach Deutschland

gegründet worden war. Ihre Leiter waren erprobte, von Marx und Engels erzogene Revolutionäre, solche wie Joseph Belli, die rechte Hand des berühmten „roten Postmeisters“ Julius Motteler. Braun war ein Vertrauensmann Bellis. Einem Polizeibericht zufolge beteiligte sich Braun an der Beförderung des Sozialdemokrat aus Basel nach Deutschland.

Als Lenin das bekannte System von Vertretern der Iskra aufzog, wertete er dabei die Erfahrungen der deutschen Revolutionäre aus. So schrieb das Leben selbst die Geschichte der engen Verbundenheit der Arbeiterklasse Rußlands und Deutschlands und ihrer internationalen Solidarität beim Anstreben des hohen Ziels, das Rußland im Oktober 1917 erreichte.

Damals lag das noch in weiter Ferne. Lenin hatte einen sehr schweren Stand. In dem Buch „Lenin in München“ sind erstmalig die

Geheimabkommen über die Auslieferung von Revolutionären abgedruckt, die das zaristische Rußland 1869 mit Bayern und 1885 mit dem deutschen Kaiserreich schloß. Deshalb war strikte Konspiration geboten. Obwohl es in Bayern liberaler als in Preußen zwing, mußte man vorsichtig und in illegaler Arbeit versiert sein. Lenin war darin Meister. Nur so erklärt es sich, daß in den Akten der bayerischen Geheimpolizei nichts von der Herausgabe der Iskra in München erwähnt ist. Daß sie bei Maximus Ernst in der Senefelderstraße gedruckt wurde, erfuhr niemand, in der Druckerei selbst wußten nur Ernst und



In diesem Hause in der Münchner Kaiserstraße wohnte Lenin 1900 und 1901. Als die Aufnahme gemacht wurde, war noch obige Gedenktafel angebracht. Seit einem Bombenattentat von Neonazis, bei dem sie beschädigt wurde, ist sie noch nicht wiederhergestellt. Auch am Hause in der Siegfriedstraße, in dem Lenin sein berühmtes Werk „Was tun?“ schrieb, fehlt eine Gedenktafel.

Fotos S. Goljakow

1900 und 1901 waren jedoch unvollständig. Eines Tages kam bei Friedrich Hitzer ein Anruf: Der Leiter der Bibliothek sagte, er solle schnell kommen, er habe etwas für ihn.

In der Bibliothek zeigte er ihm ein altes Buch:

„Sehen Sie, hier ist eine Eintragung: Dr. Jordan Jordanoff, datiert mit dem 25. Mai 1901.“

Es war Lenins Handschrift.

Die Jahre der „Iskra“

Natürlich will ich hier das Buch nicht nacherzählen, es ist sehr gehaltvoll und charakterisiert das da-

nen außerhalb Rußlands konnte man die gesamtrussische politische Zeitung gründen, die beim Werden der Revolution eine historische Rolle spielte.

Die Iskra entstand in München, wohin Lenin im Herbst 1900 fuhr, aber einen Abstecher nach Nürnberg machte.

Wieso? Die Chronik besagt: „Nach München unterwegs, hielt sich Lenin in Nürnberg auf und verhandelte mit dem deutschen Sozialdemokraten Adolf Braun über organisatorische und technische Hilfe bei der Gründung der Iskra.“

noch drei Personen davon. Die Polizei erfuhr es erst 1904.

Dabei waren Polizeispitzel schon drauf und dran, eine Spur zu finden. Als Anekdote enthält das Buch eine Spitzelmeldung vom 19. November 1900 über eine sozialdemokratische Versammlung bei Rittmayer, einem Lokal in der Kaiserstraße. Im selben Haus hatte Rittmayer auch seine Wohnung, und bei ihm wohnte Lenin.

Solidarität

Das vorliegende Buch erfaßt nicht nur jene Zeit in München. Die Schicksalsgemeinschaft der europäischen Arbeiterklasse führte Lenin noch mehrmals dorthin.

Man schrieb das Jahr 1908. Die Polizei nahm in München eine russische Emigrantin fest, am nächsten Tag auf dem Hauptbahnhof noch zwei Personen beim Aussteigen, ebenfalls russische Sozialdemokraten, deren Ankunft die Ochrana der bayerischen Geheimpolizei angekündigt hatte. In einer Polizeiakte ist die Festnahme ausführlich geschildert.

Friedrich Hitler fand die Akte im Archiv und wollte wissen, was aus den Festgenommenen geworden war. Die dicke Akte enthielt einen umfangreichen Briefwechsel und Ausschnitte aus der Arbeiterpresse mit der Forderung, sie nicht an die zaristischen Behörden auszuliefern. Die Solidaritätskampagne war so groß, daß die königliche Regierung die Auslieferung verweigern mußte.

Als mir Friedrich Hitler, hocherfreut über seinen Fund, der die Solidarität der russischen und deutschen Arbeiter vor Augen führte, die Akte mit den Fotos der drei zeigte, konnte ich ihm empfehlen, in einem Band mit Briefen Lenins nachzulegen, daraus sei ersichtlich, daß gerade Lenin viel für die Rettung der russischen Revolutionäre getan hat.

Anfang 1908 machte sich Lenin schwere Sorgen, weil die Ochrana einen Schlag gegen die SDAPR geführt hatte. In Berlin, München, Paris und anderen Städten waren mehrere russische Sozialdemokraten verhaftet worden, darunter in München Migran Hodshamirian, Tigran Bogdassarian und Sarah Riwitsch. Hätte man sie ausgeliefert, so wären sie hingerichtet worden. Lenin, der in London weilte, ersuch-

te Camille Huysmans, den Sekretär des Internationalen Sozialistischen Büros, sich für die Genossen zu verwenden. Das erwähnt Nadjeshda Krupskaja in ihren Erinnerungen. Auf Lenins Initiative kam eine energische Kampagne gegen die Auslieferung in Gang. Die Verhafteten kamen vor ein Münchener Gericht und wurden nach 15 Monaten freigelassen.

Dank dieser internationalen Solidarität verweigerte das Königreich Bayern die Auslieferung der drei Revolutionäre. Das ist jetzt dokumentarisch belegt.

„Diplomatische Beziehungen herstellen“

Von 1908 machen wir einen Sprung ins Jahr 1919, das in die Geschichte Europas durch das Entstehen noch zweier Räterepubliken eingegangen ist. Von der Oktoberrevolution beflügelt, gründeten die Werktagen Bayerns und Ungarns eigene Staatswesen. Diese bestanden nicht lange, haben aber Ruhmeskapitel in die Chronik des revolutionären Kampfes eingetragen.

Lenin verfolgte die Bildung der Bayrischen Räterepublik bekanntlich mit großer Aufmerksamkeit. Die Nachricht teilte er sofort, am 15. April 1919, in einer Rede mit. Mehrmals fragte er telegrafisch an, wie es in Bayern steht und was für ein Programm die Räteregierung hat. Am 27. April sandte Lenin sein bekanntes „Grußschreiben an die Bayrische Räterepublik“ nach München. Über Bayern sprach er auch am 1. Mai 1919 in seiner Rede auf dem Roten Platz.

Wie erfuhr Lenin von den dortigen Ereignissen? Eine andere Akte im Münchener Archiv enthält einen am 25. Juli 1918 in Moskau vom Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten ausgestellten Reiseschein Towa Axelrods, eines Vertreters der ROSTA (Russischen Telegraphenagentur) in Deutschland. Während der Ereignisse war Axelrod in Bayern. Was weiter geschah, besagte ein Funkspruch Axelrods aus München an Lenin, Tschitscherin und Swerdlow nach Moskau. Hier der Wortlaut (das Original ist russisch, aber in lateinischer Schrift geschrieben):

„Soeben erschienen bei mir Vertreter der neuen Regierung und ...

verständigten ... mich über den offiziellen Entschluß der neuen Regierung, diplomatische Beziehungen mit der Regierung der Russischen Republik anzuknüpfen; sie ersuchten mich, dies zur Kenntnis meiner Regierung zu bringen... Ein ebensolches Angebot wurde Ungarn gemacht.“ Weiter wird über die komplizierte Situation in jenen Tagen berichtet. Am 13. April ging folgendes Telegramm nach Moskau ab: „Der Volzugsrat der neuen, wirklich proletarischen Räterepublik begrüßt die russische und die ungarische Arbeiterklasse und ihre Sowjetrepubliken.“

Die Akten der Bayrischen Räterepublik weisen Spuren von Antworten aus Moskau auf, z. B. die Bestätigung, daß Lenins Grußschreiben in München am 29. April 1919 um 6 Uhr 07 morgens ankam. In einigen Telegrammen, die Bayern über das revolutionäre Budapest erreichten, sind Tagesberichte der ROSTA über die Lage an den Bürgerkriegsfronten enthalten.

Daß Lenin den Verteidigern der Bayrischen Räterepublik etwas bedeutete, läßt auch ein Befehl des Oberkommandos der Bayrischen Roten Armee erkennen, in dem deren Truppenteilen als Tagesparole für den 27. und 28. April 1919 der Name Lenin ausgegeben wurde. Der Befehl ist vom Oberbefehlshaber der Truppen der Republik, Rudolf Eglhofer, unterzeichnet, der einige Tage später von Konterrevolutionären brutal ermordet wurde.

In der Bundesrepublik Deutschland pflegt man heutzutage nicht von der Bayrischen Räterepublik zu sprechen, sie ist aber aus der Geschichte ebensowenig zu tilgen wie die Tradition der Verbindungen zwischen unseren Ländern und ihres gegenseitigen Verständnisses.

* * *

Das Buch, von dem hier die Rede ist, soll nicht nur für Wissenschaftler sein, obwohl manches darin auch für den Historiker von Interesse sein dürfte. Sein Erscheinen ist bemerkenswert. Es zeugt davon, daß der 60. Jahrestag der Oktoberrevolution für weiteste Kreise ein Ansporn dazu war, in der Geschichte Aufschluß über Ereignisse zu suchen, die der ganzen Menschheit wichtig sind und ihr am Herzen liegen.

LUFTVERKEHR SCHLÄGT BRÜCKEN

Die internationalen Fluglinien, auf denen regelmäßig Aeroflotmaschinen verkehren, messen über 350 000 km. Auf den sowjetischen Flugplätzen landen Flugzeuge vieler Länder.

Durch die Anbahnung immer neuer Flugverbindungen werden die Wirtschafts- und Kulturbeziehungen der Völker enger. Dabei ergeben sich aber wissenschaftliche, technische, rechtliche und politische Probleme, über die sich die Staaten einig werden müssen. Dafür besteht die Internationale Organisation für Zivilluftfahrt (ICAO), der 141 Länder angehören. Die UdSSR, die sich rege an ihrer Tätigkeit beteiligt, hat einige wichtige Anregungen gemacht, und die unlängst in Montreal abgehaltene 22. ICAO-Vollversammlung hat ihnen zugestimmt. Unsere Korrespondentin Jelena KNORRE hat den stellvertretenden Minister für Zivilluftfahrt Sergej PAWLOW über die besonders aktuellen wissenschaftlichen, technischen und rechtlichen Probleme interviewt, die die rapide Entwicklung des Luftverkehrs mit sich bringt.

Heute, wo Fluglinien die Erdteile verbinden und Tausende von Flugzeugen gleichzeitig mit ungeheuren Geschwindigkeiten in allen Himmelsrichtungen unterwegs sind, ist es doch bestimmt schwierig, den Luftverkehr zu regeln, die Koordinaten der Maschinen festzustellen und für eine stockungslose Funkverbindung zu sorgen.

Was können Sie uns über die Aussichten auf eine Lösung dieses Problems sagen, das seit einigen Jahren für die internationale Zivilluftfahrt besteht?

Vor allem möchte ich sagen, daß der Flugleitdienst heutzutage seinen Obliegenheiten genau so gewachsen ist wie die Moskauer Verkehrsmiliz dem Straßenverkehr in den Spätzeiten. Vorläufig entsprechen die Geräte der modernen Flugzeuge und Flugplätze durchaus den Anforderungen des Luftverkehrs und der Fernmeldeverbindungen. Unsere Besatzungen wissen jeden Augenblick genau, wo sie sich befinden, der Bodendienst leitet den Flugverkehr präzise, die Verbindung zwischen Erde und Flugzeug funktioniert tadellos. Dieser Verkehr wird aber mit jedem Tage dichter, und bald werden die Flugleit- und Verbindungs- systeme nicht mehr ausreichen. Deshalb müssen die Staaten intensiver zusammenarbeiten, um die wahrscheinlichen Erfordernisse der Zivilluftfahrt zu ermitteln, neue, voll-

kommenere Systeme zu entwickeln und Prinzipien dafür zu formulieren.

Nach Ansicht sowjetischer Spezialisten ist da die Verwendung der kosmischen Technik am aussichtsreichsten. Ein System künstlicher Satelliten wird den Flugzeugen die genauere Einhaltung ihres Kurses ermöglichen und gestatten, die Abstände zwischen den Maschinen ohne Schaden für die Flugsicherheit zu verkürzen. Die Flugleitzentralen jedes Staates werden über die Lage im Raum eines beliebigen Flugplatzes und auf den Fluglinien jederzeit auf dem laufenden sein. Dank den Satelliten werden die Besatzungen stets Sprechfunkverbindung mit ihrem Land und mit einer beliebigen Weltgegend haben.

Sie wissen doch sicher, daß in der Schifffahrt schon Sputniksysteme benutzt werden. Mit ihrer Hilfe hat sich z. B. der Atomeisbrecher „Arktika“ seinen Weg zum Nordpol gebahnt. Gewiß sind die technischen, wirtschaftlichen und juristischen Aspekte der Benutzung des Kosmos für Zwecke der Zivilluftfahrt äußerst kompliziert. Ihre Bereinigung liegt aber nicht mehr allzu-

Auf Antrag der sowjetischen Delegation hat die 22. ICAO-Vollversammlung beschlossen, energerisch darauf hinzuwirken, daß aussichtsreiche Satellitensysteme entwickelt



und geschaffen werden, die der Luftnavigation, dem Flugleitdienst und dem Verbindungswesen dienen sollen. Die Teilnahme der UdSSR wird es gestatten, ihre Erfahrungen mit der Entwicklung kosmischer Apparate von Weltniveau auszuwerten.

Bleiben wir einmal beim Vergleich mit der Schifffahrt. Sie ist Jahrtausende alt, hat aber erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit eine Einheitssprache, d. h. bei allen Flotten geltende Kommandos, Maßeinheiten, Signale usw. Wahrscheinlich braucht auch der jüngere Luftverkehr, der bereits der umfangreichste und schnellste internationale Verkehr ist, etwas Ähnliches, nicht wahr?

Gewiß, die verschiedenen Maßsysteme — nach Metern und Kilometern oder nach Fuß und Meilen — machen den Besatzungen und dem Bodenpersonal bei der heutigen Intensität des Luftverkehrs Schwierigkeiten. Bei der Luftfahrt kann das noch weniger als bei der Schifffahrt geduldet werden, es kann ja die Sicherheit direkt gefährden. Stellen Sie sich vor, ein Pilot muß bei einem schwierigen Manöver erhaltene Weisungen schnell im Kopf aus Metern in Fuß oder umgekehrt umrechnen. Für die Einführung eines Einheitssystems in der ganzen Zivilluftfahrt braucht man aber Zeit und viel Geld. Für den Anfang haben wir uns also auf einen stufenweisen Übergang zu bestimmten Terminen geeinigt. Übrigens — Einheitssprache! Unter den letzten ICAO-Beschlüssen ist noch eine juristische und politische Neuheit, auf die ich eingehen möchte. Die Vollversammlung nahm auch eine Ergänzung zur ICAO-Satzung, die Chikagoer Konvention

über die internationale Zivilluftfahrt, an. Bisher existierte der offizielle Wortlaut dieser Sammlung internationaler Bestimmungen und Grundsätze nur englisch, französisch und spanisch. Das waren bei der ICAO die Amtssprachen. Nachdem jetzt die Ergänzung und der russische Wortlaut der Konvention angenommen sind, ist auch das Russische bei der ICAO Amtssprache. Das ist wichtig, nicht nur, weil dadurch Ansehen und Verantwortung unserer Zivilluftfahrt zunehmen und die Interessen der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder besser gewahrt werden können, sondern auch vom rein praktischen Standpunkt. Es wird nämlich dazu beitragen, daß die Bestimmungen aus der Konvention und die auf ihrer Grundlage formulierten Anweisungen gleich verstanden und in die Tat umgesetzt werden. Das gilt auch für die multi- und bilateralen Abkommen über den Luftverkehr.

Die Standardisierung kann doch wohl nicht nur rein routinemäßig sein, sie wird sich in einem so vielseitigen Betrieb, wie ihn die Luftfahrt darstellt, doch so oder anders auf verschiedene Seiten ihrer Tätigkeit auswirken, wie?

Gewiß. In erster Linie gilt das für die Ausbildung des Personals. Die sozialistischen Länder haben schon damit begonnen. Wenn ich mich nicht irre, hat Ihre Zeitschrift schon berichtet, daß in Uljanowsk eine internationale Zentrale für Ausbildung von Piloten, technischem Personal, Flugdienstleitern und Bodenpersonal für die RGW-Länder ins Leben gerufen wird. Diese Ausbildung nach Einheitsprogramm wird eine hohe Eignungsstufe und bessere Verständigung des Personals bei der immer intensiver werdenden Luftfahrt gewährleisten.

Die hochentwickelten Staaten haben die Pflicht, mehr Kräfte für die Zivilluftfahrt der Entwicklungsländer heranzuschulen. Als gutes Beispiel wurde auf der 22. ICAO-Vollversammlung angeführt, daß an sowjetischen Lehranstalten junge Leu-

te aus Algerien, Angola, Guineia, Obervolta und anderen Ländern zu Fliegern und Ingenieuren ausgebildet werden.

Seitdem Überschallflugzeuge verkehren, erstreckt sich das Problem des Umweltschutzes viel weiter als nur auf einzelne Ortschaften und sogar Großstädte. Die Jumbojets sind Gegenstand schwieriger zwischenstaatlicher Verhandlungen. Denken wir doch an das Hin und Her wegen der „Concorde“. Wie wird man in der ICAO dieses für die Menschheit so wichtige Problem lösen? Wie steht unser Land dazu?

Bisher beschränkte sich die ICAO im Kampf gegen den Lärm auf die Forderung, die Triebwerke zu verbessern oder abzuändern. Die UdSSR hält dafür, daß das zwar wichtig, aber unzureichend ist. Auf ihren Vorschlag hin sieht man bei der ICAO jetzt die Maßnahmen gegen die ungünstigen Folgen des Flugzeuglärm als Komplex. Das bedeutet u. a. ein Verbot, mit voll eingeschaltetem Triebwerk zu starten, sowie die Weisungen, für Start und Landung rationelle Trassen zu wählen, beim Pilotieren Spezialmethoden anzuwenden, Flugplätze optimal zu planen und in ihrem Umkreis weniger Wohnhäuser zu bauen. In einem Beschuß wird es ferner als notwendig bezeichnet, für Überschall-Transportflugzeuge eine besondere Höchstgrenze des zulässigen Lärms festzusetzen. Die bisherige entsprach den für gewöhnliche Flugzeuge geltenden Normen.

Jetzt ist schon einwandfrei bewiesen, daß die Meere die Menschheit nicht so sehr trennen wie vereinen, daß sie nicht nur den Handel, sondern auch die Technik vorangebracht und zur Verbreitung von Wissenschaft, Kultur und Kunst beigetragen haben. Das gleiche darf die Menschheit ja wohl auch von dem Luftmeer um unseren Planeten erwarten. Dieses hochsinnige Ziel verfolgt die Internationale Organisation für Zivilluftfahrt, an der sich die Sowjetunion tatkräftig beteiligt.

ARGENTINIEN



Etwa ein und drei Viertel Jahre ist es her, seit das peronistische Regime fiel und in der Regierungsresidenz, im Rosa Haus, die Militärjunta unter dem Oberbefehlshaber des Heeres, General Jorge Rafael Videla, ihren Einzug hielt. Sie ergriff in einer äußerst schwierigen Lage die Macht.

Der de-Hoz-Plan und seine Resultate

Die Regierung María Estela Martínez de Perón scheiterte zum Teil an der akuten Wirtschaftskrise. Den Auftrag, Abhilfe zu schaffen, bekam Jose Alfredo Martínez de Hoz, Großgrundbesitzer, reicher Viehzüchter, Eigentümer von Hüttenbetrieben und Mitglied der Direktionen vieler Zweigstellen von US-Firmen.

Sein Programm soll zur Belebung der Wirtschaft Argentiniens beitragen.

Der gemeinsame Nenner für das Programm war, daß der Staat in der Wirtschaft eine immer geringere Rolle spielen soll. Sein Schwerpunkt bestand darin, möglichst günstige Voraussetzungen für den Agrarexport zu schaffen und die Landwirtschaft (namentlich die großen Getreideproduzenten) nach Kräften zu fördern, u. zw. auf Kosten der für den Binnenmarkt produzierenden Industrie.

Als Fortentwicklung des de-Hoz-Plans trat im Februar d. J. ein Gesetz über ausländische Investitionen in Kraft, das für die Überweisung von Gewinnen und Kapital ins Ausland große Vergünstigungen gewährte und die Steuern auf hohe Einkünfte kürzte. Weiter bestätig-

WO LIEGT DER AUSWEG?

Alexander BARYSCHEW

ten die Militärbehörden ein Gesetz über die Rückführung vieler staatlich geleiteter Betriebe in den Privatsektor.

Die Annahme des Plans liegt weit genug zurück, daß argentinische Wirtschaftsexperten seine Resultate beurteilen können.

Im September stellte die Zeitschrift *Carta política* fest, daß die Einkünfte der Unternehmer um 22% gestiegen sind. Dem Wirtschaftsministerium zufolge schloß die Zahlungsbilanz für die ersten neun Monate dieses Jahres mit einem Aktivsaldo von 1 491 500 000 Dollar ab. In diesen Monaten erbrachte der Export 4 387 500 000 Dollar, während sich der Import auf 2 896 000 000 Dollar belief. Der *Spiegel* schrieb im November, daß die Devisenbestände der Nationalbank über 2,7 Md. Dollar ausmachten. Wie die Presse jedoch feststellt, betrug der Anteil der Werkstätigen Argentiniens am Bruttosozialprodukt 1976 nur 21,75% und beliefen sich ihre Lohnneinbußen schätzungsweise auf 7 667 000 000 Dollar.

Die Inflation wächst weiter an. Der Presse Argentiniens ist zu entnehmen, daß die Preise im vergangenen August allein um 11,3% stiegen, was, auf das ganze Jahr umgerechnet, 262% ausmachen würde. Im September bezeugte die *Carta política*, daß die Einkünfte der Erwerbstätigen um 27% und ihr Verbrauch um 11,4% gesunken sind. Die fortschrittliche Presse meint, daß die Löhne und Gehälter seit einem Jahr um 40% verringert worden sind. Die meisten Argentinier leben schlechter, besonders in den Städten, in denen 80% der 24 Millionen Landesbewohner ansässig sind.

Infolge der größeren Rolle, die der Export spielt, und der stimulierten Kapitalkonzentration machen Gesellschaften bankrott, die für den Binnenmarkt produzieren und sich gegen die Konkurrenz der multinationalen Konzerne nicht halten können. Die französische Monatschrift *Le Monde Diplomatique* schrieb im vergangenen Juli: „Wirtschaftsminister Jose Alfredo Martínez de Hoz verbindet die wirtschaftliche „Sanierung“ des Landes mit einer Förderung der exportierenden Agrarbourgeoisie, mit einem uneingeschränkten Zutritt von

Auslandskapital und einer rigorosen Einengung des Binnenmarktes... Diese Strategie schließt in gewissem Grade die für den Binnenmarkt arbeitenden Industrien aus und hat in sechs Monaten zu einem Sinken der Kaufkraft der Beschäftigten, zu einer Konzentration der Unternehmen und zu einer Schwächung der nationalen Bourgeoisie gegenüber dem Erstarken der Multis, zum Bankrott kleiner und mittlerer Unternehmen, geführt.“ Die Zeitung *Clarín* schrieb, daß die Erzeugung von Gebrauchsgütern 1976 um 2,3%, im ersten Viertel dieses Jahres aber um 8% zurückging, um mehr, als sie seit zehn Jahren jemals gesunken war.

Die Anstrengungen von de Hoz und seinem Wirtschaftsteam, die Schwierigkeiten des Landes den breiten Volksmassen aufzubürden, wovon nur die Großgrundbesitzer und Großindustriellen den Nutzen haben, lösen bei diesen Massen Protest aus. Sein Programm wird von den Gewerkschaften, von vielen Parteien und anderen Organisationen kritisiert. Peróns Anhänger, die Justicialisten, fordern eine andere Verteilung der Einkünfte und verurteilen den rigorosen Lohnstopp. Die Radikalen weisen darauf hin, daß beim Schrumpfen des Binnenmarktes jede Aussicht auf ein wirtschaftliches Vorwärtskommen schwindet. Auf allgemeine Einwände stößt die Politik der „offenen Türen“ für Auslandskapital.

Zwei V und zwei A

Die Wirtschaftslage wirkt sich natürlich auch auf die äußerst schwierige politische Situation im Lande aus. Bei den Streitkräften zeichnen sich verschiedene politische Strömungen ab. Die eine sind die Militärs, die man hier als Antifaschisten und Liberale mit nationaldemokratischen Anschauungen bezeichnet. Sie sind für Zusammenarbeit mit allen Parteien des Landes, nehmen aber, wie die argentinische Presse schreibt, „zu einigen eminent wichtigen Problemen einen unklaren, schwankenden Standpunkt“ ein. Sie nennt diese „gemäßigte“ Richtung, zu der jetzt die meisten Militärs gezählt werden, die nach einer Normalisierung der Lage, nach einer bürgerlichen Demokratisierung des Landes und

danach streben, daß die Gewerkschaften und die Parteien ihre Tätigkeit wieder aufnehmen, manchmal die Linie der zwei V (nach den Namen ihrer Führer, des Landespräsidenten, General Videla, und des Stabschefs des Heeres, General Violas).

Die andere Richtung umfaßt eine konservativ eingestellte Minderheit, die die Interessen der Latifundienbesitzer, Viehzuchtindustriellen und monopolistischen Gruppierungen verflicht. Beobachter meinen, daß sie größtenteils bei der Kriegsmarine und Luftwaffe stark ist. Ihre Einstellung wird auch die Linie der zwei A genannt (nach den Worten Armada (Marine) und Aeronáutica (Luftwaffe)).

Zu den Anhängern der Zwei A gehören auch ultrarechte, „pinochetische“ Offiziere, die „den Kommunismus austilgen“, das Militär zu Repressalien gegen alle demokratischen Kräfte nötigen und eine unverhohlenen faschistische Diktatur errichten wollen.

Der Fall Graiver

Ein Beispiel für das politische Spiel der Rechten ist, daß sie den Fall Graiver, der in Argentinien heiß umstritten ist, gegen die „Gemäßigte“ ins Feld führen. Die Wirtschaftsgruppe unter dem bekannten argentinischen Bankier, der voriges Jahr unter ungeklärten Umständen in Mexiko den Tod fand, wurde beschuldigt, die finanziellen Geschäfte der ultralinken Organisation der Montoneros zu führen, namentlich bei den Graiver-Banken in Brüssel und New York von Entführern kassierte Lösegelder anzunehmen. Um die Führung des liberalen Flügels der Streitkräfte zu kompromittieren, schrieben ihr die Rechten Verbindungen mit Graivers Gruppe und über sie mit den Linksextremisten zu.

Der Fall Graiver, in dem der politische Kampf bei den Streitkräften deutlich zum Ausdruck kommt, wird vom *Monde Diplomatique* als Versuch der Reaktion beurteilt, Videla und Viola von der Macht abzudrängen. „Die Liste der Ankläger und ihrer Opfer ist aufschlußreich“, schrieb die Monatsschrift. „Unter den ersten sind zumeist Offiziere, die für die ‚harte‘ Linie sind... Sie widersetzen sich einer beliebigen ‚politischen Liberalisierung‘, einem beliebigen Dialog mit Zivilisten, mit gewerkschaftlichen und politischen Kreisen und sind natürlich daran interessiert, stän-

dig das Schreckgespenst „subversiver Umtriebe“ herbeizutreten und den „Liberalen“ Verbindungen mit den Partisanen nachzusagen, um sie bei der Armee in Mißkredit zu bringen.“ (Mit Partisanen meint das Blatt linksextremistische Gruppen.)

Der schwere Weg zum Dialog

Die politischen Fronten beim Militär, ja in allen Schichten der Gesellschaft schieden sich deutlicher, nachdem Präsident Videla die Argentinier am 31. März aufgerufen hatte, einen umfassenden Dialog zu führen, um die „nationale Einheit“ zu erzielen. Er sagte: „Unsere Bewegung bemüht sich um eine demokratische Ordnung, die den Bestrebungen sowohl des Militärs als auch der verschiedenen Zivilbevölkerungsschichten entspräche.“

Der Aufruf des Präsidenten zum Dialog über eine breite nationale Verständigung auf demokratischer Basis fand bei den Gewerkschaften und Parteien Anklang, die sich, obwohl sie ihre Tätigkeit einstellen mußten, ihre organisatorische Struktur und das Recht auf Meinungsäußerung bewahrt haben.

Die Führung der KP Argentiniens sprach sich in einer veröffentlichten Erklärung für den Vorschlag des Präsidenten aus. Sie betonte, an Verhandlungen mit der Landesleitung seien „alle repräsentativen Organisationen interessiert, die nach einem Ausweg aus der entstandenen Lage suchen“. Um die akuten Probleme lösen zu können, müsse man ein gesamtnationales Programm aufstellen und auf der Basis einer breiten demokratischen Koalition eine Regierung aus Militärs und Zivilpersonen bilden.

Zugleich wiesen sowohl die Kommunisten als auch Vertreter anderer Parteien und politischer Strömungen auf ernste Hindernisse für einen konstruktiven Dialog hin: daß sich die Parteien nicht betätigen dürfen, daß die Gewerkschaften strikt von der Regierung kontrolliert werden, daß die Regierung in der Wirtschaft einen unhaltbaren

Kurs verfolge und besonders daß sich die Rechten subversiv betätigen.

Diese bereiteten Videlas Vorschlag eine gehärmische Aufnahme. Der ultrarechte Terrorismus hat sich verschärft. Im Lande wüten die an vielen politischen Verbrechen beteiligte „Antikommunistische Allianz Argentiniens“ und die „Todeschwadronen“. „Sie bestehen größtenteils aus dienstfreien Polizisten, die aus staatlichen Lagern und Gefängnissen der Verbindungen mit den Linken verdächtigte Häftlinge herausholen und sie hinrichten“, schrieb das *Wall Street Journal*. „In offiziellen Kreisen werden solche Akte verurteilt, aber merkwürdigerweise scheint man Mitglieder der Todeschwadronen nicht fassen zu können.“

Zum Wüten des Terrors der Rechten hat nicht zuletzt ein Umstand beigetragen, über den die argentinische Zeitschrift *Prologo* folgendes schreibt: „Während den Ultralinken ein empfindlicher Schlag versetzt worden ist, hat man keinen gegen die Ultrarechten geführt.“

Gegen deren Terror, der schon einige Jahre anhält, ist tatsächlich nicht energisch genug eingeschritten worden. Staatssicherheit und Polizei haben es zu ihrer Hauptaufgabe gemacht, die Ultralinken, die „Revolutionäre Volksarmee“, die Montoneros u. a. zu bekämpfen.

Allerdings erschweren die den breiten Volksmassen fernstehenden linksextremistischen Gruppen mit ihrem abenteuerlichen Vorgehen die Situation und erweisen damit den Gegnern einer Normalisierung einen Dienst. Die Kommunisten Argentiniens nehmen ihnen gegenüber einen ganz klaren Standpunkt ein. Sie verurteilen die Terrorakte und Entführungen und mißbilligen eine Tätigkeit ohne Rücksicht auf die sozialen und politischen Verhältnisse, die den Interessen der Volksmassen zuwiderläuft und der revolutionären Bewegung objektiv schadet.

Es ist jedoch ganz klar, daß jetzt,

wo energisch nach organisatorischen Formen für einen offenen, konstruktiven Dialog gesucht wird, gerade das Treiben der ultrarechten Terrorgruppen und der hinter ihnen stehenden Kräfte, die den Dialog vereiteln wollen, die größte Gefahr darstellt. Ihre Aktionen, die die Lage unsicher machen und Voraussetzungen für einen faschistischen Putsch herbeiführen sollen, verlaufen im Gleichtakt mit den Ränken der aggressiven imperialistischen Kreise, die im südlichen Lateinamerika eine „politische Gleichschaltung“ nach dem Muster des faschistischen Regimes in Chile anstreben.

Trotz aller Provokationen der Ultras klärt sich die soziale und politische Atmosphäre in gewissem Grade doch auf. Die Parteien und Gewerkschaften werden immer aktiver. Ungeachtet gewisser Meinungsverschiedenheiten über die soziale, wirtschaftliche und politische Zukunft der Republik neigen sie immer mehr zu gemeinsamen Aktionen dafür, daß die Verfassungsgarantien wiederhergestellt werden und die Massenrazzien aufhören.

Das Verbot der gewerkschaftlichen Betätigung hat ein paradoxes Resultat. Wie neulich der *Diario popular* schrieb, ist dadurch die Streikbewegung aktiver geworden und fängt schon an, sich immer stärker auf die politische Lage im Land auszuwirken. Bis November standen die Belegschaften staatlicher Betriebe im Lohnstreik. Die Streiks hatten verschiedene Formen — nach Schichten, schrittweise Arbeitseinstellung, Arbeit „genau nach Vorschrift“ —, sie griffen auch auf Privatbetriebe über und erfassen nach neuesten Meldungen schon über 250 000 Werktätige.

Die Kommunisten setzen sich entschlossen für eine Einheit der demokratischen Kräfte ein. Sie sehen heute die Hauptaufgabe darin, die Volksmassen gegen die Offensive der Reaktion mobil zu machen.

DAS ERSTE JAHR DES DRITTEN JAHRHUNDERTS

Viktor GRIBATSCHOW

Am 1. November ist in Amerika Allerheiligen, am 25. Dezember Weihnachten mit der traditionellen Pute und sechs Tage später das bescheidene und nüchterne Neujahrsfest.

Vorläufig aber ziehen die Amerikaner die Bilanz des Jahres 1977, des ersten im dritten Jahrhundert der Vereinigten Staaten.

Die Jubiläumsfeierlichkeiten sind schon im vorjährigen Juli abgeklungen. Damals wurde freigiebig für Bedürftige gespendet und nicht minder freigiebig so manches versprochen. Das Fest gehörte allen: den Leuten, die in lichtüberfluteten Bankettsälen feierten, und auch denjenigen, die ihre Cents beim Kauf einer gewöhnlichen Glühbirne siebenmal umdrehten. Im Jubiläumstrubel hatte Amerika seine Probleme für eine Weile vergessen.

Aber das Leben, der Alltag haben für die richtigen Akzente gesorgt. Langsam, aber sicher kehrten alle zur Realität zurück. Die einen zählten wieder die Tage bis zur nächsten Arbeitslosenunterstützung, die anderen machten weitere Millionen. Im Herbst d. J. war die Euphorie aus und wurden die Festrequisiten erst einmal eingemottet.

Wer braucht einen Plastkuli?

Vor kurzem zog die Zeitschrift *U.S. News & World Report* eine vorläufige Bilanz des ersten Jahres nach dem Jubiläum. In der Übersicht „Die Stimmung in Amerika: Unruhe wegen der Zukunft“ heißt es bezeichnenderweise gleich am Anfang: „Die meisten Amerikaner haben keine Gewissheit, sie sind außerstande, die Probleme der Vergangenheit von sich abzuschütteln, und über die Zukunft beunruhigt.“

Diesen Standpunkt der Zeitschrift kann man als Vor- oder auch als Nachwort betrachten. Noch mehr sagten ihren Autoren die von ihnen befragten Amerikaner. Ihre Äußerungen geben ebenfalls Grund zum Nachdenken, besonders wenn man

sich an die Wahlversprechungen der Demokraten erinnert.

Ein Farbfoto zeigt einen rot-backigen, wohlgenährten Farmer aus dem Mittelwesten, stolz eine Handvoll Getreidekörner demonstrierend. Ein Reklamebild. Die Wirklichkeit ist schwarzweiß: „Bei den Silos und in Geschäften drehen sich die Gespräche fast immer um die niedrigen Preise für Agrarerzeugnisse und den ständigen Preisanstieg bei Boden und Landmaschinen.“ Merle Rieks, Farmer aus Iowa, sagt, er habe bei dem kürzlichen Absatz seines Gesamtaufkommens von 15 000 Bushel Mais 30 Cent je Bushel verloren.

30 Cent je Bushel? Der Preis eines Plastkulis. Diese 30 Cent je Bushel kommen anderen zugute, denjenigen, die den Empfang auf ihren Schecks mit einem goldenen Parker quittieren.

Aber sind das wirklich Tatsachen aus dem ersten Jahr des dritten Jahrhunderts? Maxim Gorki schrieb vor vielen Jahren nach seiner Amerika-Reise:

„Ich dachte nach und fragte ihn dann klipp und klar:

„Wie machen Sie Geld?“

„Ja, verstehe“, sagte er und nickte. „Das ist sehr einfach. Ich habe Eisenbahnen. Farmer erzeugen ihre Ware. Ich bringe diese zum Markt. Man rechnet aus, wieviel Geld man dem Farmer belassen muß, damit er nicht hungers stirbt und weiter arbeiten kann, und den Rest nimmt man sich als Beförderungspreis. Sehr einfach.“

In der Tat. Im ersten Jahr des dritten Jahrhunderts erhielt der Farmer für eine Tonne Heu in Minnesota (Mittelwesten) 50 Dollar. Dieselbe Tonne Heu wurde ebenfalls im Mittelwesten, aber in Nebraska, dem Verbraucher für 100 Dollar verkauft. Das Minus zwischen den 100 und den 50 Dollar ergibt das Plus für den Vermittler, den Aufkäufer, den Grossisten, kurz, den Geschäftsmann.

Eine Katastrophe ist, wenn die Erntezeit verregnet ist, wenn gleich



nach Aufkommen der Saat eine Dürre ausbricht. Aber eine Katastrophe ist nach amerikanischen Begriffen auch, wenn die Ernte gut steht. „Wovon werden wir uns in mageren Jahren ernähren, wenn die fetten Jahre so wenig eintragen?“ fragen die Farmer. Heute glauben ihnen ihre Kinder nicht, daß einst ein Haarschnitt beim Frisör 1½ Bushel und der Traktor „John Deere“ 8000 Bushel kostete. Die Kinder kennen nur die neuen Preise: über 2 Bushel fürs Haarschneiden und 14 500 Bushel für den gleichen Traktor.

Merle Rieks wird gesagt: Man dürfe nicht mit einem guten Preis rechnen, da die Ernte gut ausgefallen sei. Den Farmers hat man eingredet: Beim heutigen Überfluß könnten sie nur mit einem Absatzpreis rechnen, der die Hälfte der Gestehungskosten ausmacht.

Wie soll man es einem Amerikaner klarmachen, daß das Brot nicht billiger wird, soviel Weizen er auch erntet?

Die Zukunft, die sie wählen

Ein Pkw-Händler aus Iowa klagt: „Es herrscht ein solches Durcheinander, daß ich heute nicht mal für die nächsten 6 Stunden planen kann.“

In den USA leben aber viele Menschen, die genau wissen, daß sie weder in sechs Stunden noch in sechs Tagen eine Arbeitsstelle haben werden. In diesem Fall hat das vage Durcheinander einen ganz konkreten Namen: Arbeitslosigkeit.

Seit 200 Jahren verspricht das Land seinen Bürgern „gleiche Chancen“ und eine „Prosperität für alle“. Diese Gleichheit bedeutet, daß der Schuhputzer die Chance hat, Millionär zu werden, der Millionär aber, Schuhe auf der Straße zu putzen.

Keine Arbeit zu haben ist ein Makel. Das Vorhandensein der Arbeitslosen spaltet Amerika in zwei ungleiche Teile.

Die Zeitschrift zitiert Ann Albert, die Gattin eines Geschäftsmanns aus Florida:

„Unter den ehrbaren Arbeitnehmern besteht die Meinung, daß wir Steuern zahlen, um Tagediebe zu unterhalten.“

Tagediebe sind für Mrs. Albert die Menschen, die keine Arbeit finden können und deshalb vom Arbeitslosengeld leben müssen.

Dieser Antagonismus läßt sich übrigens sehr wohl aus der Welt schaffen, ohne daß man auch nur einem einzigen der „Überschüssigen“ Arbeit gibt: durch einen Federstrich. Seinerzeit wurde der Arbeitslosigkeitsstand von 2% als „annehmbar“ erklärt. Der Wirtschaftsrat Präsident Kennedys nannte 1962 eine Arbeitslosigkeit von 4% „Vollbeschäftigung“. Die Administration Gerald Fords bestimmte die „Vollbeschäftigung“ 1976 als eine Arbeitslosigkeit von 5–6%. Heute geht man im Weißen Haus von 5% aus, und im Kongreß steht ein Gesetzentwurf von Humphrey–Hawkins zur Debatte, der den Stand der Arbeitslosigkeit auf 4% senken soll, und zwar in den nächsten 5 Jahren. Durch leichte Zahlenkorrekturen kann Amerika jederzeit ein akutes Problem loswerden. Auch in seinem dritten Jahrhundert.

Die ehrbaren Arbeitnehmer Amerikas beunruhigt das leidige Problem des zweiten wie auch des dritten Jahrhunderts: die Inflation. Wie die Zeitschrift schreibt, gibt eine Einwohnerin von Wilmington (Delaware), Mutter von fünf Kindern, immer mehr Geld für einen immer kleineren Einkaufskorb aus. „Sie sagt voraus, daß viele Familien sehr bald ein Bankdarlehen aufnehmen müssen, nur um sich zu ernähren.“

Der Zusammenbruch feierlicher Versprechungen und „solider“ Prognosen hat einige verbittert, den meisten aber Mißtrauen anerzogen. Mißtrauen ist neuerdings ein Patentmittel gegen die Unbilden des Lebens. Es erleichtert dieses nicht, erlaubt aber, die fälligen Mißerfolge der Administration in der Innenpolitik ruhiger hinzunehmen. Die Zeitschrift faßt zusammen: „Viele Menschen sind davon überzeugt, daß der Präsident ihr Leben nicht zum Besseren verändern wird bzw. verändern kann.“

Mit einem solchen Mißtrauen gegen die Administration bleibt den Amerikanern wohl nur noch, auf Gott zu bauen oder, besser, auf sich selbst.

Das tun sie auch. Sie glauben, daß eine Energiekrise besteht, wenn auch nicht alle, und haben sich in die höheren Brennstoffpreise gefügt. Da sagt doch ein Texaner den Journalisten ganz einfach:

„An Energie mangelt es nicht. Viele meiner Verwandten sind in Erdölraffinerien und Chemiebetrieben beschäftigt, und sie sagen das auch.“

Naja, die unbändigen Texaner! In Indiana aber ist der Lehrer Don Thomson dabei, seine Ersparnisse nicht in Geld, sondern in Energieeinheiten zu messen.

Und in Vermont ging selbst ein Polizist aus sich heraus, wobei er übrigens ein erstaunliches ökonomisches Wissen an den Tag legte:

„Es ist sehr befremdend, wenn die Behörden zuerst zum sparsamen Energieverbrauch auffordern und dann die Energie höher besteuern, weil die Sparsamkeit die Gewinne senkt.“

Der Ordnungshüter ist berufen, seine Mitbürger, auch Mrs. Albert, vor Verbrechern zu schützen. Im Vergleich mit den Monopolen entwenden die Verbrecher den Amerikanern eine Bagatelle. Das geht die Polizei jedoch nichts an. In Georgia, der Heimat des Präsidenten, kommt ein 27jähriger Steinmetz zu folgender trauriger Bilanz:

„Die Preise erhöhen sich täglich, die Löhne nicht.“

Keine Justiz würde hier den Tatbestand eines Verbrechens entdecken.

Moral en gros und en détail

In Detroit, dem Verbrecherdorado der USA, fand eine Woche lang kein einziger Mord statt. Eine Sensation für ganz Amerika! Am achten Tag ging die Sensation gleichzeitig mit dem nächsten Opfer ein.

Die Kriminalität selbst ist keine Sensation mehr. Und doch mußten die Autoren der Übersicht in der U.S. News & World Report darauf eingehen: Die Kriminalität wächst neuerdings nicht nur in Chicago, New York oder Detroit, sondern auch in patriarchalischen Kleinstädten, wo jeder jeden kennt und grüßt.

„Ein Problem, das sich früher mit dem Leben in Kleinstädten nicht assoziierte, ist die Jugendkriminalität“, schreibt die Zeitschrift. Sie führt die Worte des Oberschülers John Harvey aus Wisconsin an:

„Die Jungs zerstechen Autoreifen, knacken Schlösser, schmeißen mit Eßresten nacheinander und

prügeln sich in einem fort. Kinder hassen einander.“

Die USA haben die Mafia, die organisierten bewaffneten Gangs und die unorganisierten Banden nicht im zweiten Jahrhundert zurückgelassen.

Doyle Hamm, ein 25jähriger Arbeiter aus Mississippi, meint:

„Ich glaube, man müßte die Gefangenisse ausbauen..“

Das Traurigste: Es ist ihm gar nicht nach Spaß zumute.

Beim Anbruch ihres dritten Jahrhunderts sehnen sich die Amerikaner, wie es scheint, immer mehr nach den eingebüßten moralischen Werten der guten alten Zeit zurück. Die meisten von ihnen haben die bestehenden Morallnormen viel zu leicht sein lassen — zugunsten einer zweifelhaften Unterhaltungsbranche, die ihnen eifertige „men of action“ zur Verfügung stellt. In einer Alles-ist-erlaubt-Atmosphäre wird ohne Hemmungen mit Pornographie und Liebe gehandelt. En gros und en détail, zu jeder Tages- und Nachtzeit. Das Kino macht eifrig mit, denn was Profit bringt, ist moralisch.

Aber die Sehnsucht nach den einfachen menschlichen Gefühlen bleibt. Und so standen die Amerikaner Schlange zur „Love Story“.

In den ersten drei Monaten sahen 17 Millionen Amerikaner den Film. Vier Tage nach Filmlauf in den USA hatte er 2 Mio Dollar über die Produktionskosten gebracht, später weitere Millionen.

Wenn die Amerikaner die schüchternen Versuche, die verschollenen moralischen Werte wieder zu beleben, mit Dollars bezahlen müssen, so sind es die geringsten Opfer.

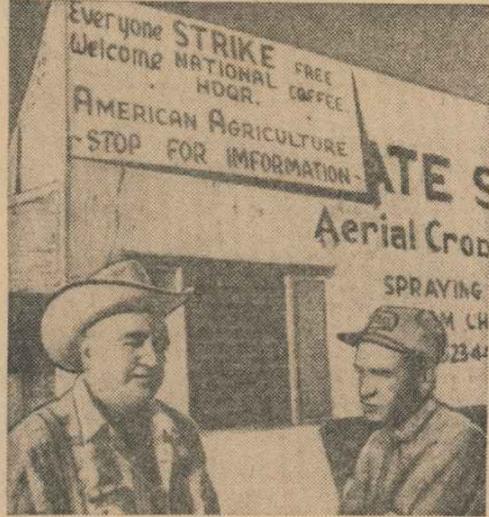
Die „Love Story“ ist ein Sujet aus dem zweiten Jahrhundert. Heute erklärt der Geschäftsmann Lou Weinberg aus Tennessee:

„Es sieht so aus, als wollten gewisse Leute die Amoralität predigen. Das ist für unsere Jugend sehr schlecht. Das führt zu Verbrechen, Ehescheidungen und Unglück.“

An der „Love Story“ wirkten gute Schauspieler mit, die Kritik lobte die Regie und das Drehbuch. Ein weiterer Film, der die Amerikaner erschüttert hat, „Eine amerikanische Familie“, ist ein Dokumentarstreifen.

Sieben Monate verfolgten zwei Kameraleute jeden Schritt einer kalifornischen Familie aus Santa Barbara. Nach der Konzeption des Regisseurs Gilbert Craig sollten Bill und Pat Loud mit ihren fünf Kin-

dern als typisch amerikanische Familie auf den Film gebannt werden. Die 12 einstündigen Folgen, die im Fernsehen liefen, haben alle anderen Sendungen an die Wand gespielt. Der Amerikaner, der seine Freizeit vorwiegend vor dem Bildschirm verbringt, war frappiert: So typisch und so verständlich schien ihm die Geschichte der Louds. Diese gehören, wie die Kritik schreibt, der „höheren Mittelklasse“ an. Hierzu werden automatisch alle gerechnet, die einen Wagen, ein Haus mit Swimmingpool und allem übrigen Zubehör einer „präsentablen Familie“ besitzen. Pat Loud braucht nicht einen Beruf auszuüben. Ihre



Am 14. Dezember veranstalteten die Farmer der USA Manifestationen im ganzen Land. Sie forderten höhere Ankaufspreise für Agrarprodukte. Bild: Ein Farmer mit seinem Sohn vor dem Sitz der Streikleitung.

Aus „Daily World“ (USA)

Einstellung zu den Menschen formt sich nach dem weitverbreiteten Prinzip: „Es kommt vor allem darauf an, wie einer aussieht, ob er sich mit Anstand zu benehmen weiß und was er hat.“ Steht es um den letzteren Punkt nicht gut, dann hat einer wenig Chancen, Pats Gesellschaft zu genießen.

Eine sehr genaue Charakteristik Pats als Mutter ist eine Episode mit ihrem Sohn, dem 20jährigen Lance. Er wohnt mit den Seinen nicht zusammen, vielmehr im New Yorker Hotel Chelsea, wo er unter Rauschgiftsüchtige und Taschendiebe gerät. Als die Mutter ihn besucht, erfährt sie das. Voll Zorn schimpft sie mit ihm — weil er an einer Demonstration gegen den Versuch des

Pentagon teilnehmen wollte, die Veröffentlichung von Geheimdokumenten zu verbieten.

Auch der 50jährige Geschäftsmann Bill Loud bewegt das Drama seines Sohnes nicht sonderlich. Lance gehört für ihn nicht mehr zur Familie. Allerdings hat er noch vier Kinder. Die „liebt“ er. Den 18jährigen Kevin schickt er zusammen mit einem seiner Angestellten auf eine Dienstreise nach Thailand und Australien. Und nun bewundern alle die Briefe des Jungen. Alles, was er gesehen hat, findet er „sympathisch“ (das Wort kann er übrigens nicht richtig schreiben).

Sympathisch? Kevin hat die Fernsehteilnehmer dadurch erschüttert, daß er ein typischer amerikanischer Boy ist. In der Schule bekam er einen Hausaufsatz von 300 Worten über Hamlet aufgegeben. Der 18jährige Amerikaner konnte sich eine Woche lang keine einzige Zeile abringen.

Der 17jährige Grant Loud träumt von der Laufbahn eines Stars der Pop Music, ja er leitet eine Musikergruppe, ohne sich darauf zu verstehen, ohne die Proben durchhalten zu können. Alles, was ein Amerikaner seines Alters nicht mag, ist ihm auch zuwider. In der Schule kann er nicht sagen, was eine Tragödie ist, und der Gedanke drängt sich auf, daß er in einem Jahr ebenso wenig wie sein Bruder jemanden durch seinen

Aufsatz über Shakespeare in Erstaunen setzen wird. Alles, was er will, ist ein bißchen Musik und viel, viel TV.

Die 15jährige Dalilah ist anders, nämlich tanzwütig. Wenn sie nicht gerade beim Tanzen ist, findet man sie bestimmt vor dem Spiegel, beim Anprobieren.

Die Hoffnung besteht noch in Gestalt der Jüngsten, der 13jährigen Michelle, die noch nicht die Zeit gehabt hat, „typische Amerikanerin“ zu werden. Aber später?

Alles gleitet an der Familie Loud ab. Der Vietnamkrieg hat sie auf keinerlei Weise berührt, es sei denn im Fernsehprogramm. Preiserhöhung? Sie können es sich leisten, solche Dinge nicht weiter zu beach-

ten. Die Zeit hat sie geschont und an der Muschel ihrer kleinen Spielerwelt keine Kratzer hinterlassen. Sie haben ja so gern alles übernommen, was bis zum Geht-nicht-mehr amerikanisch ist: Der eine Sohn ist süchtig, der andere denkfaul und glaubt, man habe es nicht nötig, zu arbeiten, wenn Vater da ist. Der dritte Sohn ist nicht weit von ihm entfernt.

Das Dramatischste für die Louds kam am Ende der Dreharbeiten: Ihre Ehe ging in die Brüche. Der Regisseur zeigt, wie sich so etwas bei diesen oder auch anderen Louds abspielt. Bill kommt von einer Geschäftsreise zurück und führt seine Frau in eine Bar aus. Zwischen zwei Cocktails teilt Pat ihm ihren Wunsch mit, die Ehe aufzulösen. Bill steht auf, geht mit seinem Office telefonieren und kehrt an den Tisch zurück. Er blickt Pat an und fragt nur: „Ich brauche dann die Koffer wohl nicht erst auszupacken?“

Nein, er braucht es nicht. Die Scheidung vollzieht sich ebenfalls durchaus amerikanisch. Und ebenso amerikanisch „befaßt sich“ Bill nach der Scheidung mit „Politik“. Er sitzt am Rande eines Swimmingpools mit zwei käuflichen Damen und klagt über einen Hafenarbeiterstreik, der seinem Business schaden könnte. Denselben Personen erzählt er des langen und breiten von seinen besten Gefühlen für seine Gattin...

Die „Amerikanische Familie“ ist im zweiten Jahrhundert geblieben. Jetzt ist eine neue Form des Familienlebens „in“. Der Mann und die Frau sehen sich in den fünf Arbeitstagen nicht, wohnen jeder für sich und verbringen nur das Weekend miteinander.

* * *

Die U.S. New & World Report schließt ihre Übersicht mit den Worten Ruth Sangers aus Kalifornien:

„Ich blicke doch optimistisch in die Zukunft... Wir halten uns noch... Die Kinder lächeln...“

Menschen, die sich auch in schwierigen Zeiten nicht vom Pessimismus anstecken lassen, verdienen stets Achtung. Aber die Rede ist von folgendem: Nun ist das Land in sein drittes Jahrhundert getreten. Kann es sich als volljährig betrachten, wenn seine Einwohner sagen:

„Die Menschen handeln so, als warteten sie auf etwas, ohne zu wissen, worauf.“

Im Geiste Radamas II.

Eduard ROSENTAL

Wir saßen am Mittagstisch. Die Kinder von Clarisse trugen eine Schüssel mit Gemüse und dem obligaten madagassischen Reis mit diversen Gewürzen und Soßen hinein.

Clarisse war geduldig, immer wieder versuchte sie, mir die richtige Aussprache ihres Nachnamens beizubringen.

„Ist ja gar nicht schwierig.“ Und dann sagte sie gedehnt, fast singend: „Andriamampandry Ratsifandrihamana.“

Clarisse ist Mitglied der Madagassischen Akademie, bekannte Schriftstellerin. Übersetzungen ihrer Werke wurden auch in der Sowjetunion gedruckt. Sie wird in der Gesellschaft hoch geachtet.

„Ja, heute“, sagt sie mit einem etwas bitteren Lächeln. „Aber vor nicht allzulanger Zeit, während des Kolonialismus, schimpfte uns die Direktorin des Lyzeums, eine Französin, schmutzige Madagassen und eine Nation von Schweinen. Und unter dem neokolonialistischen Regime Tsiranana fragte mich ein Beamter, als ich zu einem Puschkin-Jubiläum in die Sowjetunion eingeladen wurde, ob Puschkin Lenin sei.“

Heute heißt eine der zentralen Straßen in der Hauptstadt nach Lenin. Clarisse nickt mit dem Kopf: „Ja, aber vorher gab es den März 1947, den Mai 1972 und den Februar 1975.“

Kleine Rückschau

Im März 1947 provozierten die Franzosen, die spürten, daß sich ihre Herrschaft auf Madagaskar ihrem Ende nähert, blutige Zusammenstöße. Das Volk erhob sich, der Aufstand erfaßte den ganzen Osten des Landes bis zur Hauptstadt. Er wurde gewaltsam unterdrückt.

Aus der Stadt Moramanga (150 km östlich von Tananarive) begleitete man uns in den nahegelegenen Wald. Eukalypten auf der rötlichen Lateriterde, am Waldrand eine kleine Erhöhung, darauf ein Stock mit dem Totem, den Hörnern des Opferstiers. Einer unserer Begleiter, ein Mitglied der örtlichen Parteileitung, umschrieb mit der Hand einen weiten Kreis:

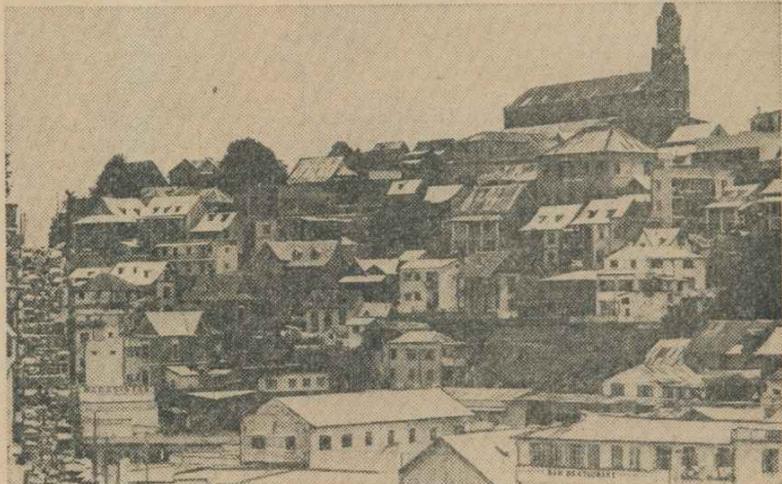
„Hier liegen 10 000 erschossene Madagassen. Man braucht hier nicht erst tief zu graben, um auf menschliche Gebeine zu stoßen. Zehntausend! Die ganze Bevölkerung von Moramanga betrug damals 20 000. Später wurden an dieser Stelle Eukalypten gepflanzt.“

Trotzdem gewährte Frankreich der Insel 13 Jahre danach die Unabhängigkeit. Gerade damals ließ die Regierung Tsiranana das Massen-

Hier wurde im Februar 1975 der Präsident des Landes Oberst Ratsimandrava ermordet, der die Wende zu demokratischen Regierungsformen verkündet hatte.

Schon am Tag darauf wurde der Putschversuch der Tsiranana-Anhänger unterdrückt. Beim Gerichtsprozeß stellte sich heraus, daß die Verschwörer von der französischen Companie Marcellaise finanziell unterstützt worden waren. Ein „Zufall“ wollte, daß das Haus, in dem alle Prozeßdokumente aufbewahrt wurden, eines Nachts abbrannte.

Die Indizien waren weg, aber die Hauptfigur des Verbrechens war bekannt: der Neokolonialismus. Der neue Präsident, Didier Ratsiraka, führte den Kurs seines Vorgängers



Blick auf Tananarive, die Hauptstadt der Demokratischen Republik Madagaskar

grab bei Moramanga mit Eukalypten überpflanzen. Sie hatte es eilig und zahlte für jeden neuen Baum einen halben Franc.

Die Eukalypten wuchsen rasch, aber noch rascher sank das Ansehen des neokolonialistischen Regimes. Dieses war viel zu eng mit den Verbrechen der Kolonialherren verbunden. Zudem hatte Madagaskar als Lohn für seine Unabhängigkeit knechtende Abkommen unterzeichneten müssen, nach denen Frankreich zahlreiche Vergünstigungen und Garantien für seine Firmen erhielt.

Im Mai 1972 begingen die madagassischen Führer selbst ein blutiges Verbrechen: Sie ließen eine Demonstration von Studenten und Arbeitslosen auf dem Platz vor dem Rathaus in Tananarive mit MG zusammenschießen. Das war der letzte Tropfen. Tsiranana wurde gestürzt. Aber die Neokolonialisten gaben ihre Pläne keineswegs auf.

An einer Kreuzung im Zentrum von Tananarive steht ein Obelisk,

fort und forderte den Neokolonialismus entschieden heraus. Im Jahre 1976 wurden die größten ausländischen Unternehmen, darunter die Companie Marcellaise, Banken, Versicherungsgesellschaften und Lichtspielhäuser, verstaatlicht. Vorher traten Volkskomitees an die Stelle von Präfekturen, die administrativ-politische Einheiten vom kolonialen Typ waren.

Meine zwei Kollegen und ich waren mehrmals Zeugen heftiger Auseinandersetzungen zwischen Vertretern der Volksmacht und den Anhängern des Kapitalismus und Neokolonialismus. Als wir in der Stadt Ambatondrazaka als erste Sowjetbürger Vorträge hielten, konnten wir sehen, wie die Zuhörer buchstäblich jedes Wort verschlängen. Sie stellten zahlreiche Fragen nach den Erfahrungen der UdSSR,

nach dem wissenschaftlichen Sozialismus. Mir fiel eine junge Frau auf, die, obwohl ihr Baby mit ihr war, sich eifrig Notizen zum Vortrag machte. An der hauptstädtischen Universität aber schrie ein wohlgenährter Bursche (Student oder Aspirant?) aus den Hinterreihen: „Und doch wird es auf Madagaskar nie einen Sozialismus geben!“

Wir wurden in ein Dorf eingeladen, wo es weder Elektrizität noch Wasserleitung gibt. Dort unterhielten wir uns beim Licht von Gaslaternen mit Bauern, die uns wie Freunde empfingen. Von einer Reise nach dem Seebad Nossi-Bé aber wurde uns abgeraten: Man könne die Sicherheit der Sowjetbürger nicht garantieren. Franzosen dagegen brauchen um ihre Sicherheit im Städchen nicht zu bangen.

Die heutigen Franzosen auf Madagaskar stellen sich anders an als diejenigen, die vor 30 Jahren madagassische Dörfer niederbrannten und ihre Einwohner mit MG erschossen. In der Unabhängigkeits-Avenue, der Hauptstraße von Tananarive, steht das schöne Haus des nach Albert Camus benannten Kulturzentrums. Das ist eines der 1200 in der ganzen Welt bestehenden ähnlichen Kulturzentren, die von der Generaldirektion für kulturelle, wissenschaftliche und technische Probleme beim französischen Außenministerium verwaltet werden. Mich interessiert die französische Kultur, und so stattete ich dem Zentrum einen Besuch ab. Er war aufschlußreich, aber eher in dem Sinne, was sich unter dem Aushängeschild Kultur alles veranstalten läßt.

Kultur! Ideologie!

Eine große Bibliothek, Metallställen mit Bezeichnungen der Fachabteilungen darauf: „Flora“, „Fauna“, „Sitten und Gebräuche“, „Archäologie“... Stände mit politischer Literatur, Rubriken: „Demokratische Regimes“, „Totalitäre Regimes“. Der Stand „Totalitäre Regimes“ gilt den sozialistischen Ländern. Hier finden sich antikommunistische Schmähblätter des Pariser Soziologen Raymond Aron, das Geschreibsel von Solzhenizyn u. a.

Im Lesesaal nebenan liegen Stöße von Periodika aus. Hier die Comics-Hefte *Pilote*. Das Motto der Ausgabe lautet: „Unterhaltend zum Nachdenken anhalten.“ Ich blättere

darin: Kriege mit Wesen von anderen Planeten, Abenteuer von Supermen, die mit Laserstrahlen um sich streuen, Bilder aus der Prähistorie mit Flugsauriern und Affenmenschen, Erotisches und wiederum Politisches. Beispielsweise die Bilderfolgen über einen Besuch des Präsidenten von Frankreich in Moskau. Die Sowjetunion und ihre Menschen sind da gelinde gesagt unscheinbar dargestellt. Bedenklich — wie auch die im Zentrum durchaus vertretenen NATO-Publikationen, die nicht etwa in Frankreich, sondern in Brüssel herausgegeben werden.

Da liegt in einem grauen Umschlag und unbildert die Pariser Zeitschrift *L'Est européen* (Europäischer Osten). Die Rückseite des Umschlags weist in jedem Heft eine Landkarte Osteuropas auf. Eine recht merkwürdige Karte: Anstelle der Sowjetunion zeigt sie Rußland, die Ukraine, Kasachstan, Litauen und andere Sowjetrepubliken, wobei sich die punktierte Grenze zwischen Rußland und der Ukraine in nichts von der z. B. zwischen Aserbaidschan und Iran unterscheidet.

Ich nehme ein Heft in die Hand. Auf Seite 15 bringt die Redaktion einen Brief ukrainischer Nationalisten an den UNO-Generalsekretär mit der Bitte, bei der Bildung einer „selbständigen Ukraine“ zu helfen. Daneben prangt ein Aufruf an die in der UdSSR lebenden Litauer, gegen die Sowjetmacht zu kämpfen.

So entpuppt sich die Pariser Zeitschrift als ein Emigrantenblatt, dessen Artikel, wie die Redaktion schreibt, „für weiteste Verbreitung bestimmt sind“.

Auch sonst ist das Angebot aufschlußreich. Ein *Express*-Heft mit einer roten Bauchbinde, die eine Warnung vor den „Russenplänen in Afrika“ trägt. Eine Nummer von *Paris-Match* ist „zufällig“ auf einer Seite aufgeschlagen, wo von der „russischen Gefahr“ die Rede ist.

Unterhaltung mit dem Direktor

Ich stieg einen Stock höher und fand die Tür mit dem Schild „Direktor“. Christian Assanté war etwas befremdet: Ich kam ja unangemeldet. Doch blieb er äußerst liebenswürdig.

„Sie interessieren sich also für Madagaskar? Oh, das ist eine sehr, sehr bemerkenswerte Insel. Nicht Afrika und nicht Asien, vielmehr

etwas völlig Eigenständiges und noch kaum Erforschtes.“

„Eigentlich wollte ich, wenn erlaubt, wissen, womit sich das französische Kulturzentrum auf Madagaskar beschäftigt.“

„Aber ich bitte Sie. Wir wirken eher im Geiste der Prinzipien von König Radama II. als von Königin Ranavalona I. Demnach im Geiste der Weltoffenheit. Sie kennen sicherlich die Geschichte von Madagaskar?...“

Am Vortag hatten wir gerade den Palast der Königin, heute ein Museum, besucht und dort die Bilder der ehemaligen Herrscher der Insel gesehen. Die meisten saßen den Männern in den weiten, pittoresken Gewändern der Madagassen. Eine Ausnahme war Radama II. In hohen Reitstiefeln, einer enganliegenden weißen Hose, mit Degen und Dreispitz in den Händen glich er eher einem französischen Marschall als einem König von Madagaskar. Die Politik Radamas II. entsprach denn auch seinem Äußeren. Er bestieg den Thron 1861, nach Königin Ranavalona, die alle europäischen Berater und Missionare von der Insel ausgewiesen hatte, und gewährte den Franzosen — stark zum Nachteil für die nationalen Interessen — volle Handelsfreiheit und Freizügigkeit.

Herr Assanté mußte meine Gedanken erraten haben.

„Ich sehe in der Verbreitung der französischen Kultur nichts Schlechtes.“

Da fragte ich geradeheraus:

„Sie verbreiten also die Kultur. Und wie ist es mit Politik?“ Diesmal antwortete mein Gesprächspartner ausweichend:

„Je nachdem, was Sie Politik nennen. Nach meiner Ansicht ist alles in der Welt Politik.“

„Und mit der Ideologie?“

„Also das entschieden nicht.“

„Wie erklärt sich dann, daß in Ihrem Zentrum Publikationen wie *L'Est européen* ausliegen?“

Herr Assanté legte die Stirn in Falten:

„Wie bitte? Ist es eine französische Ausgabe?“

„Nein, eine von Emigranten, dazu eine antisowjetische und in keinem Zusammenhang mit Kultur stehende.“

„Verzeihung, davon wußte ich nichts. Wahrscheinlich schicken sie uns das Heft aus eigener Initiative.“

„Wenn wir Ihnen aus Moskau sowjetische Ausgaben schicken, würden sie genau so frei herumliegen.“

„Verzeihung, auf diese Frage bin ich nicht vorbereitet, das entzieht sich meiner Kenntnis.“

Vor der Abreise kam ich wieder, ins Albert-Camus-Zentrum. Die Sekretärin teilte mit, der Herr Direktor sei nicht da. Die Hefte im grauen Umschlag lagen an ihrer alten Stelle.

Schon nach meiner Rückkehr las ich in Moskau im Pariser *Monde* einen Artikel, in dem der Autor „das neue revolutionäre Wort“ auf Madagaskar daraus erklärt, daß seine Einwohner „für den Romanismus so empfänglich“ seien. Die politische Atmosphäre im Lande kennzeichnet er als „äußerlich passiv“ und „so sehr abwartend“.

Das stimmt, es gibt auf Madagaskar Leute, die abwarten und auf die Rückkehr des Alten hoffen. Aber sie warten nicht nur ab, sie versuchen auch, die öffentliche Meinung gegen die Revolution aufzubringen. Das haben wir trotz unseres nur einmonatigen Aufenthalts ebenfalls bemerkt. Das sehen selbstverständlich auch die Führer des Landes. Es wäre ja verwunderlich, wenn sich die Feinde der madagassischen Revolution mit ihr abgefunden hätten.

„Wir treffen radikale Maßnahmen, um die feudalen sowie die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und Denkgewohnheiten von Grund auf zu verändern“, sagte Präsident Ratsiraka. „Wir wollen eine neue Gesellschaft errichten. Deshalb stehen wir unvermeidlich auf den Widerstand der Leute, die früher über uns herrschten. Ihre Reaktion ist durchaus natürlich und war vorauszusehen. Sie ist, wenn Sie wollen, ein Ausdruck des Widerspruchs zwischen dem Imperialismus und uns.“

Die Führer der madagassischen Revolution wissen sehr wohl, woher die Gefahr kommt. Die Führung des Landes kennt auch ein sicheres Mittel, um sie zu neutralisieren: Aufklärung der werktätigen Massen, ihre Heranführung an die Politik, ihre Einbeziehung in die Leitung der staatlichen Angelegenheiten. Ein Berater des Präsidenten sagte mir: „Wenn wir all das schaffen, können Sie sicher sein: Eine Rückkehr zum Alten wird es nicht geben.“

Tananarive—Moskau

UNSERE RUSSISCH-SEITE

Lektion 12

WÖRTER UND WORTVERBINDUNGEN

ядерное оружие —

испытание оружия —

иметь первостепенное значение —

политическая

военная разрядка —

ядерная

явиться предметом обсуждения —

продвинуть вперед решение вопроса —

привести к завершению (что-либо) —

объявить мораторий на ядерные

взрывы —

по достоинству оценить (что-либо) —

расчистить путь (к чему-либо) —

die Kernwaffe

der Waffentest

erstrangige Bedeutung haben

die politische

die militärische Entspannung

die nukleare

Gegenstand der Debatte sein

die Lösung eines Problems voranbringen

zum Abschluß bringen

ein Moratorium auf Kernexplosion erklären

nach Gebühr würdigen

den Weg ebnen

Übung 1: Übersetzen Sie folgenden Text:

Полное прекращение испытаний ядерного оружия относится к числу проблем, решение которых имеет первостепенное значение для политической и военной разрядки. В более узком значении слова — и для ядерной. Этот вопрос является предметом обсуждения на Генеральной Ассамблее ООН, в Комитете по разоружению, на проходящих в Женеве переговорах между СССР, США и Великобританией.

Стремясь продвинуть вперед решение этой проблемы и привести нынешние переговоры к успешному завершению, Л. И. Брежnev 2 ноября заявил о готовности Советского Союза договориться о том, чтобы наряду с запрещением на определенный срок всех испытаний ядерного оружия был объявлен мораторий на ядерные взрывы в мирных целях. «Мы надеемся, — подчеркнул Л. И. Брежнев, — что этот важный шаг СССР будет по достоинству оценен нашими партнерами на переговорах и, таким образом, будет расчищен путь к заключению договора, которого давно уже ждут народы».

Эта инициатива с одобрением встречена в ООН. Ее приветствуют мировая общественность, политические и государственные деятели разных стран как новое важное подтверждение приоритета задачи прекращения гонки ядерных вооружений.

Übung 2: Finden Sie im Text a) Antonyme und b) Synonyme zu folgenden Wörtern:

- в широком смысле слова; затормозить решение вопроса; осудить предложение; иметь второстепенное значение;
- открыть путь к заключению договора; прийти к соглашению по вопросу о ядерных испытаниях; одобрить инициативу.

Übung 3: Übersetzen Sie folgende Sätze ins Russische:

1. In der Vollversammlung der UNO wurde wiederholt über die Frage eines Verbots der Kernwaffenteste debattiert.
2. Die Lösung des Problems der Atomenergienutzung zu friedlichen Zwecken wurde vorangebracht.
3. Der Vertrag der UdSSR und der USA über die Einschränkung der unferidischen Kernwaffenteste ist von der Weltöffentlichkeit nach Gebühr gewürdigt worden.
4. Die neue Initiative der UdSSR ebnet den Weg zum Abschluß eines Vertrags.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Ich bin kein Militarist, glaube auch nicht, daß das Wettrüsten für den Frieden förderlich ist. Und doch hat es meiner Meinung nach auch seine positiven Seiten, indem es z. B. Probleme der Beschäftigung lösen hilft. Vor kurzem konnte ich mich wieder einmal davon überzeugen, als drei Bekannte von mir ihre Arbeit verloren, weil der Bau von B-1-Bombern eingeschränkt wurde.

James MELMAN
Kalifornien, USA



Es diskutiert

NZ-Kommentator

Wjatscheslaw

BOIKOW

Es stimmt, Herr Melman, in der ganzen Welt sind Millionen Menschen in Rüstungsbetrieben beschäftigt. Aber bedeutet das, daß das Wettrüsten das Beschäftigungsproblem lösen hilft? Viele Wirtschaftsexperten, Politiker und Journalisten im Westen bejähnen das, ja sie erklären die Militarisierung der Wirtschaft für das Allheilmittel gegen Arbeitslosigkeit und Krisen, für ein Stimulus der wirtschaftlichen Prosperität. Wir wollen diese Behauptungen unter die Lupe nehmen.

Der US-Presse zufolge sind in der Rüstungsindustrie der USA direkt oder indirekt ca. 2,5 Millionen Personen beschäftigt. Das sind nicht einmal 3% aller Arbeitenden. Folglich hat die Rüstungsproduktion nur einen unbedeutenden Einfluß auf die Beschäftigung. Mehr noch, diese sinkt fortwährend. In den letzten 10 Jahren stieg der Militärauftrag der USA um 50%, die Zahl der Arbeitsstellen aber, die in Abhängigkeit von Pentagon-Aufträgen stehen, sank im gleichen Verhältnis.

Vielleicht trägt die zunehmende Anzahl von Raketen, Panzern, Flugzeugen und Schiffen zum Wirtschaftswachstum bei? Nein, Herr Melman, Fakten besagen das Gegenteil. In der Nachkriegszeit war ein höheres Entwicklungstempo der Wirtschaft in der Regel in jenen kapitalistischen Ländern festzustellen, in denen die Militärausgaben relativ

niedrig waren (BRD, Japan). Somit garantiert die Militarisierung der Wirtschaft den Amerikanern weder Arbeitsstellen noch eine Prosperität. Befrachten wir den Fall der B-1-Bomber, den Sie erwähnen. Nach Angaben der Gewerkschaftszeitung U.E. News hätte jede der für die Verwirklichung dieses Programms verausgabten Milliarden Dollar 58 500 Personen für ein Jahr Arbeitsstellen sichern können. Würde man diese Milliarde für die Entwicklung des öffentlichen Verkehrs verwenden, stiege die Zahl der Beschäftigten auf 85 000, im Falle des Bildungswesens wären das zusätzliche 118 000 Arbeitsstellen. Folglich nimmt jede Milliarde Dollar für das Pentagon 30 000—60 000 Amerikanern die Arbeit. Ich kann Ihre Sorge, Herr Melman, um das Schicksal Ihrer Bekannten nachfühlen. Aber daran, daß in Ihrem Land die Arbeitslosigkeit zunimmt, ist nicht der Ab-, sondern der Ausbau von Militärprogrammen schuld.

Das Wettrüsten hat auch andere negative Folgen. Es treibt die Steuern und die Inflation in die Höhe, vergrößert das Defizit des Staatshaushaltes; gigantische Summen, die man für die Lösung vieler lebenswichtiger Probleme verwenden könnte, sind zweckenfremdet. Kein einziges Land, auch nicht die reichste Großmacht der kapitalistischen Welt, kann sich sowohl Kanonen als auch Butter leisten. Folglich werden die Rüstungen auf Kosten von Wohn- und Krankenhäusern, auf Kosten von Bildungswesen und Sozialfürsorge produziert. Die Menschheit könnte in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht mit Siebenmeilenschritten vorankommen, wenn alle Mittel, die heute der Militärbereich verschlingt, zu Aufbauzwecken verwendet würden. Ein Atom-U-Boot vom Typ „Trident“ kostet soviel wie 240 moderne Krankenhäuser zu je 5 Mio Dollar. Die Kosten eines modernen US-Bombers sind ungefähr ebenso groß wie das Jahresgehalt von 250 000 Lehrern.

Das Wettrüsten kann dem Kapitalismus nicht helfen, den verwunschenen Kreis der wirtschaftlichen Erschütterungen zu durchbrechen, es verschlimmert sie nur noch.

NZ

POST

Die „Friedensapostel“ im Westen rufen immer nachdrücklicher zur Entwicklung neuer Waffen auf. Die Absicht der USA-Führung, die Neutronenbombe zu bauen, ist um so erschreckender, als die neuere Geschichte bewiesen hat, daß das militärische Gleichgewicht durch solche Entwicklungen nicht verändert werden konnte. Die einzige Folge war und ist nur eine neue Runde des Wettrüstens.

Bitte betrachten Sie diesen Brief als Beitrag zum Kampf gegen die Neutronenbombe.

Adrian EUGSTER
Unterkulm, Schweiz

Seit Jahren schöpfe ich aus der NZ zuverlässige Informationen und Kommentare zu den wichtigsten weltpolitischen Ereignissen. Besonders überzeugend finde ich den Artikel G. Smirnows „Im gemeinsamen Kampf zum gemeinsamen Ziel“ und den Artikel G. Stachs „Neue Friedensinitiative“ in Heft 40. Sie sind so gut argumentiert, daß sie mir bei der ideologischen Aufklärungsarbeit in unserer Jugendorganisation gute Dienste erweisen.

Franciszek WIEJA
Zimnice Wielkie, Polen

Die Art und Weise, wie die israelische Soldateska mit den Arabern auf den von Israel okkupierten arabischen Territorien umspringt, ist empörend. Man weiß, wie bestialisch die Hitlerfaschisten die Juden behandelten. Und nun tun die israelischen Behörden etwas Ähnliches mit Arabern. Die UNO muß die israelischen Aggressoren zwingen, die Beschlüsse des Sicherheitsrates zu befolgen.

T. WITWIZKI
Dikson, Region Krasnojarsk

Der Artikel „Philippinen: Keine Ruhe im Süden“ von W. Grigorowitsch (Nr. 24) behandelt das Thema objektiv. Der Autor kennt sich in den Realien aus. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie auch andere Artikel über unser Land brächten.

Von großem Wert ist der Wortlaut der Verfassung der UdSSR, der einem der NZ-Hefte beilag.

Henry SANTOS,
Präsident von Philippine
Communications, Electronics
& Electricity Workers Federation
Manila, Philippinen

PS

Stellenangebote für Spione

Viele Australier schlagen in einer Zeitung zuerst die Stellenangebote auf. Das ist nicht erstaunlich, da fast 6 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung ohne Arbeit sind. An sie war offensichtlich vor allem gedacht, als in der Lokalpresse eine Anzeige des australischen Geheimdienstes erschien. Dort hieß es, daß Spione mit Universitätsdiplomen dringend gesucht werden, bevorzugt Spezialisten aus den Geisteswissenschaften. Man werde sich mit Spionage, Sabotage, subversiven Akten und Terrorismus befassen müssen. Ferner wurde das Gehalt eines Agentenpraktikanten genannt.

Bescheiden



Den ironischen Preis „Für Zweideutigkeit“, den der amerikanische Nationalrat der Englischlehrer vergibt, erhielt 1977 das Pentagon. Diese „Ehre“ wurde ihm zuteil für die Bezeichnung, die das Rüstungsministerium der Neutronenbombe gegeben hat. Eine Waffe, die alles Leben vernichtet, wird von den Militärs bescheiden als „Waffe mit verstärkter Strahlung“ bezeichnet.

Klempner gegen Inflation?



Ein französischer Staatssekretär beim Minister für Raumplanung, Jacques Barrot, brachte kürzlich einen Rundbrief in Umlauf, in dem er ... tropfenden Wasserhähnen den Kampf ansagte. Seiner Meinung nach steht der Lebensstandard einer Familie in direktem Zusammenhang mit dem Zustand der Rohre und Hähne in der Wohnung. Natürlich kann man einen Wasserhahn zudrehen oder reparieren lassen. Doch ob ein Klempner helfen kann, die Inflation zu stoppen, die Mieter immer stärker in Mitleidenschaft zieht?

In die eigene Tasche

Die kanadischen Parlamentsabgeordneten beschlossen, ihre Diäten um 1600 Dollar jährlich zu erhöhen. Zudem befreiten sie sich von der Mehrwertsteuer. Jeder Abgeordnete spart so jährlich etwa 13 000 Dollar ein.

Und führe uns nicht in Versuchung

In der Bundesrepublik nehmen die Ladendiebstähle immer mehr zu. Allein in einem Jahr wur-

den Waren für 2,5 Md. DM geklaut. Meist sind die Langfinger gar nicht so arm: 99 Prozent der Ertappten hatten mehr Bargeld bei sich, als ihr Diebesgut kostete. Selbst Geistliche ließen sich in Versuchung führen. So wurden in einem Münchner Warenhaus in einem Jahr 117 Nonnen geschnappt. Ein Kaplan wurde dreimal mit gestohlenen pornographischen Schriften gefaßt.

Immer mit der Ruhe

In dem **Herforder Kreisblatt** (BRD) erschien folgende Anzeige: „Achtung! Liebe Herforder Mitbürger! Meine Mutter hat heute ihre Führerscheinprüfung bestanden. Bitte, haben Sie Verständnis, wenn es in der Herforder Innenstadt zu einigen Stauungen kommt, denn auch ein Anfänger möchte das Fahren lernen. Bitte kaufen Sie sich das **Herforder Kreisblatt**, denn die Fahrzeiten werden in der Zeitung bekanntgegeben.“

Überlastet



In der Schweiz nimmt das Telefonrowdytum immer mehr zu. Um die Ruhe ihrer Kunden besorgt, bietet die Schweizer Post einen neuen Service. Sie gab einige Nummern ihrer Angestellten bekannt, die man für 2 Franken die Minute nach Herzenslust beschimpfen kann. Doch selbst das hat das Problem nicht gelöst — in der Rush Hour sind die Anschlüsse ständig besetzt. So groß ist der Andrang.

Wenn einer eine Reise tut...



Der Brite Sean Casey unternahm in seinem Wagen eine Geschäftsreise. Alles wäre wie am Schnürchen gelaufen, wenn er nicht wegen einer Panne angehalten hätte, um zu telefonieren. Als er nach 15 Minuten zurückkam, erfuhr er von Polizisten, daß sein fahrbarer Untersatz „an einen sicheren Ort“ abgeschleppt worden sei. Etwas später wurde Casey mitgeteilt, sein Auto sei an einen Bullen für ... 12 Pfund verschachert worden. Zugleich erhielt er eine Rechnung über 20 Pfund für das Abschleppen.

Es weihnachtet sehr

Das Fest naht, und im Westen haben die Gauner alle Hände voll zu tun. Das Nachrichtenmagazin **U.S. News & World Report** appelliert in diesem Zusammenhang an ihre Leser, wachsam zu sein. Es beschreibt, was passieren kann, wenn die Wachsamkeit nachläßt. Hier einige vorweihnachtliche „Überraschungen“. Lieferanten können Sie bitten, eine Weihnachtsgans für Ihren Nachbarn abzunehmen. Nach seiner Rückkehr stellt sich heraus, daß dieser keinerlei Bestellung aufgegeben hat. Und in dem Paket befindet sich keine Gans. Am Arbeitsplatz tauchen fliegende Händler auf. Bei günstiger Gelegenheit lassen sie diverse Wertgegenstände verschwinden.

Zeichnungen
V. Trintschenko

„NEUE ZEIT“ - 51-77

TSVETMETPROMEXPORT



Die Außenhandelsvereinigung „Zwetmetpromexport“ gibt technische Hilfe bei Projektierungs-, Forschungs-, Bau- und Montagearbeiten; sie liefert Ausrüstungen, besorgt die Einrichtung und Inbetriebnahme der Anlagen sowie die produktionstechnische Ausbildung im Ausland wie in der UdSSR in folgenden Industriezweigen:

— IN DER NE-INDUSTRIE — Bau von Bergwerken, Gruben, Aufbereitungsanlagen, Hüttenwerken (zur Produktion von Blei, Kupfer, Aluminium und anderen Buntmetallen), Buntmetallbearbeitungswerken (Aluminium, Blei u. a.), Werken zur Erzeugung von Halbleitermaterialien (Silizium, Germanium u. a.);

— IN DER KOHLEINDUSTRIE — Bau von Kohlengruben, Schachtanlagen, Kohlenaufbereitungsanlagen;

— IN DER GASINDUSTRIE — die Errichtung von Ferngasleitungen, Gaspumpenanlagen, kompletten Gasturbinenaggregaten, Gas- und Benzinwerken, Fernölleitungen, Pumpenanlagen, Ölburkern.

Unsere Anschrift:
Moskau, 113324,
Owtschinnikowskaja nab., 18/I;
V/O Zwetmetpromexport

Telegrammadresse: Moskau,
Zwetmetpromexport
Ruf 220-18-61
Telex: 7158



TSVETMETPROMEXPORT



INTERNATIONALER FOTOWETTBEWERB IM OBJEKTIV: UNSER PLANET

V. GLESER (UdSSR): „Ein Freund“ (F. Edwards, Veteran der Gesellschaft Irland—UdSSR);
M. SCHOLZ (BRD): „Frauen protestieren“;
J. PAVLÍČEK (ČSSR): „Früh übt sich...“ (MVR);
N. BARATOW (UdSSR): „Junges Afrika“;
G. PATEL (Indien): „Unterwegs“.



NEUE ZEIT

на немецком языке

Индекс 70624

Aeroflot bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ

Soviet airlines